Wahrheit eingestampft S. 4

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

Nr. 40 – 9. Oktober 2010

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





In der Verantwortung: Baden-Württembergs Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) und Bahnchef Rüdiger Grube (l.) stehen in der Pflicht, dem Druck der Straße zu widerstehen und dem Recht Geltung zu verschaffen.

Foto: imago

Von wegen Widerstand

Zum Streit um Stuttgart 21 – Den Gegnern geht es nicht nur um den Bahnhof

In der Schlammschlacht um „Stuttgart 21" geht vieles durcheinander. Die Hoffnung besteht, dass Standfestigkeit der schwarzgelben Landesregierung ein Signal für mehr Handlungsfähigkeit des Staates setzen könnte.

Jetzt also der Juchtenkäfer: Gegner des Neubauprojekts Stuttgart 21 setzen ihre Hoffnung darauf, dass der Bau unterbrochen werden könnte, weil in der Rinde der dazu gefällten Bäume angeblich eine seltene Insektenart entdeckt wurde. Dieses Argument wird tatsächlich vorgebracht, auch wenn es wie eine Karikatur der Befürworter des Baus auf die Gegner wirkt – schließlich sind die 25 Bäume schon gefällt. Auch dass für jeden Baum am Ende weit mehr als ein Hektar neuer Grünfläche stehen wird, dringt momentan ohnehin nicht durch.

Doch die Zeit des inhaltlichen Für und Wider ist ohnehin längst vorbei. Die Entscheidung fiel im Oktober 2006 mit großer Mehrheit im baden-württembergischen Landtag. Dort war sie offenbar weit besser aufgehoben als auf der Straße, wie das nunmehr erreichte Niveau der Debatte zeigt. Zum qualitativen Argument kommt ein quantitatives: Jeder einzelne der 139 Landtagsabgeordneten vertritt 77 000 Bürger, also mehr als die bisher größten Demonstrationen gegen das Projekt an Teilnehmern hatte.

> Ein Protest ohne Kompetenz fordert den Staat heraus

Die aktuelle Debatte um das überwiegend vom Bund finanzierte Projekt, das für Baden-Württemberg und seine Landeshauptstadt wirtschaftlich wie ein Lottogewinn ist, lehrt zweierlei.

Sie belegt zum einen eindrucksvoll die Grenzen der direkten Demokratie. Selbsternannte „Parkschützer", teilweise mit DKP-Hintergrund, nennen stinknormalen Protest „Widerstand". Seit Bahnchef Rüdiger Grube darauf mit dem schlichten Satz reagiert hat, „Ein Widerstandsrecht gegen einen Bahnhofsbau gibt es nicht", muss er wegen Morddrohungen von der Polizei geschützt werden.

Eher noch tragischer als solche Zuspitzungen ist, dass im Schatten der Schlafmützigkeit der Bahnhofsgegner, die vor vier Jahren das Demonstrieren vergaßen, längst weitere Weichenstellungen vorgenommen werden – offen in den Landtagen, aber auch nichtöffentlich in Küchenkabinetten und Wirtschaftsgremien. Der viel zu große Rummel um Stuttgart 21 lenkt ab von den wirklichen Auseinandersetzung des Jahres 2010.

Alle beteiligten Politiker wissen das – und wohl auch die Organisatoren der Proteste selbst. Die Grünen kochen ihr politisches Süppchen auf einer Bewegung, an deren eng begrenzter Legitimität und Urteilsfähigkeit es auch für sie wenig Zweifel geben dürfte. Mehr als das: Sie heizen diesen Streit an, etwa mit dem unsäglichen Vorwurf des Grünen-Chef Özdemir, Ministerpräsident Mappus wolle „Blut sehen". Das ließ tief blicken, denn jeder weiß, dass die Eskalation den Grünen nützt und der CDU schadet. Wenn Mappus standhaft bleibt, wäre das nicht weniger ein Dienst am Rechtsstaat (s. Seite 5). *Konrad Badenheuer*

KONRAD BADENHEUER:

Enttäuschung

Die Rede des Bundespräsidenten zum Tag der Deutschen Einheit hätte eine große Rede werden können. Es gab einen Präsidenten, der wusste, dass nach einigen Ungeschicklichkeiten Bedeutendes von ihm erwartet wurde. Und es gab ein großes Thema, das darauf wartete, nach Wochen der Polemik in unangreifbarer Form in Worte gefasst zu werden: Was wird aus der deutschen Nation angesichts massenhafter Einwanderung und oft fehlender Integration?

Dazu hätte Christian Wulff vieles Wegweisende sagen können. Das Problem als solches wird ja von niemandem mehr bestritten, selbst die Bundesregierung hat inzwischen eingeräumt, dass zehn bis 15 Prozent der Zuwanderer die Integration verweigerten. Joachim Gauck hatte bei seiner Rede am Vorabend deutliche Worte gefunden: „Bei der Versorgung wollen selbst diejenigen integriert sein, die unsere Kultur ablehnen, sie sogar bekämpfen und denunzieren" – das war deutlich und verdient Respekt. Und der Bundespräsident? „Deutschland lebt von seiner Vielfalt", „der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland" – in dieser Tonlage plätscherte die Rede dahin. Besonders traurig war die Passage, in der er die Anstrengungen für das einst unerreichbar erscheinende Ziel der Wiedervereinigung als vorbildlich für heute lobte und schloss: „Kein Kind soll ohne gute Deutschkenntnisse in die Schule kommen."

Pardon, das war schon fast eine Beleidigung für die Helden vom Herbst 1989. Oder war es die Einstimmung darauf, dass unsere politische Klasse selbst vor dem vergleichsweise einfachsten ersten Schritt der Integration kapituliert hat?

»Politik des Rotstifts« gemieden

Die rot-grüne Landesregierung in NRW macht weitere 2,3 Milliarden Euro Defizit

Erst Mitte Dezember wird die rot-grüne Landesregierung dem Landtag in Nordrhein-Westfalen ihren Nachtragshaushalt für das laufende Jahr vorlegen, doch die rekordverdächtigen Zahlen sind bereits jetzt bekannt. Schon die alte schwarz-gelbe Landesregierung unter Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) hatte eine Neuverschuldung von 6,6 Milliarden Euro vorgesehen, doch die neue rot-grüne Regierung unter Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) will nun weitere 2,3 Milliarden Euro aufnehmen. Die „Politik des Rotstifts" sei nicht die ihre, hatte sie in ihrer Regierungserklärung vom 15. September erklärt, denn sie brächte bestenfalls kurzfristige Entlastungen. Worauf CDU-Fraktionschef Karl-Josef Laumann später konterte, dass die zusätzlichen 2,3 Milliarden Euro an neuen Schulden NRW langfristig bis 2050 rund zwölf Milliarden Euro Zinsen kosten dürften.

> Schulden sollen als Finanzreserve dienen

Doch die SPD hat NRW bereits von 1966 bis 2005 regiert und selbst in guten Zeiten neue Kredite aufgenommen. Inzwischen hat das Bundesland rund 130 Milliarden Euro Schulden. Erst in der Opposition entdeckte die SPD kurzfristig die positiven Seiten des Sparens und reichte 2007 beim Landesverfassungsgericht in Münster Klage gegen die Neuschulden der Nachfolgeregierung ein. Münster urteilte, dass übermäßige Neuschulden nur zulässig seien, um die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts abzuwehren, nicht um Rücklagen zu bilden. Genau das geschieht aber bei dem der Vorgängerregierung angekreideten Nachtragshaushalt, der 1,3 Milliarden Euro neue Schulden aufnimmt, um Risiken der West-LB abzusichern. Hierfür legte bereits die schwarzgelbe Regierung 1,16 Milliarden Euro zurück. Laut Prognosen dürfte dieser Betrag bis Ende 2012 reichen, auch wenn das Land mit 4,2 Milliarden Euro für die West-LB bürgt.

Erst im März hatte die SPD in der Opposition unter ihrer Fraktionschefin Hannelore Kraft die Rüttgers-Regierung an das Urteil der Richter erinnert. Nun will die nach der Landtagswahl in die Opposition genötigte CDU zusammen mit der FDP dieses Urteil für ihre Zwecke nutzen und im Falle, dass der Nachtragshaushalt den Landtag passiert, klagen. Ob dies geschieht, ist noch offen. Allerdings dürfte die rot-grüne Minderheitsregierung auf Zustimmung oder Enthaltungen aus dem Lager der Partei „Die Linke" hoffen. Der Haushalt für 2011, der dann rot-grüne Lieblingsprojekte wie die Abschaffung der Studiengebühren enthält, soll erst im Frühjahr dem Landtag vorgelegt werden. *Bel*

Kritik an Vollmer

Kindesmissbrauch: Runder Tisch tagt

Schon im April hatte sich der „Runde Tisch Sexueller Kindesmissbrauch" der Bundesregierung gebildet, doch schnell hatte sich das Gremium in Arbeitsgruppen zurückgezogen. Nun hat der Runde Tisch zum zweiten Mal getagt, im Mittelpunkt stand die Frage finanzieller Entschädigungen von Missbrauchsopfern in katholischen Einrichtungen. Weniger beachtet wurde dabei in der Öffentlichkeit, dass diese Fälle nur einen Bruchteil aller Fälle ausmachen, weil sexueller Kindesmissbrauch zu über 90 Prozent im familiär-privaten Bereich stattfindet.

> Die Grünen wollten vieles legalisieren

Beobachter übten Kritik an der geringen Präsenz von Opferverbänden am Runden Tisch, nur eine einzige Organisation von heute erwachsenen Missbrauchsopfern ist vertreten. Zu den 61 Mitgliedern des Tisches gehört hingegen die frühere Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer (Grüne). Auch dies stieß auf Kritik, denn die Grünen wollten in einem Gesetzentwurf von 1985 – mit der Unterschrift Vollmers – den § 182 StGB abschaffen, der den sexuellen Missbrauch von Jugendlichen verbietet. Nur der Missbrauch unter 14-Jähriger hätte noch strafbar bleiben sollen. *PAZ*

MELDUNGEN

Schlossbau soll 2014 starten

Berlin – Laut Bundesregierung sollen 2012 und 2013 alle Vorbereitungen für die Errichtung des Berliner „Humboldt-Forums" abgeschlossen sein, damit der Bau 2014 beginnen könne. Das Forum solle einschließlich der rekonstruierten barocken Fassade des von den Kommunisten zerstörten Berliner Schlosses erstehen. Dies geht aus der Antwort der Regierung auf eine Kleine Anfrage der Grünen hervor. Bis heute kämpfen die Gegner der Rekonstruktion der Schlossfassade gegen das Projekt an. Zuletzt stützten sie sich vor allem auf die zusätzlichen Kosten, die die Wiederhestellung der historischen Architektur verursache. Offenbar hat sich die Bundesregierung von den Einwänden nicht weiter beeindrucken lassen. *H.H.*

Türkei will 16 Kirchen freigeben

Ankara – In der Türkei sollen offenbar mehrere Kirchen für Gottesdienste freigegeben werden. Das berichtet die türkische Tageszeitung „Milliyet". Demnach hätten sich die zuständigen Ministerien auf die Öffnung von insgesamt 16 Kirchen geeinigt, darunter auch die Paulus-Kirche in Tarsus. Eine endgültige Entscheidung steht aber noch aus. Die Paulus-Kirche wird bislang als Museum genutzt. Dem Bericht zufolge wollen die Behörden auch die Vorschriften zur Genehmigung von Gottesdiensten vereinfachen. Demnach solle künftig ein Antrag beim zuständigen Gouverneursamt ausreichen, um einen Gottesdienst in den betreffenden Kirchen feiern zu können. In der Vergangenheit hatte der Leiter der türkischen Religionsbehörde (Diyanet), Ali Bardakoglu, sich dafür ausgesprochen, beispielsweise die Pauluskirche in Tarsus wieder für Gottesdienste zu öffnen. Es sei nicht verständlich, den Christen die Abhaltung religiöser Zeremonien in diesem Gebäude zu verbieten, hatte er erklärt. Die mittelalterliche Kirche war 1943 verstaatlicht worden. *idea*

Die Schulden-Uhr:

Mehr Schulden sind 2010 gut?

Die Bundesbank warnte im Haushaltsausschuss des Bundestages davor, wegen der Schuldenbremse 2010 mehr Schulden zu machen als nötig. Derzeit zeichne es sich nämlich ab, dass der Bund sogar „nur" 50 Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen müsse, so die Bundesbank. Finanzminister Wolfgang Schäuble ging bei seiner letzten Schätzung noch von 65,5 Milliarden Euro aus. Doch je weniger Schulden der Bund 2010 aufnimmt, desto weniger Schulden darf er in den Folgejahren machen, denn 2010 ist bei der Schuldenbremse das Basisjahr, von dem die maximal erlaubten künftigen Neu-Schulden berechnet werden. *Bel*

1.718.032.399.183 €

Vorwoche: 1.715.897.119.633 €
Verschuldung pro Kopf: 21 016 €
Vorwoche: 20 989 €

(Dienstag, 5. Oktober 2010, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Brüssel will mehr Macht

EU-Kommissionspräsident Barroso entzieht den Nationalstaaten weitere Gestaltungsspielräume

Mit dem Hinweis der EU-Kommission darauf, dass sie Hüterin der Lissabon-Verträge sei, nimmt sie immer öfter Einfluss auf originär nationale Belange.

Die „Zeit der Selbstgefälligkeit" der Nationalstaaten ist vorbei, so EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso. „Die Regierungen haben nicht immer Recht", träfen manchmal sogar „falsche Entscheidungen", sonst stünde man heute in der Union nicht so da wie in der herrschenden Krise, klagte der Portugiese in den letzten Septembertagen direkt jene Staats- und Regierungschefs an, die ihn Ende letzten Jahres für eine zweite und letzte Legislaturperiode in sein Amt gewählt hatten. Dies hatten sie auch so getan, weil Barroso während seiner ersten Amtszeit ziemlich umgänglich gewesen war. Doch kaum war der Mann erneut im Amt und der neue Lissabon-Vertrag kurz darauf in allen EU-Mitgliedsländern ratifiziert, ließ der Chef der EU-Kommission plötzlich gegenüber den Staats- und Regierungschefs der EU-Länder die Muskeln spielen.

Der Lissabon-Vertrag räumt der EU-Kommission mehr Einfluss ein, auch das direkt gewählte EU-Parlament hat mehr Gebiete erhalten, in denen es ein Mitspracherecht hat. Zwar hatten die Staats- und Regierungschefs, die zusammen den in der EU einflussreichen Europäischen Rat bilden, einen eigenen Präsidenten auserkoren, doch der Auserwählte macht kaum von sich reden. Der frühere belgische Regierungschef Herman van Rompuy war bewusst als Kompromisskandidat auserwählt, damit er die Staats- und Regierungschefs nicht überstrahlt, doch nun ist es gar nicht der neue Präsident des Europäischen Rates, sondern der alte Kommissions-Präsident, der den Nationalstaaten zeigt, wo überall die EU mitreden kann.

Und so schickt Barroso seine 25 Kommissare samt Vizepräsidentin Catherine Ashton aus, um zu überprüfen, wo Brüssel gemeinsame Standards schaffen kann. So baut die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Ashton gerade einen neuen Europäischen Auswärtigen Dienst mit eigenen EU-Botschaftern auf, der im Grunde in Konkurrenz zu den nationalen Botschaften im Ausland steht. EU-Klimaschutzkommissarin Connie Hedegaard arbeitet zusammen mit dem EU-Kommissar für Energie, dem Deutschen Günther Oettinger, an EU-weit gültigen Klimastandards und die EU-Kommissarin für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft, Viviane Reding, zeigt mit Rückendeckung von Barroso gerade den Franzosen ihre Grenzen auf. Reding stellte Frankreich im Streit um die französische Abschiebung der rumänischen Roma sogar ein Ultimatum. Wenn Paris nicht bis zum 15. Oktober nachweist, dass es die seit 2004 geltende EU-Richtlinie zur Freizügigkeit vollständig umsetzt, droht den Franzosen ein offizielles Verfahren wegen Vertragsverletzung. Auch EU-Währungskommissar Olli Rehn hatte der Slowakei mit Konsequenzen gedroht, da sich das slowakische Parlament nicht am Hilfspaket der Euroländer für Griechenland beteiligen wollte. Als die slowakische Regierungschefin Iveta Radicova anmerkte, dass es nicht die Aufgabe eines nicht gewählten Brüsseler Beamten sei, die frei gewählten Abgeordneten des slowakischen Parlaments zu kritisieren, rechtfertigte ein Sprecher der EU-Kommission Rehns Verhalten mit dem Lissabon-Vertrag: „Rehn ist Mitglied der EU-Kommission, die die Hüterin der Verträge ist und das gesamteuropäische Interesse zu vertreten hat. Das scheint mir Legitimation genug zu sein."

> Machtkampf in der Roma-Frage ist nur der Anfang

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" stellt angesichts dieser Entwicklung fest, dass Frankreich und Deutschland keine „souveränen Nationalstaaten, die alleine über ihr Schicksal bestimmen" können, mehr sind. „Es gibt in Europa kaum noch ein Feld der öffentlichen Politik, auf das die EU nicht in irgendeiner Weise Einfluss nimmt."

Und da Regierungen nun mal „falsche Entscheidungen" treffen, so Barroso, soll der überarbeitete Euro-Stabilitätspakt der Kommission die Möglichkeiten an die Hand geben, die nationalen Regierungen zu überwachen. Damit die Schulden der EU-Mitgliedsländer nicht weiter ausufern, will Brüssel schon frühzeitig Einblick in die nationalen Haushaltspläne erhalten und mitreden. Zeichnet sich ab, dass ein Land über dem erlaubten Defizit von maximal drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) liegen wird, muss es bereits bei Eröffnung des Defizitverfahrens ein unverzinstes Pfand von 0,2 Prozent des BIP hinterlegen. Drückt es das Defizit rasch wieder unter die Drei-Prozent-Hürde, erhält es das Geld zurück, andernfalls muss es am Ende des Verfahrens insgesamt sogar 0,5 Prozent des BIP als Strafe zahlen. Selbst Länder, die zu wenig tun, um einen ausgeglichenen Haushalt zu haben, müssen künftig auch trotz Einhaltung der Drei-Prozent-Regelung mit einer Strafe rechnen. Zudem sollen Sanktionen gegen Defizitsünder demnächst nur noch mit einer Zweidrittelmehrheit der nationalen Staats- und Regierungschefs verhindert werden können. Auch soll, geht es nach Barroso, ein Land mit einer Gesamtverschuldung von mehr als 60 Prozent des BIP seine Schuldenquote rasch und spürbar senken, sonst drohen Strafen in Höhe von 0,1 Prozent des BIP.

Doch als wären diese Eingriffsmöglichkeiten der EU-Kommission in die nationalen Belange nicht schon genug, will Brüssel „wirtschaftliche Ungleichgewichte" mit Strafen belegen. Wer also nach Meinung Brüssels seinem öffentlichen Dienst zu hohe Gehälter zahlt, darf man mit 0,1 Prozent des BIP als Strafe belegt werden.

Noch haben die Staats- und Regierungschefs zwar nicht zugestimmt, doch der Druck zum Handeln nach Wirtschafts- und Euro-Krise ist hoch. Und da sich in den letzten Monaten häufig die EU-Kommission durchgesetzt und keiner der Nationalstaaten in Sachen Verschuldung eine völlig weiße Weste hat, werden sie sich vermutlich den Vorgaben aus Brüssel weitestgehend fügen.

Fragt sich nur, inwieweit die EU selbst richtige Entscheidungen und Einschätzungen trifft. So beteuerte Rehn noch am Tag, als bekannt wurde, dass Irland seine Banken mit weiteren 12,5 Milliarden Euro stützten muss und somit eine Neuverschuldung von sagenhaften 32 Prozent des BIP erreicht, dass kein Euro-Land den Euro-Rettungsschirm in Anspruch nehmen werde. Angesichts der Tatsache, dass auch die EU die griechische Beinahe-Pleite nicht vorausgesehen hat, sind Zweifel an Brüssels Wirtschaftskompetenz durchaus berechtigt. *Rebecca Bellano*





Wollen in Europa die Richtung vorgeben: EU-Kommissionspräsident Barroso (l.) und sein Währungskommissar Bild: imago

Die dreifache Feier

Wird der 3. Oktober künftig nur noch in Berlin begangen?

Ein eher blasser Nachgeschmack bleibt von den vielfachen offiziellen Feiern zum 20. Jahrestag der deutschen Einheit zurück. Bundespräsident Christian Wulff hat eine Rede ohne Peinlichkeiten, aber eben auch ohne jedes Glanzlicht gehalten. Was er zum aktuellen Thema Nummer 1 des Landes zu sagen wusste – der brisanten Mischung aus Geburtendefizit, Massenzuwanderung, schlechter Integration, Bildungsproblemen und Islamisierung – ging kaum über das hinaus, was Politiker aller Bundestagsparteien seit langem zu diesem Themenkreis vortragen. Obwohl Orientierung gefordert war, hat kaum jemand diese Rede als wegweisend oder gar prägend wahrgenommen.

Dazu mag die unvorteilhafte Doppelung, ja Trippelung der Feierlichkeiten in Berlin und Bremen beigetragen haben. Neben den offiziellen Feiern (in diesem Jahr Bremen) standen gleich zwei prominente Termine in Berlin: Der Festakt im Berliner Abgeordnetenhaus am Abend des 2. Oktober mit Joachim Gauck als Festredner und schließlich der Festakt von Bundestagspräsident Norbert Lammert vor dem Reichstag am Sonntagabend. Das war aus Sicht der meisten Beobachter mindestens eine Feier zu viel, zumal am Sonntagnachmittag plötzlich fast die gesamte Staatsspitze gleichzeitig im selben Flugzeug von Bremen nach Berlin flog, was generell als problematisch gilt.

Gauck selbst gab mit seinem etwas penetranten Hinweis zu seinem Auftritt in Berlin, es gehe nicht um einen „Sängerwettstreit" der Festredner, selbst das Stichwort. Seine Rede, an Klarheit derjenigen des Präsidenten in vieler Hinsicht überlegen, hinterließ trotz aller inhaltlichen Qualität stilistisch einen schiefen Eindruck – schließlich hat Gauck erst unlängst in der Bundespräsidentenwahl den Kürzeren gezogen.

> Gaucks Rede war stark – und doch ein Stilfehler

Der Festakt des Bundestagspräsidenten am Sonntagabend wurde von mehreren Ministerpräsidenten sogar direkt boykottiert. Sie treibt die Sorge um, die Einheitsfeiern könnten künftig ganz nach Berlin abwandern. Eben das fordern nun offen die Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen von SPD und CDU/CDU, Joachim Poß und Volker Kauder. In Zukunft solle es nur noch eine Veranstaltung in Berlin geben: „Der nationale Feiertag sollte – bei aller Würdigung des Föderalismus – in der Hauptstadt begangen werden", sagte Poß, mit den Bundesländern solle „in aller Freundschaft" darüber gesprochen werden. Ganz analog erklärte Kauder, er werde mit den anderen Fraktionschefs beraten, „wie wir nun jedes Jahr vom Parlament aus in der Hauptstadt die Einheit unseres Landes feiern können". Erfahrungsgemäß führen gemeinsame Vorstöße der beiden größten Fraktionen meistens zum Ziel, auch wenn hier mit ebenfalls parteiübergreifenden Widerständen aus den Ländern zu rechnen ist.

Wie üblich gab es auch in diesem Jahr weitere Festakte in den Landeshauptstädten. In Dresden sprach Ex-Ministerpräsident Kurt Biedenkopf. Er verwies auf die „osmotische" Übernahme von Ost-Praktiken im vereinten Deutschland, etwa der Kinderbetreuung und des achtjährigen Gymnasiums. *K.B.*

Luschkow isoliert

Partei rückt ab – Opposition desinteressiert

Als Russlands Präsident Dmitrij Medwedew vergangene Woche die Entlassung des in Ungnade gefallenen Moskauer Bürgermeisters Jurij Luschkow durchsetzte, sahen viele bereits dunkle Wolken über das Land hereinziehen. Luschkow habe mit seiner Weigerung, seinen Posten freiwillig zu räumen, die Machtverhältnisse aus dem Gleichgewicht gebracht und Streit zwischen Medwedew und Putin ausgelöst. Derartige Gerüchte fegte Putin weg, indem er Medwedew Rückendeckung gab. Luschkow habe selber Schuld. Er hätte sich Medwedew unterordnen müssen. Schließlich unterstehe er selbst als Regierungschef auch dem Präsidenten. Mit Luschkow mussten 250 hohe Beamte die Stadtduma verlassen. Interimsbürgermeister Wladimir Ressin schickte auch Vize-Bürgermeister Alexander Rjabinin nach Hause, weil gegen ihn ein Verfahren wegen Bestechlichkeit und Amtsmissbrauch läuft.

Vor Luschkows Entlassung hatten seine Parteifreunde von „Einiges Russland", deren Mitgründer er war, Unterstützung zugesagt. Danach wollten sie ihn loswerden. Dem bevorstehenden Parteiausschluss kam Luschkow zuvor. Seitdem ist es einsam geworden um den bislang einflussreichsten Mann Russlands nach dem Regierungstandem. Niemand reißt sich darum, ihm einen Posten zu verschaffen. Für die etablierten Oppositionsparteien wie „Gerechtes Russland" und die Liberaldemokraten käme eine Mitarbeit Luschkows erst gar nicht in Frage, Protestparteien und Bürgerbewegungen haben unter seiner Führung zu viel erdulden müssen, als dass sie sich mit ihm solidarisieren würden. Dennoch will Luschkow nicht klein beigeben. Er kündigte an, in Moskau bleiben und eine eigene demokratische Bewegung gründen zu wollen, anknüpfend an die „Bewegung für demokratische Reformen" der 90er Jahre. Sein erstes Ziel ist, sich für die Wiedereinführung der Bürgermeisterwahl einzusetzen. Kritiker glauben, dass der Kreml Luschkow endgültig kalt stellen wird, wenn er der Regierung politisch zu sehr in die Quere kommen sollte. *Manuela Rosenthal-Kappi*

> Gründung einer eigenen Bewegung

Brandenburg hat Angst vor der 8

Von THEO MAASS

Dass Hitler und die Nazis böse waren, das wussten schon die Schulkinder in den 60er Jahren. Ich war eines von ihnen. NS-Fans gab es keine bei uns. Kein Wunder: Unsere Eltern hatten den Krieg erlebt und die Nase voll vom „Dritten Reich“.

Das mit den NS-Freunden hat sich bis heute nicht geändert. Trotz der unbedeutenden Neonaziszene aber hat sich eine staatlich alimentierte Antifaschismus-Industrie gebildet. Doch nach Jahren des „Aufstandes der Anständigen“ wird es für professionelle „Antifaschisten“ immer schwieriger, neue Betätigungsfelder zu erschließen. Besonders tragisch ist das für neu formierte Landesregierungen, an denen die Linkspartei beteiligt ist, da diese Partei einen wesentlichen Teil ihrer Legitimation aus derartigen Aktivitäten schöpft.

Also wird selbst in den letzten Ecken gesucht und gefegt: Brandenburgs Verkehrsminister Jörg Vogelsänger (SPD) erklärte unlängst im Parlament, er habe die bundesweit schärfste Regelung für die Sperrung von Buchstaben- und Kennzeichenkombinationen für Autokennzeichen mit NS-Symbolik verordnet.

Das will erklärt sein. In der Welt der Antifa-Industrie und auch bei NS-Nostalgikern gibt es angeblich Codierungen für „gefährliche“ Zahlen und Buchstaben. Dabei stehe, so heißt es düster raunend, die 1 für den ersten Buchstaben des Alphabets (A) und die 8 für den achten, also H. So grüßen sich angeblich braun gesinnte Autofahrer mit einem versteckten „Heil Hitler“ oder „Adolf Hitler“, indem sie sich diese Zahlen für ihr Nummernschild aussuchen. Dem hat der brandenburgische Minister nun vorgebeugt.

Schon vor Vogelsängers Amtsübernahme waren die Buchstaben- und Zahlenkombinationen AH 18 und HH 88 in Brandenburg gesperrt worden. Nun sind die Zahlenkombinationen 8888, 1888, 8818, 888 und 188 hinzugekommen. In Berlin gibt es auf der Kfz-Zulassungsstelle kein derartiges Problembewusstsein. Ein besorgter Bürger sprach dort vor zwei Jahren wegen der neu zugeteilten Nummer 8088 vor. Die Mitarbeiterin sah in der vergebenen Ziffer aber kein Problem. Das scheint an dem alten West-Berliner Milieu zu liegen, denn „richtiges“ antifaschistisches Problembewusstsein gab es nur auf dem Gebiet der früheren DDR einschließlich ihrer „Hauptstadt“, dem Ostteil der Stadt. Und was ist mit meinem Auto? Ein Blick auf mein Nummernschild beruhigt mich wieder. Eine moralische Last fällt mir vom Herzen: Ein Glück, dass ich nicht in Hamburg wohne. Die Hanseaten fahren ungeniert mit ihrem „HH“ durch ihre Stadt, Deutschland und sogar ins Ausland. Ja, was wird das Ausland dazu sagen?

Warnschuss für Platzeck

Bürgermeisterwahl in Potsdam: Linke-Kanditat Scharfenberg scheitert an Stasi-Vergangenheit



Seine Biographie war selbst im linken Potsdam zu rot: Linke-Kandidat Hans-Jürgen Scharfenberg (l.) musste sich im zweiten Wahlgang dem amtierenden SPD-Bürgermeister Jann Jakobs geschlagen geben.

Bild: dapd

Bei der Stichwahl ums Oberbürgermeisteramt von Potsdam ist Linkspartei-Kandidat Hans-Jürgen Scharfenberg (56) an seiner Stasi-Vergangenheit gescheitert. Er holte 39,2 Prozent der Stimmen. Sieger ist Amtsinhaber Jann Jakobs (SPD).

Selbst in linken Hochburgen der Landeshauptstadt gewann die SPD. Dort lag die ohnehin geringe Wahlbeteiligung (42,1 Prozent) teils nur knapp über 20 Prozent. Ein zweifelhafter Erfolg für SPD-Amtsinhaber Jann Jakobs (56), der mit 60,8 Prozent „hoch erfreut“ siegte – Katzenjammer und „Neuanfang“-Rufe hingegen bei der Linkspartei.

Potsdams Prominenz ist reich an Streitthemen: Bauprojekte und das gerichtliche Ringen des skandalumwitterten Ex-Innenministers Rainer Speer (SPD) um seinen Ruf machen privaten Hader wie den von Modezar Wolfgang Joop und Tochter Jette um ihren Familienstammsitz fast zur Nebensache. Ausgerechnet am Tag der Deutschen Einheit hatten gut 127 000 Potsdamer die Wahl zwischen zwei „roten“ Kandidaten für das Amt des Oberbürgermeisters. Sowohl Amtsinhaber Jann Jakobs (SPD) als auch Dauerrivale Jürgen Scharfenberg („Die Linke“) verfehlten im ersten Wahlgang im September die Mehrheit.

Es ist kein Zufall, dass von sieben Bewerbern nur die beiden blieben: Sie debattieren vor allem soziale Fragen, „soziale Ballance“ (Jakobs) und „Ausgleichsmechanismen“ (Scharfenberg). Nur konnte Scharfenberg kaum hinzugewinnen. Nach Schließung der Wahllokale gegen 18 Uhr lag Jakobs vorn. Es ist das Ende der Ära Scharfenberg, sogar sein Wahl-Stratege spricht vom nötigen „Umbruch“ in der Partei.

Der seit acht Jahren amtierende Friese Jakobs ist Sozialpädagoge, kam 1993 als Nachfolger von Matthias Platzeck (SPD) an die Havel und wohnt im wohlhabenden Norden der preußischen Residenzstadt. Sein Sieg galt keineswegs als sicher. So versuchte er, sich mit populistischer Reichenbeschimpfung zu profilieren. Um den öffentlichen Zugang zu den beliebten Potsdamer Seen durchzusetzen, drohte er den vermögenden Anwohnern mit Enteignung: „Es geht nicht mehr darum, *ob* diese Wege öffentlich werden“, klärte Jakobs die Potsdamer auf, und meinte damit: Nur das Wie und Wann sei noch offen – eine unverhohlene Drohung an die Besitzer von Seegrundstücken.

Bürgerliche im zweiten Wahlgang nicht vertreten

Auch im aktuellen Streit um den Wiederaufbau der wilhelminischen Matrosenstation Kongsnæs ringt der Sozialdemokrat mit dieser Klientel, der die touristische Nutzung des Objekts zu viel Lärm in ihre ruhige Gegend bringt. Jakobs will das Projekt. Wohlhabende Neu-Potsdamer wie die Joops oder die Villenbesitzer um die alte Matrosenstation sind strikt dagegen. Doch sie bilden nur einen dünnen Firnis über sonst postsozialistischen Diskursen. „Die Reichen dürfen sich alles erlauben, die anderen dürfen höchstens zugucken“, nahm Jakobs das von ihm als „Klischee von Potsdam“ bezeichnete Gefühl auf. Ein mittelständisches Bürgertum, das sich an solchen Klischees stören könnte, ist kaum vertreten.

Überraschend holte der gebürtige Friese aber auch im reichen Norden jetzt einen klaren Vorsprung. Die klassenkämpferisch von Scharfenberg beschworene Trennlinie reicher Norden, armer Süden funktioniert nicht schablonenhaft, denn auch Mäzene und Manager wollen ihren Platz im linken Mainstream.

Linkskontrahent Scharfenberg drang mit seinen Forderungen wie mehr Geld für die Schulspeisung kaum durch. Wenig überzeugend mühte sich der DDR-Diplomstaatswissenschaftler auch, in Sachen Wissenschaft und Investitionen zu punkten. Stattdessen gab es Montagsdemonstrationen gegen einen möglichen Stasi-Bürgermeister Scharfenberg.

1978 begann er als Inoffizieller Mitarbeiter für die Staatssicherheit zu arbeiten. Bis 1985 bespitzelte Scharfenberg Kollegen. Rückblickend sagt er, seine „Identifikation mit der DDR“ sei verantwortlich dafür: „Es war ein folgerichtiger Schritt“ und doch „ein Fehler“ – „es ist so, dass ich nach meinem Selbstverständnis niemandem geschadet habe“. Zudem sei alles längst bekannt und nun eigens von der Presse aufgebauscht.

Bei der Wahl 2002 fehlten Scharfenberg zum Sieg über Jakobs nur 122 Stimmen. Stasi? – damals kaum ein Thema. Das hat sich geändert. Doch der Linkssozialist pflegt weiter DDR-Nostalgie am Stammtisch. Gerüchte um Jakobs Amtsmüdigkeit, dessen Verwaltungsfehler und der Ärger mit der vom Bürgermeister allzu lange trotz ihren Geschäftspraktiken akzeptierten Treberhilfe (*PAZ* berichtete) senkten die Wahlbeteiligung, gefährdeten aber nicht Jakobs' Sieg. Selbst der Vorwurf, einen Pressereferenten für seine Imagepflege auf Kosten der Stadt eingestellt zu haben, schadete ihm nicht.

Mit Bildung und Erziehung konnte Scharfenberg hingegen wenig gegen den Bonus des Amtsinhabers, der zugleich als der weniger Belastete auftrat, wettmachen. Potsdam weist dank zahlreicher Firmenansiedlungen nur eine vergleichsweise niedrige und weiter sinkende Arbeitslosenquote von 8,5 Prozent (Mai) auf. Scharfenbergs Ruf, er könne das Potenzial der Stadt besser ausschöpfen, lockte daher kaum, selbst wenn viele Projekte nicht dem Amtsinhaber zuzuschreiben sind, sondern der Berlin-Elite, die sich Potsdam zum Wohnort kürt. Das Scheitern des belasteten Linke-Kandidaten wird in Potsdam als Warnung an die SPD-Landespolitik um Matthias Platzeck gewertet, die Sprengkraft der Stasi-Belastungen im rot-roten Landesbündnis nicht zu unterschätzen.

Sverre Gutschmidt

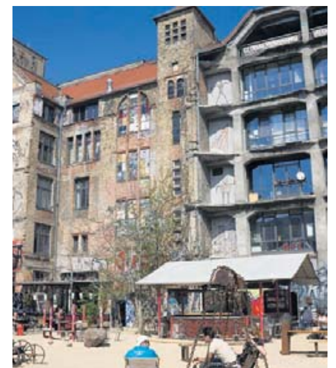
Streit um einen faszinierend hässlichen Koloss

Dem »Tacheles« im Zentrum Berlins soll es an den Kragen gehen: Bewohner drohen mit eigener Wahlliste für 2011

Das gewaltige, in rohe Steinquader gefasste, über und über bemalte und beschmierte „Kunsthaus Tacheles“ an der Oranienburger Straße, Ecke Friedrichstraße, in Berlin-Mitte nimmt sich unter den hochmodernen Glasbauten ringsum wie ein steinerner Dinosaurier aus. Das etwa 80 Meter lange und 30 Meter hohe Ungetüm, das erstaunlicherweise bis jetzt der Bauwut von Investoren getrotzt hat. nimmt mit Hinterhof und Garten 25 000 Quadratmeter in bester Innenstadtlage ein.

Aber nun scheint es – wieder einmal – ernst zu werden: Eine Investorengruppe um die krisengeschüttelte HSH Nordbank hat den festen Willen, das Tacheles aufzulösen und möglicherweise ganz abzureißen, um an der belebten Oranienburger Straße, mit dem vielbesuchten Friedrichstadtpalast im Rücken moderne Büros, Gastronomie und Luxuswohnungen anzusiedeln.

Das „Kunsthaus“ ist längst Touristenattraktion. Jährlich kommen annähernd 400 000 Besucher, viele aus dem Ausland, um den faszinierend hässlichen Koloss zu bestaunen. Zwei Aufgänge rechts und links führen über fünf Stockwerke in etwa 30 Ateliers, in denen Künstler (Malerei, Fotografie, Design) arbeiten und ausstellen. Im Hof dahinter arbeitet eine Metallwerkstatt, der teilweise wild aussehende, kräftige Männer aus der Türkei, aus Ungarn, Italien, Frankreich, Schweden und Deutschland angehören. Ihre Werke: riesige zusammengelötete Tiere und Pflanzen, Käfer und Insekten mit Glubschaugen und überlangen Antennen aus Draht.



„Kunsthaus Tacheles“ Bild: Mauritius

Und überall Losungen und Sprüche: „Die Kunst geht weiter auch ohne Reiter“, „Nazis sind Scheiße“, „dream is not illegal yet“ (an einem türkischen Atelier). Dennoch, das anarchische Erscheinungsbild steht in krassem Gegensatz zum Auftritt der Künstler: die zierliche Japanerin mit Bildern aus Fernost, der kräftige türkische Metallkünstler, der mit schwerem Gerät eine überlebensgroße Figur zusammenschweißt, der sensible Fotograf mit bedrükkenden Portraits von Gestrandeten inmitten der Metropole.

Überrascht ist der Besucher, wenn er hinter dem Werkhof auf einmal einen Garten entdeckt – ein blühendes Biotop inmitten der Steinwüste Berlins. Mit einem Eifer, der jedem Botanischen Garten zur Ehre gereicht, wurden an Pflanzen und Tümpeln genaueste Hinweise zu Pinselkäfer und Diestelfalter, zum Igelkolben, zur Großen Heidelibelle oder zur Blauen Federlibelle montiert.

Das Tacheles ist der Rest einer gewaltigen Einkaufspassage, die Friedrichstraße und Oranienburger Straße verband und im Krieg größtenteils zerstört wurde. Die Front zur Oranienburger blieb als Ruine stehen, mit der man zu DDR-Zeiten nichts anzufangen wusste. Bald nach der Revolution zogen zahlreiche Künstler in das leere Gebäude mit seinen verlockend großen Räumen ein und machten es mit Cafés, Kino, Ausstellungsräumen und Konzertbühne nach und nach zum

Die halbe Ruine ist längst ein Touristenmagnet

vielbesuchten Symbol der alternativen Kunstszene – natürlich ohne Miete zu zahlen.

Ein Investor, der Haus und Grundstück erworben hatte (und der vor Jahren auch das „Adlon“ in Berlin und das Großhotel in Heiligendamm finanziert hatte), ließ die Künstler lange gewähren. Inzwischen insolvent gab er das Gelände an die zur HSH Nordbank gehörende Fundus-Gruppe ab, die den Kaufpreis von 70 Millionen Euro möglichst rasch wieder mit Gewinn hereinholen will.

Mit Blick auf die bewegte Geschichte seit 1990, die von heftigem Für und Wider bis weit in die politische Öffentlichkeit gekennzeichnet war, schreibt die das Haus (noch) verwaltende „Gruppe Tacheles“, ihr Domizil sei ein „Denkmal für den Ausnahmezustand“, an dem sich auch das Fehlen jeglicher „partizipativen städtebaulichen Strategie“ in Berlin zeige. Es sind fast flehentliche Rufe nach Solidarität. Dieser Tage drohte die Wasserabsperrung, ein Gerichtsvollzieher mit Räumungsklage war schon da, zog aber wegen Unstimmigkeiten bei der Adressierung wieder ab. Vom Senat hört man wohlwollende Worte, denen keine Taten folgen. Die Künstler überlegen nun, mit einer eigenen „Liste Tacheles“ zur Abgeordnetenhauswahl 2011 anzutreten; das würde die rot-rote Regierung mit Sicherheit einige Stimmen kosten.

Dirk Klose

Zeitzeugen



Konrad Löw – Der 1931 geborene Jurist und Politikwissenschaftler hat auch philosophische, historische und volkswirtschaftliche Studien betrieben. Nach dem Studium trat Löw in den Staatsdienst ein, später stieg er in den Verwaltungsdienst des Bundeskanzleramtes auf. Von 1972 bis 1999 war er Professor für politische Wissenschaften an den Universitäten Erlangen-Nürnberg und Bayreuth. Der fünffache Vater ist Autor mehrerer Bücher über Kommunismus, Antisemitismus und Vergangenheitsbewältigung. Löw ist Mitglied des Vorstands der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM) und des Kuratoriums des Forum Deutscher Katholiken.



Thomas Krüger – Der ehemalige Facharbeiter für Plast- und Elastverarbeitung (*1959) in Fürstenwalde hat mehrere Berufswechsel hinter sich. Nach dem Theologie-Studium ab 1981 war er als Vikar tätig, 1990 wurde er Geschäftsführer der Sozialdemokraten in Ost-Berlin und dessen letzter Bürgermeister, dann Senator für Familie und Jugend unter Eberhard Diepgen (CDU). Es folgte eine Zeit als Bundestagsabgeordneter (1994–1998), dann eine Babypause. Seit 2000 ist er Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung.

Peter Steinbach – Der 1948 geborene Historiker und Politologe ist Leiter der Gedenkstätte Widerstand in Berlin. Zum aktuellen Streit um die Bundeszentrale erklärte er, es sei „gesicherter Forschungsstand, dass die Deutschen im Nationalsozialismus kein Mitleid mit den Juden hatten“. Über die *Preußische Allgemeine Zeitung* (*Ostpreußenblatt*) sagte er gegenüber der „Frankfurter Rundschau“ mit besorgtem Unterton, sie arbeite „an einer Verschiebung unserer Koordinaten“.



Wolfgang Benz – Der 1941 geborene Historiker ist Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung in Berlin und ein polemischer Kritiker Konrad Löws – dieser habe „Zitate willkürlich zusammengeklaubt“. Im Streit um Minarette vergaloppierte er sich mit einer Parallele zwischen Antisemiten des 19. und Islamkritikern des 21. Jahrhunderts. Als er zugespitzte Kritik am Islam als „Kampfansage gegen Toleranz und Demokratie“ bezeichnete, erntete er scharfen Widerspruch, auch und gerade in jüdischen Periodika.

Die Wahrheit eingestampft

Wie viel Polemik darf auf Kosten des Steuerzahlers verbreitet werden? – Ein Urteil

Einmal mehr musste das Bundesverfassungsgericht die Meinungsfreiheit und die persönliche Ehre eines konservativen Publizisten gegen linke Attacken schützen. Die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) unter Führung von Thomas Krüger (SPD) hat dabei eine herbe Niederlage erlitten.

Darf man in Deutschland noch die Meinung vertreten, der Antisemitismus des NS-Regimes sei unpopulär gewesen? Oder bedeutet womöglich schon diese Position – und sei sie noch so gut belegt – eine unzulässige Verharmlosung des Nationalsozialismus? Um diese Fragen ging es im Kern in einem bemerkenswerten Rechtsstreit, aus dem jetzt der emeritierte Bayreuther Politikwissenschaftler Professor Konrad Löw als Sieger hervorgegangen ist.

Löw ist Autor des Buches „,Das Volk ist ein Trost‘ – Deutsche und Juden 1933 bis 1945 im Urteil der jüdischen Zeitzeugen“, in dem er eindrucksvoll aufgezeigt, in welchem Ausmaß die meisten Deutschen die Judenpolitik des NS-Regimes missbilligt haben – wiewohl nur wenige zu Helden wurden, die Kopf und Kragen riskierten, um beispielweise Juden zu verstekken.

Löw belegt das eindrucksvoll, etwa anhand vieler Zitate von Victor Klemperer und über 30 weiteren jüdischen Zeitzeugen. Wer das ungemein vielgestaltige Material liest, kann sich den Schlüssen Löws kaum entziehen. Vor allem ist nicht ersichtlich, wem Löw ein Unrecht getan haben könnte: Nicht nur die Masse der Deutschen kommt bei ihm gut weg, sondern mehr noch all die jüdischen Zeitzeugen, die trotz mörderischer Verfolgung eben nicht „alle über einen Kamm geschoren“, sondern sehr genau unterschieden haben.

Die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) hat deswegen aus guten Gründen im Frühjahr 2004 in der in ihrem Auftrag herausgegebenen Zeitschrift „Deutschland Archiv“ einen Aufsatz Löws zu diesem Thema veröffentlicht. Der Bundeszentrale gereicht das umso mehr zur Ehre, als dass sie kostenlos beispielsweise das umstrittene Buch „Hingeschaut und weggesehen – Hitler und sein Volk“ von Robert Gellately verteilt, in dem die Ansicht vertreten wird, dass „die Deutschen“ (sic!) die Verbrechen des NS-Regimes massenhaft und aktiv „durch Zustimmung, Denunziation oder Mitarbeit“ unterstützt hätten.

Eine neue Affäre um BpB-Chef Thomas Krüger

Doch offenbar handelte es sich bei der Veröffentlichung des Aufsatzes von Löw nicht um eine bewusste Entscheidung, um objektiver über dieses traurige Kapitel zu berichten, sondern schlicht um eine organisatorische Panne. Jedenfalls ließ die BpB das bereits erschienene Heft, soweit noch nicht verbreitet, einstampfen („makulieren“) und entschuldigte sich am 2. April 2004 in bitteren Worten der Selbstanklage bei den Lesern, für diesen „einmaligen Vorgang“, der sich „nicht wiederholen“ werde. „Aufs Schärfste“ distanzierte sich die Bundeszentrale von dem Aufsatz Löws, ja sie sah „durch eine derartige Veröffentlichung ihre Arbeit desavouiert“. Der Schlusssatz: „Wir bitten alle Leserinnen und Leser der Zeitschrift sowie diejenigen, welche sich durch den Beitrag von Konrad Löw verunglimpft fühlen, um Entschuldigung.“

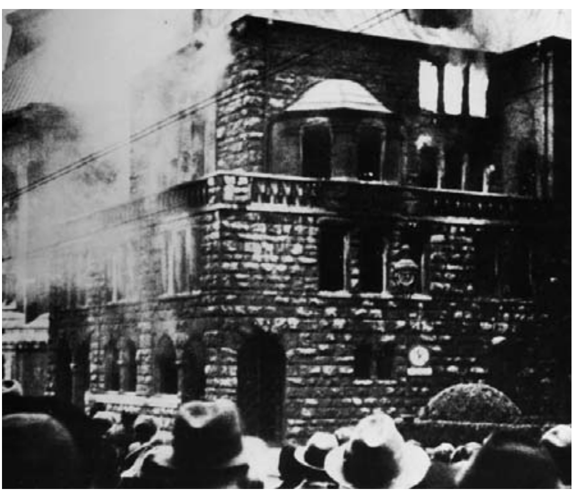
Löw sah darin verständlicherweise eine Herabsetzung seiner Person. Seine exakt begründete Position wurde quasi regierungsamtlich als indiskutable Verharmlosung des Nationalsozialismus abqualifiziert. Die gesellschaftlichen Konsequenzen folgten: Löw wurde von Veranstaltungen ausgeladen, mehrere Zeitungen – darunter auch angesehene Blätter – schrieben in einer Tonlage über ihn, die der Hetze nahekommt. Ähnlich wie einst das „Neue Deutschland“ ließen die Autoren dieser Beiträge Löw nur selten selbst zu Wort kommen, sondern zitierten ihn teils falsch, teils sinnentstellend und teils überhaupt nicht.

Löw hatte jedenfalls allen Anlass, sich gegen das „Unwerturteil“ der Bundeszentrale juristisch zu wehren. Zwei Instanzen lehnten seine Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland, deren Organ die Bundeszentrale ist, ab. Doch nun gab ihm das Bundesverfassungsgericht am 17. August in einer einstimmigen Entscheidung seiner ersten Kammer recht. Es hob die Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts für Nordrhein-Westfalen und des Verwaltungsgerichts Köln von 2006 auf und verwies den Fall nach Köln zurück. Das Land Nordrhein-Westfalen muss Löw die Auslagen erstatten.

Man kann mit Spannung erwarten, wie das Kölner Gericht die verletzten Grundrechte Löws wiederherstellen wird, gefordert hatte er die Verurteilung der Bundesrepublik Deutschland (als Rechtträger der BpB) zu einer Entschuldigung, auch gegenüber den Empfängern des Schreibens vom 2. April 2004.

Noch interessanter scheint die Frage, ob dieser Fall Konsequenzen für den Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung, Thomas Krüger, haben wird. Selbst wenn die Attacken gegen Löw vor Gericht so gerade noch durchgegangen wären, hätte seine Behörde ja in ihrer eigenen Logik die Veröffentlichung eines antisemitischen Machwerks zugelassen. In übler Erinnerung ist zudem eine von der Bundeszentrale finanzierte angebliche Schülerzeitung „Q-Rage“, in der heftig gegen gläubige evangelische Christen polemisiert wurde, während die Konversion einer jungen Deutschen zum Islam darin geradezu gefeiert wurde. Das Machwerk, von dem Krüger sich später distanzieren musste, wurde in Millionenauflage an 20 000 Schulen verteilt – mit einem empfehlenden Schreiben des früheren evangelischen Pastors und heutigen BpB-Präsidenten Thomas Krüger.

Konrad Badenheuer



Brennende Synagoge 1938 in Essen: Ist es Antisemitismus zu sagen, dass die meisten Deutschen die Judenverfolgung des NS-Regimes ablehnten? Bild: BpK

Sofort neue Schmähungen

Deutsche Polizisten schützen die Faschisten!“ ist ein wenig origineller, aber unverändert beliebter Schlachtruf linksradikaler Demonstranten. Wer glaubte, seriöse Zeitungen würden in dieser Tonlage nicht schreiben, sieht sich nun eines Schlechteren belehrt. Unter der Überschrift „Verfassungsgericht schützt Geschichtsfälschung“ fauchte die „Süddeutsche Zeitung“ („SZ“) am 29. September in einem Beitrag von Wolfgang Janisch über die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (siehe Aufmacher). In dem „SZ“-Beitrag wird nicht nur gegen Konrad Löw selbst polemisiert, sondern mehr noch gegen das Bundesverfassungsgericht, das allein schon wegen der Überschrift wohl Anspruch auf eine Gegendarstellung hätte.

Polemik gegen Verfassungsrichter

Noch krasser fiel der Kommentar von Heribert Prantl in der selben Ausgabe der „SZ“ aus. Unter der Überschrift „Dr. jur. absurd“ attackierte er nicht primär den Politologen Löw, sondern gleich die Verfassungsrichter. Die beiden Schlussätze: „Es soll also, 65 Jahre nach dem Holocaust und von Staatsgeld finanziert, wieder geschrieben werden, dass die Juden selbst schuld sind an ihrer Verfolgung. Die drei Bundesverfassungsrichter, die diese Entscheidung gefällt haben, bedürfen der politischen Bildung.“ Allerdings enthält weder ein Text Löws noch die Entscheidung des Verfassungsgerichts auch nur eine Spur der von Prantl behaupteten, doppelt unwahren Aussage. Auch hier stünde den geschmähten Richtern vermutlich eine Gegendarstellung zu.

Auch die einst konservative „Welt“ zog am selben Tag heftig vom Leder – ebenfalls nicht nur gegen Löw („sachlich-inhaltlich war all das Unfug“), sondern auch gegen das Verfassungsgericht. Die Überschrift lautete: „Bundeszentrale muss antisemitischen Unfug dulden“. *K. B.*

Polemik ohne Beleg

Wie Prof. Wolfgang Benz Konrad Löw zu widerlegen versuchte

Wie standen die Deutschen in der NS-Zeit zur Politik der Judenverfolgung? Es ist gesichert, dass vor der für die Machtergreifung entscheidenden Reichstagswahlen von 1932 und 1933 die NSdAP auf öffentliche antisemitische Agitation weitgehend verzichtete – offenbar im Wissen, wie unpopulär dieser Teil ihres Programms war. Auf der anderen Seite ist klar, dass nicht nur die meisten Vollstrecker des Holocaust Deutsche oder Österreicher waren, sondern dass es dem Regime keine Schwierigkeiten bereitet hat, beispielsweise Abnehmer für geraubtes jüdisches Eigentum zu finden. Niemand hätte dergleichen annehmen müssen, auch nicht in der schlimmsten Diktatur.

Zwischen diesen beiden Polen bewegt sich die seriöse Forschung über Art und Umfang der Unterstützung, die der mörderische Antisemitismus des NS-Regimes in der deutschen Bevölkerung hatte. Konrad Löw gehört dabei zu denjenigen, die insbesondere anhand der Aussagen jüdischer Opfer nur geringe Sympathien unter den Deutschen für die Judenpolitik des NS-Regimes nachweisen zu können glaubten. Seine Kritiker tun sich mit seinen Arbeiten schwer, da es kaum möglich ist, Löw zu widersprechen ohne gleichzeitig die Glaubwürdigkeit seiner meist jüdischen Zeugen in Zweifel zu ziehen. Trotzdem steht Löw seit längerem im Fokus massiver Kritik, ja harter Polemik.

Bezeichnend dafür ist eine Passage aus einem Interview in der „Welt“ vom 14. April 2007. Der Redakteur Sven Felix Kellerhoff fragte darin den bekannten Historiker und Antisemitismusforscher Professor Wolfgang Benz: „Konrad Löw schreibt, der Holocaust habe nicht mit Billigung oder gar Hilfe der Deutschen Volkes stattgefunden.“ Benz antwortete: „Die These ist nicht neu, sondern die uralte Lebenslüge von ein bis zwei Generationen Deutscher, die sich zusammenfassen lässt: Erstens hätten die Deutschen von der Judenverfolgung und ihrem schrecklichen Höhepunkt nichts gewusst; zweitens hätten sie die antisemitische Politik stets missbilligt; drittens sei eine kleine Bande Bösewichter verantwortlich, die auf unerklärliche Weise Macht über das deutsche Volk bekommen habe.“

Brauchen Diktatoren die Zustimmung der Mehrheit?

Doch genau so argumentiert Löw nachweislich gerade nicht. Er differenziert sehr genau zwischen den tatsächlichen Tätern und den ebenfalls schuldig Gewordenen, die zustimmend schwiegen, auf der einen Seite und denjenigen, die die Judenverfolgung eben doch – wenn auch meist schweigend – ablehnten. Benz' harsche Kritik an Löw in dem zitierten Interview („für die Wissenschaft unnütze Thesen“, „nicht an Aufklärung interessiert“, „Ideologieproduzent“) kommt ohne ein wörtliches Zitat des Angegriffenen aus. Kaum haltbar ist die von Benz zu Beginn des Interviews geäußerte These „Gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung hätte die Verfolgung gar nicht stattfinden können.“ Es ist nun einmal kennzeichnend für Diktaturen, dass sie auf den Mehrheitswillen keine Rücksicht nehmen müssen. Auch Stalins Politik der Deportation ganzer Völker kam ohne einen entsprechenden Mehrheitswillen aus. *K. B.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, IT:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **6957**

Wie zukunftsfähig ist Deutschland?

Stuttgart 21 ist ein neues Beispiel dafür, wie strategisch organisierte Proteste Großprojekte erschweren

Viele Schwaben sind entsetzt, der Rest Deutschlands reibt sich verwundert die Augen: Was an Protesten gegen das Infrastrukturprojekt „Stuttgart 21“ abläuft, ist rational kaum mehr zu erklären. Die Grünen heizen den Protest an, denn er nützt ihnen im laufenden Landtagswahlkampf.

Die Ausgangslage: Stuttgart liegt in einem engen Tal. Das führt dazu, dass die Schienenwege zum bisherigen Kopfbahnhof über ein sehr langes Weichenfeld geführt werden müssen. Diese rund 100 Hektar große Gleislandschaft mitten in der Innenstadt verzückt aber mehr Eisenbahnfanatiker als Pendler und Reisende. Denn die Züge müssen hier im Schneckentempo über die vielen Weichen kriechen, der Zeitverlust ist enorm. Daher gab es schon früh Pläne, die Gleise unter die Erde zu verlegen und den Kopfbahnhof in einen Durchgangsbahnhof umzuwandeln. Gleichzeitig soll die Strecke Stuttgart-Ulm teils neu-, teils ausgebaut werden. Das Ganze ist ein Herzstück der geplanten Europäischen Bahn-Schnellstrecke Paris–Budapest. Vor allem Südwestdeutschland würde von den kürzeren Fahrzeiten profitieren.

Schon in den 1980er Jahren gab es erste Pläne dafür, 1995 eine erste Machbarkeitsstudie. Das Projekt wurde nach allen Regeln des Rechtsstaates ausgeschrieben, Einwände berücksichtigt, schließlich erfolgte die Planfeststellung, 2006 stimmte der Landtag von Baden-Württemberg dem Projekt zu, Ende 2008, mit der Verabschiedung des Haushalts 2009, der Bundestag – jeweils mit Zustimmung der ehemaligen Fortschrittspartei SPD.

Nach Ansicht der Befürworter ist das Milliardenprojekt eine „Riesenchance für Baden-Württemberg“, die veraltete Bahn-Infrastruktur erneuert zu bekommen, mit den entsprechenden Wachstumschancen. Umso mehr, als überwiegend der Bund bezahlt. Dass das Projekt auch wegen Protesten länger dauert als geplant, dass es auch dadurch teurer wird, ist ein bedauerliches, aber beinahe typisches Kennzeichen großer Infrastruktur-Maßnahmen – von Autobahn- und Bahnstrecken-Neubauten über den Berliner Hauptbahnhof bis zur Elbphilharmonie in Hamburg. Auch dass die Verkehrsströme nicht genau prognostiziert werden können, sollte angesichts der naturbedingten Begrenztheit der menschlichen Erkenntnisfähigkeit nicht verwundern.

Gerade im traditionell technikbegeisterten Baden-Württemberg (Eigenwerbung: „Wir können alles außer Hochdeutsch“) hatte kaum jemand mit dermaßen massiven Protesten gerechnet, wie sie beim Beginn der Bauarbeiten im Spätsommer nach PR-intensiver Stimmungsmache durch Grüne und linksökoideologische Gruppen aufkamen und sich seither immer weiter aufschaukelten.

Ob Stromleitung, Schule oder Bahnhof: Hauptsache dagegen

Merkwürdigerweise sind es weniger die typischen, in Straßenschlachten in Hamburg und Berlin erprobten, herbeigekarrten Linkschaoten, die vor der Baustelle demonstrieren – vor allem bei den Abriss-Arbeiten am alten Bahnhof und bei ersten Baumfällarbeiten im Schlossgarten –, sondern zu einem beachtlichen Teil brave schwäbische Hausfrauen und steuerzahlende Bürger aus der saturierten oberen Mittelschicht. Der Befund des Landesjustizministers Ulrich Goll (FDP), die Gegner rekrutierten sich aus dem wohlsituierten Stuttgarter „Halbhöhenpublikum“, das zunehmend „unduldsam und wohlstandsverwöhnt“ sei, sich auf dem heutigen Stand ausruhe, statt an die kommende Generation zu denken, hat etwas für sich.

Bemerkenswert ist dies auch deshalb, weil sich sowohl FDP als Grüne zu großen Teilen aus eben diesem Publikum nähren. Die Frage ist berechtigt, wie zukunftsfähig ein Land ist, in dem mittlerweile gegen praktisch alle Infrastruktur-Neubauten, sogar Schulen und Kindergärten bis hin zu Solarparks, Biomasseanlagen und Starkstromleitungen massiv protestiert wird. Union und FDP, die zunehmend allein die Verfechter solcher Investitionen sind, haben große Schwierigkeiten mit dieser „Dagegen-Republik“, wie sie der „Spiegel“ nannte.



Im Wahlkampf engagiert: Grünen-Chef Cem Özdemir (r.) demonstriert gegen die Rodung von 25 Bäumen.

Beim Protest in Stuttgart spielt vor allem eine allzu romantische, fortschrittsfeindliche Verklärungskampagne eine Rolle, die sich in urgrünen Parolen der 70er Jahre – wie etwa „Mein Freund, der Baum“ – manifestiert. Jeder der bislang gefällten 25 Bäume wurde aufs Heftigste beklagt, ja beweint, zuvor hatten radikale „Parkschützer“ einen Eid zum Schutz der Bäume geschworen – hier wurde teilweise ein quasireligiöser Anstrich der Öko-Apostel erkennbar.

Dieser linksideologische Ökologismus hat sich längst von der ernsthaften Ökologie verabschiedet. Die nämlich schaut nicht auf den einzelnen Baum. Ernsthafter, wissenschaftlicher Ökologie geht es stattdessen immer um Lebensräume, in denen sich die Natur ausbreiten kann. Stuttgart 21 hat in der Tat eine blitzsaubere Ökobilanz: Erstens wird durch die schnelle Fernverbindung das Fliegen unattraktiver. Zweitens wird auch der Nahverkehr ausgebaut, neue S-Bahn-Strecken und -Bahnhöfe machen den ÖPNV für Pendler attraktiver. Und drittens werden mitten in Stuttgart 100 Hektar bisher ökologisch wertloser Gleisanlagen frei, auf dem größten Teil der Fläche sind Naturräume und Grünflächen geplant.

Befürworter des Projekts erwarten nun, dass CDU und FDP bei allen Gesprächsangeboten darauf beharren, dass das Projekt rechtsstaatlich zustandegekommen ist und umgesetzt werden muss. Nicht der, der am lautesten schreit, sollte Recht bekommen. Und sie erinnern: Auch 50 000 Demonstranten sind nicht „das Volk“, auch wenn sie das für sich reklamieren. Jeder Demonstrant steht zunächst für sich allein, jeder Landtagsabgeordnete dagegen repräsentiert mehrere Zehntausend Bürger. *Anton Heinrich*

MELDUNGEN

Kabul versetzt Bundeswehr

Hamburg – Die Bundeswehr soll in den letzten Monaten in Afghanistan vor gemeinsamen Operationen vermehrt vergeblich auf ihre afghanischen Partner gewartet haben. So meldet der „Spiegel“, dass bei der Operation „Weißer Adler“ die Bundeswehr erst nachträglich erfuhr, dass das Verteidigungsministerium in Kabul zuvor zugesagten Einheiten die Teilnahme an dem Einsatz gegen aufständische Taliban verboten hatte. Die Operation „Taohid III“ wiederum musste vorzeitig abgebrochen werden, da 200 von Kabul bereits zugesagte Polizisten nicht verfügbar waren. Selbst zu den Parlamentswahlen am 18. September sollen deutsche und US-Soldaten vergeblich auf ihre afghanischen Kollegen gewartet haben, so dass die gemeinsame Operation vier Stunden vor Beginn abgesagt werden musste. *Bel*

Laschet entdeckt Sarrazin

Düsseldorf – Im Kampf um den CDU-Parteivorsitz in Nordrhein-Westfalen hat Armin Laschet das Potenzial von Thilo Sarrazin entdeckt. In einem „Spiegel“-Interview lobt er dessen Buch als einen „wichtigen Diskussionsbeitrag“. Bei seinem parteiinternen Wahlkampf gegen seinen Parteikollegen Norbert Röttgen hat Laschet die Stimmung an der CDU-Basis zu spüren bekommen und reagiert. Trotzdem sieht es derzeit so aus, als ob Röttgen bei der Basis besser ankommt, während Laschet die Mehrheit der 54 CDU-Kreisvorsitzenden in NRW hinter sich hat. Doch da alle 160 000 CDU-Mitglieder bis zum 30. Oktober per Briefwahl abstimmen, viele davon schon lange nicht mehr auf CDU-Veranstaltungen waren, ist der Ausgang ungewiss. Gegen Röttgen spricht für viele die Sorge, dass er das Ministeramt und das Amt des Landeschefs zeitlich nur schwer vereinbaren könnte. *Bel*

Biblis: »Stufe 0«

Atomaufsicht widerspricht Öko-Gutachten

Die Meldung machte Angst, und das sollte sie wohl auch. Insgesamt 210 „grundlegende und schwerwiegende“ Sicherheitsmängel, aufgelistet in einem Gutachten der Darmstädter Filiale des Freiburger „Öko-Instituts e. V.“, qualifizierten das Kernkraftwerk Biblis B zum „Schrottreaktor“ ab.

Schnell war die rot-rot-grüne Anti-Atom-Front sich einig: Biblis muss sofort abgeschaltet werden, da seine beiden Reaktoren – neben Neckarwestheim I und Brunsbüttel die dienstältesten in Deutschland – unverantwortliche Sicherheitsrisiken darstellten.

Das Pech der vereinigten Atom-Aussteiger von SPD, Linkspartei und Grünen: Zuständig für eine vorzeitige Abschaltung wäre Hessens Umweltministerin Lucia Puttrich (CDU). Sie gab prompt Entwarnung. Von den 210 Punkten des Gutachtens haben demnach 130 überhaupt keine Sicherheitsrelevanz. Die restlichen 80 sind sicherheitstechnisch leicht beherrschbar, so dass „weder ein sofortiges Handeln der Aufsicht noch gar eine Stilllegung der Anlage“ erforderlich seien.

Postwendend wurde eine erneute Panne nachgeschoben, um die Abschaltforderung zu untermauern, ein Ausfall der automatischen Notstandsschaltanlage, diesmal in Block Biblis A. Die Atomaufsicht stufte diesen Vorfall jedoch als allenfalls meldepflichtiges „Ereignis der Stufe 0“ ein.

Niemand ist hier je zu Schaden gekommen

Die beiden AKW-Blöcke Biblis A und B, am Oberrhein zwischen Worms, Darmstadt und Mannheim gelegen, hatten bei ihrer Inbetriebnahme Mitte der 70er Jahre weltweit Maßstäbe in Sachen Sicherheitstechnik gesetzt. In den jährlichen Zuverlässigkeitsstatistiken der Internationalen Atomenergie-Agentur (IAEA) sind sie bis heute regelmäßig auf Spitzenplätzen zu finden. Bei einer Verfügbarkeit von über 75 Prozent über die gesamte Laufzeit reicht die Bruttoleistung von 2525 Megawatt aus, um sieben Millionen Haushalte zuverlässig mit Strom zu versorgen. Seit 1974, als Biblis A erstmals kritisch wurde, gab es in beiden Blöcken insgesamt 834 „meldepflichtige Ereignisse“; in keinem einzigen Fall sind Menschen zu Schaden gekommen (siehe auch Kommentar auf Seite 8). *H.-J. Mahlitz*

Nicht mehr das Land Goethes

Wilders fordert die Deutschen zu Selbstbewusstsein auf – »Moderate Muslime fördern«

Selten hatte sich die Antifa so blamiert wie am letzten Wochenende in Berlin. 55 Parteien, Gewerkschaften und Organisationen (darunter auch solche, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden) hatten im Bündnis „Rechtspopulismus stoppen“ zur Blockade des Hotels aufgerufen, in dem Geert Wilders von der in den Niederlanden außerordentlich erfolgreichen Partei für die Freiheit (PVV) einen Vortrag über die Bedrohung der Freiheit durch den Islam in Europa hielt. Tatsächlich versammelte sich ein Häufchen von knapp 50 Linksextremisten in der Nähe des Hotels. Ein Polizeisprecher sprach gegenüber dieser Zeitung von 80, während der staatliche Sender RBB die Zahl von 120 Teilnehmern publizierte. Diese riefen ihre Evergreens „Nazis raus“ und „Rechtspopulismus stoppen“.

Die Sicherheitsvorkehrungen der Veranstaltung waren sehr streng. Kein Wunder, denn der Hauptredner wird ständig mit Morddrohungen konfrontiert. Und auch der Gastgeber René Stadtkewitz, ehemaliges CDU-Mitglied und Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, erlitt in der Vergangenheit bereits einen Brandanschlag gegen das Haus, in dem er mit seiner Frau und seinen Kindern wohnt. Im Hotel Berlin im Bezirk Mitte waren rund 550 Interessierte zusammengekommen. Zahlreiche Fernsehsender waren zugegen.

Stadtkewitz, Mitgründer der neuen Partei „Die Freiheit“, sprach in seinem Einführungsreferat über Erscheinungen, mit denen fast jeder Bürger dieser Stadt schon konfrontiert wurde. Auch solle Bundeskanzlerin Angela Merkel beispielsweise ihre Stimme bei sogenannten Ehrenmorden erheben. Aber sie solle schweigen, wenn sich in einem anderen europäischen Land eine demokratisch gewählte Regierung formiert, deren Zusammensetzung ihr nicht zusagt. Stadtkewitz sprach Merkel das Recht ab, für „die Deutschen“ zu sprechen, ja selbst die CDU-Basis dürfte ihre Ansichten in dieser Frage mehrheitlich nicht teilen.

Gleich danach dann Wilders' Auftritt. „Wollen Sie, dass Moscheen und verhüllte Frauen zum Stadtbild gehören?“, fragte er. „Nein“, rief der Saal – tosender Beifall – ein guter Einstand. Ein sehr sachlich argumentierender Geert Wilders entsprach nicht den von der veröffentlichten Meinung über ihn verbreiteten Vorurteilen. So stammt der Vergleich zwischen „Mein Kampf“ und dem Koran nicht von Wilders, auch wenn der Grünen-Politiker Jürgen Trittin das im Fernsehen erneut behauptete. Wilders zitiert meist fachkundige Wissenschaftler oder Experten. Er warf der deutschen Bundeskanzlerin Merkel Feigheit vor der Islamisierung Deutschlands vor und belegte das mit einer Fülle von Zitaten.

Redner: Geert Wilders (l.) und René Stadtkewitz Bild: pa

Wilders forderte unter dem Applaus die Deutschen auf, eine politische Bewegung in Deutschland, „die die nationale Identität des Landes verteidigt und sich der Islamisierung entgegenstellt“, zu bilden und dem Schuldkult abzuschwören, sich auf die eigene Identität zu besinnen und einen Nationalstolz zu entwickeln. „Was immer in der Vergangenheit in ihrem Land geschah, die heutige Generation ist dafür nicht verantwortlich. Ein Deutschland voller Moscheen und verschleierter Frauen ist nicht mehr das Deutschland Goethes, Heines und Schillers!“

Wilders erklärte, der Westen habe keine Strategie, wie mit dem neuen Dschihad umzugehen sei. Er unterstützte den Buchautor und ehemaligen Bundesbank-Vorstand Thilo Sarrazin. Die Debatte um dessen Thesen zur Integration sei Ausdruck dafür, dass „Deutschland mit sich ins Reine kommt“, sagte er. Es gebe zahlreiche moderate Muslime, erklärte er. Diese gelte es zu unterstützen. Der Islam selbst aber sei nicht moderat, sondern auf die gewaltsame, weltweite Einführung des islamischen Rechts ausgerichtet. Der Islam bedeute weniger Rechte für Frauen, weniger Rechte für die Ungläubigen, er breite sich aus durch die Waffe oder durch Einwanderung.

Ein nettes Wortspiel mit dem Kommunistischen Manifest machte die Zuhörer munter: „Ein Gespenst gehe um in Europa“, sagt Wilders Karl Marx abwandelnd, und das Gespenst heiße Islamisierung. Dann wandte sich Wilders wieder an die deutsche Bundeskanzlerin: „Wir sind nicht wie Frau Merkel, wir akzeptieren die Islamisierung nicht.“ *Theo Maass*

MELDUNGEN

Syrien gegen Evangelikale

Damaskus – Im Norden Syriens sind mindestens acht evangelikale Hausgemeinden staatlich geschlossen worden. Der Staat begründet sein Vorgehen gegen die Hausgemeinden formal-rechtlich: Nach dem Gesetz dürften Christen nur in Gebäuden Gottesdienste feiern, die als Kirchen zu erkennen sind. Die evangelikalen Gemeinden sind jedoch meist zu klein und finanzschwach, um sich solche Häuser leisten zu können. Aus der Sicht Syriens sind die Evangelikalen Extremisten und gegen diese wird derzeit vorgegangen, egal ob muslimisch oder christlich. Etwa 75 Prozent der rund 20 Millionen Syrer sind Muslime. 15 Prozent sind Christen, überwiegend Mitglieder orthodoxer Kirchen. *idea*

Zerstörung von Chemie-Waffen

Moskau – Die Russische Föderation meldet Fortschritte bei der Zerstörung chemischer Waffen. Nach Viktor Kholstov, Chef von „Minpromtorg“, wurden bislang 48,3 Prozent des Arsenals von rund 40000 Tonnen unschädlich gemacht. Die Aktion hatte 2003 begonnen. Finanziert wird der aufwendige Vorgang, der auch 7,5 Tonnen Nervengas in Munitionskapseln umfasst, aus dem laufenden Budget. Die Nachprüfung erfolgt durch ein Gremium von Repräsentanten, zu denen auch ein Vertreter der USA gehört. Beim Kollaps der Sowjetunion hatten die Streitkräfte Moskaus weltweit die größte Kapazität an chemischen und biologischen Waffen gehortet, wozu auch Keimträger für Ebola, Aids und Typhus sowie die Nervengifte Soman, Sarin und Senfgas gehörten. Seit 1997 sind solche Waffen durch die Chemiewaffenkonvention international geächtet. Allerdings sind Russland und die USA noch immer die größten Besitzer solcher Arsenale. *J. F.*

Indien greift nach den Sternen

Der zerrissene Subkontinent ist auf dem Weg zur politischen und wirtschaftlichen Supermacht

Vor einer Woche hat die *Preußische Allgemeine* an dieser Stelle über die globalen Ambitionen Chinas berichtet. Heute richten wir den Blick nach Indien, die andere „demographische Supermacht“ mit deutlich über einer Milliarde Einwohnern. Schon jetzt kollidieren die Interessen der beiden wirtschaftlich aufstrebenden Atommächte Indien und China an mehreren Stellen.

Der immer wieder aufflackernde Kaschmirkonflikt mit Pakistan, brennende Christendörfer, maoistische Attacken und muslimische Attentate, dazu ein gigantisches Gefälle zwischen arm und reich, Stadt und Land. Das sind einige Merkmale der Politik Indiens, das sich trotz seiner inneren Zerrissenheit mehr und mehr zum weltpolitischen Akteur aufschwingt.

Indien ist längst mehr als Bollywood, Gurus, Maharadschas und Elefanten. Schon längst hat sich das Land mit seinen fast 1,2 Milliarden Menschen in 28 Bundesstaaten zu einem der wichtigsten Handelszentren der Welt und Motor der Weltkonjunktur aufgeschwungen. Auch greift Neu Delhi mit seiner Weltraumpolitik prestigehungrig nach der Sternen. 2008 wurde die eigene Mondmission mit einer Sonde gestartet. Der Test für ein eigenes Raketenabwehrschild im Juli verlief erfolgreich. Ziel dieses Projekts ist es, mit den USA, Russland und Israel gleichzuziehen.

Besonderes Augenmerk richten Indiens Außenpolitiker auf die Bestrebungen Chinas, in Südasien stärker Fuß zu fassen. Premier Manmohan Singh zeigt sich alarmiert durch chinesische Hafenprojekte in Bangladesch, Sri Lanka und Pakistan sowie die wachsende Seemacht Pekings. Besonders beunruhigt ihn die Teilnahme zweier chinesischer Kriegsschiffe an Flottenmanövern in Birma. Zwischen den beiden asiatischen Giganten herrscht seit langem angespanntes Misstrauen, nicht zuletzt wegen des von den Indern beherbergten Dalai Lama und zweier Territorialkonflikte im Nordwesten und Nordosten des Landes.

Eine andere, ungelöste Aufgabe ist der schwelende Konflikt in der überwiegend islamischen Grenzregion Kaschmir. Militante Islamisten versuchen immer wieder, den Pakistan-Konflikt neu anzuheizen. Immerhin prallten die beiden Mächte hier seit 1947 dreimal militärisch aufeinander. Die radikalen Muslime und die Verwicklung Pakistans in den Afghanistan-Terror heizt die Stimmung an.

Im südöstlichen Bundesstaat Andhra Pradesh dagegen hat es die Regierung in Delhi mit maoistischen Rebellen zu tun. Sie fordern mehr Wohlstand für die dortige Bevölkerung. Und obwohl die gut 25 Millionen Christen nur eine kleine und friedliche Minderheit gegenüber dem dominierenden Hinduismus sind, kommt es auch gegen sie immer wieder zu blutigen Ausschreitungen, derer die Regierung nur mit Militärgewalt Herr werden kann.

Trotz aller inneren Probleme zeigt die sehr heterogene indische Staatsnation großes und wachsendes Selbstbewusstsein, auch und gerade in wirtschaftlichen Belangen. Die größte Demokratie und der zweitbevölkerungsreichste Staat der Erde hat in einigen Branchen wie Pharmazie und Informationstechnologie längst Weltniveau erreicht. Noch gilt der Vielvölkerstaat als ein Schwellenland, das zwar 17 Prozent der Weltbevölkerung beherbergt, aber nur etwas über sechs Prozent zur weltweiten Produktion beiträgt. Doch seit Jahren wächst die Wirtschaftsleistung real um acht bis neun Prozent pro Jahr von der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise war und ist Indien nicht betroffen.

> Die Rivalität mit China wird immer stärker

Die Staatsverschuldung liegt bei recht moderaten 61 Prozent der Bruttoinlandsproduktes, die Währungsreserven haben 2008 einen Wert von 256 Milliarden US-Dollar erreicht. Das Selbstbewusstsein Indiens zeigt sich seit Juni auch im neuen Erscheinungsbild der Rupie. Das Symbol der Währung, ein R mit zwei Querbalken, ähnelt den Zeichen von Euro und Yen.

Nicht zuletzt das Bevölkerungswachstum erlaubt mittel- und langfristig weiteres Wirtschaftswachstum. Einige Analysten gehen davon aus, dass Indien künftig stärker als China wachsen wird. Dazu muss sich seine Regierung allerdings von einer regulierten Staatswirtschaft noch mehr privaten, auch ausländischen Investitionen öffnen.

Die ersten Schritte dazu sind getan. Die Unternehmensberatung McKinsey bescheinigt Indien inzwischen ein „urbanes Erwachen“. McKinsey schätzt, dass bis 2030 die Stadtbevölkerung des Subkontinents von jetzt 340 Millionen auf fast 600 Millionen anwachsen dürfte, da 70 Prozent aller neuen Arbeitsplätze in den Metropolen entstehen.

Neben China bringt Indien die meisten Milliardäre in Süd- und Ostasien hervor. Eine wachsende Freizeitindustrie, wie sie etwa die Bootsschau von Bombay (Mumbai) zum Ausdruck bringt, zeugen davon. Viele deutsche Branchen, zumal die Autoindustrie, exportieren längst nach Indien.

Mit der Europäischen Kommission verhandelt Indien derzeit über ein Freihandelsabkommen. Dieser Entwicklung Rechnung tragend, macht sich auch die Rüstungsindustrie Hoffnungen. So erwartet etwa EADS Milliardenaufträge bei der Modernisierung der Streitkräfte. Ende September reiste Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle zu entsprechenden Gesprächen nach Neu Delhi. Wie er betonte, stünden zudem die Chancen bei erneuerbaren Energien, Infrastruktur und Ausbildung gut. Gerade bei der Infrastruktur hat Indien wegen seiner rasant wachsenden Wirtschaft einen immensen Nachholbedarf. Da ist der Nachbar China weiter. Der enorme Arbeitskräftebedarf der deutschen Wirtschaft von bundesweit 35000 Ingenieuren und 65000 IT-Spezialisten sowie Schätzungen von 230000 offenen Stellen bis 2020 verlange, so Brüderle, eine Zusammenarbeit mit dem südasiatischen Staat. Auch Großbritannien, die ehemalige Kolonialmacht, drängelt sich in den prosperierenden Markt, und für November hat sich US-Präsident Barack Obama zu einem Besuch angesagt, um einen „strategischen Dialog“ in Gang zu bringen. Insbesondere sollen Importbeschränkungen zur Sprache kommen. Zumindest innoffiziell dürfte es im Dialog der beiden Supermächte aber auch um geostrategische Fragen gehen.

Joachim Feyerabend/K.B.



Zurückhaltend, aber mächtig: Premier Manmohan Singh herrscht über fast 1,2 Milliarden Inder. Foto: Reuters

Wütende Geschichtsdebatten

Moldawien ohne Präsident – Zwei Lager blockieren einander

In der Volksversammlung von Chisinau (Kischinjew) herrscht ein lähmendes Machtvakuum. Da das Parlament 2009 bereits zwei Mal neu gewählt wurde, konnte ein weiterer Urnengang laut Gesetz nicht vor diesem Sommer stattfinden. Die Kommunisten boykottierten monatelang alle Parlamentssitzungen, und die Neuwahl des Staatsoberhaupts schlug gleich mehrfach fehl.

So amtiert Parlamentspräsident Mihai Ghimpu schon seit einem Jahr als Übergangspräsident. Da eine Neubesetzung des höchsten Staatsamtes nur mit drei Fünfteln der Abgeordnetenstimmen möglich ist, befindet sich die kleine Republik angesichts der Existenz von zwei in etwa gleichstarken Lagern in einer Sackgasse. Um aus dieser herauszukommen, initiierte die regierende „Allianz für europäische Integration“ (AIE) am 5. September ein Referendum über die Direktwahl des Staatsoberhauptes – und scheiterte, da sich weniger als die erforderlichen 30 Prozent der 2,7 Millionen Wahlberechtigten beteiligten. Am 21. September entschied das Verfassungsgericht nun immerhin, dass Ghimpu das Parlament binnen dreier Monate aufzulösen und Neuwahlen anzuordnen habe.

Die Blockadepolitik der moldauischen Kommunisten erreichte bereits im Sommer einen Höhepunkt, als sie vor dem Verfassungsgericht erfolgreich Klage gegen das „Dekret zum 28. Juni“ einlegten. Interimspräsident Ghimpu widmete den 70. Jahrestag der Annexion des einst auch von vielen Deutschen bewohnten Bessarabien durch die Rote Armee in Folge des Hitler-Stalin-Paktes per Erlass erstmals der Erinnerung an die „sowjetische Besatzungsherrschaft“. Wütende geschichtspolitische Debatten waren die Folge in jener vor allem rumänisch geprägten Region, die die Türkei 1812 an Russland abtreten musste und die sich 1918 Rumänien anschloss.

> Russische Sanktionen wegen Annäherung an Rumänien

Vor dem Regierungsgebäude kam es am 28. Juni zu einer Veranstaltung mit überlebenden Terropfern, bei der Ghimpu an einem Gedenkstein mit der rumänischsprachigen Inschrift „Den Opfern der sowjetischen Besatzung“ Blumen niederlegte. Er betonte, dass für die damaligen Tötungen und Verschleppungen nach Sibirien nicht nur „die Henker der stalinistischen Ära“ die Verantwortung trügen, sondern auch deren Komplizen, die heute noch im Land lebten und eine gute Rente bezögen. Allein in der Nacht vom 12. auf den 13. Juni 1941 waren nach Angaben der moldauischen Behörden etwa 23000 Menschen in den Gulag deportiert worden. Damit zielte Ghimpu, ein Befürworter der Wiedervereinigung mit Rumänien, auf die zumeist russophilen Sowjetnostalgiker, die sich aus Protest gegen den Staatsakt zu gleicher Zeit nur fünf Gehminuten entfernt zu einer eigenen Demonstration versammelten.

Die Kommunisten schüren in der aktuellen Debatte auch außenpolitische Bedenken. Man verweist darauf, dass das russische Außenministerium von einer „politische(n) Kampagne“ gesprochen hat, die sich gegen eine moldauisch-russische Partnerschaft richte. Ghimpu betreibe „Geschichtsfälschung“ und provoziere eine schwere Konfrontation, warnte der Kreml und drohte mit der Beschränkung des wichtigsten Exportguts Wein. Angesichts der wirtschaftlichen Abhängigkeit Moldawiens von Russland könnten Sanktionen des Kremls in der Tat schwerwiegende Folgen haben. *Martin Schmidt*

Mächtiger Manager ersetzt

Italien: UniCredit im Zwielicht – Einfluss von Gaddafi

Wenn ein so erfolgreicher Spitzenmanager wie UniCredit-Chef Alessandro Profumo plötzlich aus dem Amt scheidet, kommen zwangsläufig Gerüchte auf – die durch die sehr knappe Stellungnahme des UniCredit-Verwaltungsratspräsidenten Dieter Rampl weiter angeheizt wurden. Und tatsächlich stecken hinter dem Rauswurf Profumos persönliche Rivalitäten, innenpolitische Machtkämpfe und nicht zuletzt Geschäftsinteressen, die mit der „Männerfreundschaft“ zwischen Ministerpräsident Silvio Berlusconi und dem libyschen Machthaber Muammar Al-Gaddafi zu tun haben.

Die Aufregung über Profumos Abfindung ist natürlich eine willkommene Ablenkung, denn 40 Millionen Euro wecken die üblichen Neid-Komplexe, ohne zu berücksichtigen, dass der heute 53-Jährige wirklich etwas geleistet hat: Er machte eine verschlafene Mailänder Regionalbank zur größten Bank Italiens – die in der Finanzkrise keine Staatshilfe beanspruchte – und zu einer der größten Europas. Dies gelang ihm erstens dadurch, dass er norditalienische Sparkassen dazu brachte, ihr Kapital in mehreren Stiftungen zu bündeln, die nun Kernaktionäre der UniCredit sind.

Auch wurden einige Banken im In- und Ausland übernommen, darunter 2005 die Münchner HypoVereinsbank (HVB). Eingefädelt hatte das aber der damalige HVB-Chef Rampl selber – zu für UniCredit und ihn persönlich sehr „günstigen“ Bedingungen. Erst zwei Jahre davor hatte der damalige Chef der Bank Austria (BA) sein Haus an die HVB verscherbelt. Doch für ihn hat es sich nicht gelohnt und für die BA-Aktionäre noch weniger: Die im Tausch erhaltenen HVB-Aktien waren ein Jahr später nur mehr ein Zehntel wert, während die BA bis heute einer der profitabelsten UniCredit-Teilbetriebe ist. Beide Übernahmen waren Musterbeispiele für das, was sich trotz aller Kontrollen hinter den Kulissen abspielt.

> Fordert der geschasste Bankchef jetzt Berlusconi heraus?

Den Sturz Profumos erreichte Rampl nun just mithilfe der Verwaltungsräte von den Sparkassenstiftungen – die ihrerseits heute unter dem Einfluss der Lega Nord stehen und Profumo für den „wachsenden Gaddafi-Einfluss“ verantwortlich machen. Wie das?

Laut UniCredit-Statuten kann kein Aktionär mehr als fünf Prozent der Stimmrechte haben, aber die libysche Notenbank hat bereits knapp fünf Prozent, und seit kurzem hält auch die Libyan Investment Authority 2,6 Prozent. Dass beide behaupten, von einander der völlig unabhängig zu sein, wird angezweifelt – Banken- und Börsenaufsicht haben schon Ermittlungen darüber aufgenommen. Und auch über die vom Profumo-Abgang ausgelösten Kursbewegungen, denn der Verdacht auf „Insider-Trading“ liegt nahe. Zeitgleich wurden auch Ermittlungen gegen die Vatikan-Bank eingeleitet – Zufall oder Ablenkungsmanöver?

Obwohl Berlusconi die vorwöchige Vertrauensabstimmung souverän bestand, wird seine Koalitionsregierung nach dem Absprung der Gruppe um Gianfranco Fini auch durch die Spannungen mit der Lega Nord zunehmend belastet. Beobachter rechnen sogar damit, dass Profumo jetzt in die Politik geht und mit einer linksliberalen Oppositionsbewegung reelle Chancen hätte, Berlusconi zu stürzen.

R. G. Kerschhofer

Kein Geld mehr für Brot und Spiele

Um die Venezolaner für seine Revolution zu begeistern, köderte Chávez sie, doch nun fehlen ihm die Mittel

Der „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ von Hugo Chávez treibt Venezuelas Wirtschaft immer tiefer in den Ruin. Das ölreiche Land leidet mittlerweile sogar unter einer Energiekrise.

Die Venezolaner verlassen in Scharen ihr Land, und verabschieden sich mit bitterem Spott von der Heimat: „Adiós, Cubazuela!“ Mit der Namensschimäre aus „Cuba“ und „Venezuela“ schimpfen sie heraus, wohin sie ihr Land sinken sehen – auf den Stand eines zweiten Kuba.

Immer mehr Venezolaner verzweifeln an ihrer sozialistischen Führung unter Präsident Hugo Chávez. Bei den vergangenen Parlamentswahlen verfehlten seine Partei und ihre Verbündeten die erhoffte Zweidrittel-Mehrheit der Sitze.

Das kam einem kleinen Wunder gleich, denn die Wahlen liefen keineswegs unter fairen Bedingungen ab. In den vergangenen Jahren wurden unabhängige Medien planmäßig niedergemacht, Sender reihenweise geschlossen. Zuletzt ließ Chávez die Wahlkreise so zuschneiden, dass die Stimmen in den ihm eher gewogenen Landesteilen bis zu 20 Mal schwerer wogen als die aus jenen Gebieten, in denen die Opposition dominiert.

Hauptursache für die wachsende Unzufriedenheit mit dem linksradikalen Machthaber, der das Land seit 1998 regiert, ist der von Chávez selbst verursachte wirtschaftliche Niedergang des Landes. Und ein Land wie Venezuela zu ruinieren, ist fast ein Kunststück, denn der einstige lateinamerikanische Vorzeigestaat sitzt auf gigantischen Ölreserven, gehört sogar der Opec an. 90 Prozent des Exportvolumens werden mit dem schwarzen Gold erwirtschaftet.

Dennoch wird die Versorgungslage zunehmend unerträglich, und langsam erreicht die Misere auch die ärmsten der Armen, auf die sich Chávez bislang verlassen konnte, weil er sie mit allerlei teuer erkauften Wohltaten bei Laune hielt. Dabei gingen die Maßnahmen voll zulasten der heimischen Wirtschaft, die darunter in die Knie ging.

So muss die verstaatlichte Ölgesellschaft „Petróleos de Venezuela“ (PDV) etliche der etwa 20 Sozialprogramme, der sogenannten „Misiones“, direkt finanzieren. Jene „Misiones“ sind es, mit denen sich Chávez über Jahre die Zuneigung der unteren Schichten erkauft hatte. Sie direkt von PDV, an deren Spitze der Staatschef Freunde und Genossen positioniert hat, finanzieren zu lassen hat einen Vorteil: So taucht das viele Geld gar nicht erst im offiziellen Staatsetat auf.

In den Jahren hoher Ölpreise bis 2008 ging das alles wunderbar. Weder die Unfähigkeit der neuen roten PDV-Herren noch die finanzielle Belastung durch die „Misiones“ vermochten das wichtigste Unternehmen Venezuelas in Schwierigkeiten zu bringen. Seit dem Ölpreis-Verfall und der Weltwirtschaftskrise aber ist alles anders. Nun fehlen der PDV die Mittel für notwenige Reparaturen und Investitionen, weil viel zu viel bei den „Misiones“ endet.

Dringende Reparaturen bleiben aus, die Anlagen verkommen, und für die Erschließung neuer Ölge-

> Inflation liegt sogar offiziell bei rund 30 Prozent

biete ist schon erst recht kein Geld mehr da. Eher kleinlaut ruderte Hugo Chávez daher vergangenen Februar ein Stück zurück und unterzeichnete mit den Konzernen Chevron (USA) und Repsol (Spanien) einen Vertrag zur Erschließung der riesigen Ölschlamm-Vorkommen im Orinoco-Becken.

Trotz eigener Schwierigkeiten unterstützt Chávez nach wie vor das verbündete Kuba mit billigem Öl. Im Gegenzug „liefert“ das Castro-Regime vor allem Ärzte, Pfleger und sogar Sporttrainer für die „Misiones“. Kuba stellt zudem Beamte für das Meldewesen, die Liegenschafts- und die Standesämter bereit, so dass sich viele Venezolaner längst von den Kubanern okkupiert sehen. Sogar Hotels werden zunehmend durch Manager von der Zuckerinsel geleitet. Mit den Kubanern drang, vom bekennenden Marxisten Chávez durchaus beabsichtigt, auch die sozialistische Ideologie bis ins bürgerliche Leben der Venezolaner vor. Hinter vorgehaltener Hand schlägt den Sendboten Castros stellenweise blanker Hass entgegen.

Der wirtschaftliche Verfall schreitet derweil fort: Selbst die Zentralbank räumt ein, dass die Inflationsrate bei 30 Prozent liege, bei Nahrungsmitteln laut anderen Schätzungen wohl eher um 50 Prozent. Die Lohnsteigerung hält da nicht mit, der Lebensstandard sinkt. Berichte über zerfallende Straßen, Leitungsnetze und Gebäude erinnern auch Deutsche an Zustände in anderen sozialistischen Volkswirtschaften der Geschichte.



Ein Hauptärgernis sind skurrilerweise die häufigen Stromausfälle – die Sozialisten haben es geschafft, das ölreiche Land in eine Dauer-Energiekrise zu stürzen. Dabei fällt allerdings auf, dass vor allem solche Bezirke betroffen sind, die der Opposition zugerechnet werden.



Chávez' sozialistische Revolution ruiniert das Land: Armut und Misswirtschaft nehmen zu. Bild: AP

Neben der Mangelwirtschaft hat sich ein Almosensystem etabliert, das wie eine Karikatur des Feudalismus daherkommt: Wem das Dach leckt, wer eine neue Krücke braucht oder gar ein Auto oder wem sonstwo der Schuh drückt, der kann sich direkt an den Präsidenten wenden. Die sozialistische Partei überprüft dann die Linientreue des Bittstellers. Ist die gegeben, darf auf Hilfe gehofft werden. Wer sich hingegen als kritischer Geist offenbart hat, geht leer aus – der ideale Nährboden für Angst, Bespitzelung und Denunziation.

Die Wirtschaftsleistung schrumpfte, trotz Ende der Weltwirtschaftskrise und wieder steigendem Ölpreis, im ersten Halbjahr 2010 um 3,5 Prozent. Ein Vorbote des baldigen Endes von Hugo Chávez' rotem Spuk? Der spielt auf Zeit: Sollte, wie von manchen prognostiziert, der Ölpreis in den nächsten beiden Jahrzehnten auf das Vierfache steigen, könnte Chávez seine Misswirtschaft noch lange finanzieren. Die venezolanische Wirtschaft dürfte dann jedoch komplett in Trümmern liegen.

Hans Heckel

KURZ NOTIERT

Deutsche weiterhin fleißig: Jeder zehnte Erwerbstätige in Deutschland arbeitet mehr als 48 Stunden in der Woche. Das Statistische Bundesamt betonte sogar, dass 1,7 Millionen (4,3 Prozent) sogar mehr als 60 Stunden in der Woche ihrer Erwerbstätigkeit nachgingen. Jeder zweite Selbstständige, aber auch viele Führungskräfte würden besonders lange arbeiten. *Bel*

Mehr Geld für Kassenärzte: Zwar freut sich der Vizepräsident der Bundesärztekammer, Frank Ulrich Montgomery, dass ab 2011 die 150 000 Kassenärzte 0,75 Prozent mehr Honorar erhalten, zugleich moniert er aber die vielen Extraregelungen der einzelnen Bundesländer. Das Honorarsystem sei mittlerweile so kompliziert, dass es höchstens noch zwei oder drei Experten gäbe, die den Durchblick hätten, so Montgomery. *Bel*

Schäuble rudert zurück: Der erneut erkrankte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble will offenbar von der im Koalitionsvertrag vereinbarten Reform der Mehrwertsteuer nun doch nichts mehr wissen. Es seien kaum zusätzliche Einnahmen, aber riesige politische Widerstände zu erwarten, wird als Begründung kolportiert. Zudem habe die Regierung genug damit zu tun, das Sparpaket durchzusetzen. *K.B.*

Bundesdruckerei war zu teuer: Vor allem die Gewerkschaften hadern mit der aktuellen Entscheidung des Bundeskartellamts. Dieses hatte entschieden, dass die Bundesbank Druckaufträge für Euro-Scheine auch ans Ausland vergeben kann. Verdi-Vizechef Franz Werneke fürchtet nun, dass zusätzlich zu den rund 400 Arbeitsplätzen bei der Bundesdruckerei das deutsche Wissen für die Entwicklung von Sicherheitsmerkmalen an Banknoten und Ausweisdokumenten in Gefahr gerät. Die Bundesbank hingegen betont, dass es im Interesse der Gesellschaft sei, wenn der günstigste Anbieter, auch wenn er wie jetzt in Frankreich und in den Niederlanden sitzt, den Auftrag erhält. *Bel*

Immer größere Wasserwege

Die Tanker werden immer größer – und mit ihnen die Kanäle

Die Ehre wurde der „Glückspflaume“ zuteil. Der chinesische Frachter mit diesem lyrischen Namen durchquerte im September als millionstes Schiff den vor fast 100 Jahren gebauten Panamakanal. Doch viele Containerriesen der neuen Generation können die Passage – trotz gegenwärtig laufender Kanal-Verbreiterung – nicht mehr wagen, sie sind zu groß. Und somit scheinen die goldenen Tage der berühmten Wasserstraße durch den mittelamerikanischen Isthmus gezählt zu sein.

Denn es gibt längst mehrere ernst zu nehmende Pläne, der 81,6 Kilometer langen Verbindung vom Atlantik zum Pazifik den Garaus zu machen. Trotz der Verbreiterung der wegen der Höhenunterschiede nötigen Schleusen von 34 auf 55 Meter und einer Verlängerung von 305 auf 427 Meter, die bis 2015 abgeschlossen sein soll, können Schiffe wie die 345 Meter lange „Queen Mary II“ die Rinne nicht mehr benutzen. Sie sind zu Umwegen um Kap Hoorn gezwungen oder – bei anhaltender Erderwärmung – können sie eines Tages eventuell die dann frei werdende Nordwest-Passage benutzen.

Schiffstypen, die mehr als 13 000 Container befördern können, werden bereits als Postpanamax-Klasse bezeichnet und stoßen schon auf Schwierigkeiten, die Elbe bis Hamburg zu bewältigen. Für sie soll der Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven errichtet werden. Ähnliches gilt für die großen Öltanker, die wie die „TI Asia“ 380 Meter lang und 68 Meter breit sind, einen Tiefgang von satten 24,5 Meter aufweisen und 442 000 dwt (dead weight tonnage) tragen. Der längste je gebaute Tanker war

> Konkurrenz für den Panamakanal betrifft Hamburg

die „Jahre Viking“ mit 458 Metern Länge und 68 Metern Breite. Auch sogenannte Dockschiffe (halbtauchende Frachtschiffe) wie die holländische "Blue Marlin" mit ihrer Breite von 63 Metern können den Panamakanal nicht mehr benutzen. Die teuerste Passage der Wasserstraße bezahlte das Containerschiff „MSC Fabienne“ 2008 mit 317 142 US-Dollar, die billigste mit 36 Cent der Schwimmer Richard Halliburton. Er hatte acht Tagesetappen hatte er es geschafft.

Bereits Spaniens König Karl V. hatte 1523 den Bau eines Kanals angeregt, der erste Durchstichversuch erfolgte allerdings erst 1869 durch die französische Gesellschaft Société Civile Internationale du Canal Interocéanique. Der 73-jährige Ferdinand de Lesseps, der Erbauer des Suezkanals, fungierte als Präsident. Nach Malariaseuchen und dem Tod von 22 000 Arbeitern wurde das Projekt eingestellt. Zuletzt landete das Projekt für 40 Millionen US-Dollar bei den Amerikanern. Auch sie hatten zwischen 1906 und 1914, dem Jahr des Durchstichs, noch 5600 Tote zu beklagen.

Diese Entwicklung zu immer größeren Schiffseinheiten lässt mittlerweile in verschiedenen Ländern Mittelamerikas Pläne gedeihen, einen neuen Durchstich zwischen den beiden Weltmeeren ins Auge zu fassen. Erwogen wurden bislang Durchstiche in Mexiko, Nicaragua/Costa Rica, in Panama selbst und in Kolumbien. In all diesen Fällen käme der milliardenschwere Neubau ohne die zeitraubenden Schleusen aus. Trotz einer größeren Länge eines neuen Kanals (Mexiko 241 Kilometer, Nicaragua 270, Panama neu 97 und Kolumbien 153 Kilometer) rechnet es sich für die Schifffahrt, da die zeitaufwendigen Schleusenmanöver in den zwölf Kammern entfallen. Die Bauzeit für ein solches Projekt ist auf fünf bis zehn Jahre veranschlagt. *Joachim Feyerabend*

Bernanke lobt Europäer

Überraschende Wende des Fed-Chefs: Schulden würden zur Gefahr

Überraschende Einsichten vom anderen Ufer des Atlantik: Der Chef der US-Notenbank „Fed“, Ben Bernanke, hat Washington dringend zu mehr Sparsamkeit aufgerufen und die Europäer als Beispiel für eine erfolgreiche Stabilisierung der Staatsfinanzen gelobt.

Diese jüngste Auslassung des Notenbänkers steht in scharfem Gegensatz zu früheren Verlautbarungen vor allem aus Bernankes engerem Umfeld. Von dort war die „übertriebene Sparwut“ insbesondere der Deutschen als grundfalsch verurteilt worden. Deutschlands Kurs wurde gar als Gefahr für die Weltwirtschaft gegeißelt, weil Berlin mit seiner (im Vergleich zu den USA oder Großbritannien) eher maßvollen Defizitpolitik die eigene Konjunktur abwürge. Da aber Deutschland die wichtigste Volkswirtschaft von Europa sei, würde dies über den Kontinent hinaus die ganze Welt in Mitleidenschaft ziehen, so die Ankläger in New York und Washington.

Nun die Wende um 180 Grad: „Wenn die gegenwärtige Politik (der USA) fortgesetzt werden sollte, dann begeben wir uns auf einen nicht nachhaltigen Pfad“, raunt der Fed-Chef in einer für einen Notenbänker bemerkenswerten Deutlichkeit. Ins Grobe übersetzt sagte er nämlich: Wenn wir so weitermachen, fahren wir gegen die Wand. Daher benötige man dringend klare haushaltspolitische Regeln für den schrittweisen Ausstieg aus der Schuldenmacherei, auch um das Vertrauen der Bürger zurückzugewinnen, so Bernanke weiter. Dabei seien die „guten Erfahrungen“ in Europa

> Vor wenigen Wochen klang das noch ganz anders

wegweisend. Hiermit dürfte er auf die eben noch heftig gescholtene deutsche Schuldenbremse angespielt haben.

Um Vertrauen werben müssen die USA indes längst nicht nur bei ihren eigenen Bürgern. Das Land importiert seit vielen Jahren deutlich mehr als es importiert. Diese Lücke ist nur zu finanzieren, wenn die Außenwelt weiter bereit ist, einen Großteil ihrer Finanzreserven in US-Dollar anzulegen.

Doch diese Bereitschaft schwindet: Der US-Regierung fällt es immer schwerer, Abnehmer für amerikanische Staatsanleihen zu finden. Die „US-Bonds“ galten bis vor kurzem als eine der sichersten Anlagen der Welt, auch wenn die Verzinsung jämmerlich ist. Der Glanz vergeht jedoch. Nach Berechnungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) entsteht bereits 2010 eine Deckungslücke von 1,6 Billionen Dollar bei den Bonds. Das heißt: Die US-Regierung findet für Staatsanleihen im Gesamtwert von 1,6 Billionen Dollar keine Abnehmer mehr am freien Kapitalmarkt. Diese Lücke soll nach Einschätzung des IWF bis 2015 auf 5,4 Billionen Dollar anwachsen.

Die Zahlen geben Aufschluss darüber, wie stark das Vertrauen in die Zahlungsfähigkeit der Vereinigten Staaten bereits wankt. Die einzige andere Möglichkeit, sich frisches Geld zu beschaffen, besteht darin, dass die Fed immer mehr Bonds direkt kauft, was sie bereits in großem Umfang tut. Dies jedoch bezeichnen Finanzexperten schlicht als „Gelddrukken ohne reale wirtschaftlichen Gegenwert“. In der Vergangenheit führte eine solche Politik praktisch immer zu heftiger Inflation. Eine solche aber könnte die Stellung des US-Dollar als Weltleitwährung untergraben, mit üblen Folgen für die globale Stellung der USA insgesamt. *H.H.*

Erschaudern

Von Hans Heckel

Die Aussagen von US-Notenbank-Chef Bernanke lassen erschaudern. Im Kern hat der Herr des Dollars erstmals öffentlich die Möglichkeit eingeräumt, dass die USA zahlungsunfähig werden könnten, wenn sie nicht bald das Ruder in der Haushaltspolitik herumreißen. Das aus dem Munde eines Mannes, der bis vor kurzem nur die Segnungen schuldenfinanzierter Konjunkturstützen pries und insbesondere Deutschland wegen seiner „falschen Sparsamkeit“ anfuhr.

Die Schadenfreude bleibt einem allerdings im Hals stecken, wenn man sich die Folgen eines finanziellen Einbruchs der USA vor Augen führt: Aufgrund seiner globalen Bedeutung würde Amerika die gesamte Welt mit sich reißen. Was das für den deutschen Export bedeutet, übersteigt alles, was wir an „Krise“ bislang erlebt haben.

Allerdings sollte die jähe Kehrtwende in Übersee auch eine Lehre sein, sich nicht zu sehr von Belehrungen aus dem Ausland leiten zu lassen. Jahrzehntelang waren es die angelsächsischen „Experten“, die Deutschland Rückständigkeit vorhielten, weil der industrielle Sektor hierzulande viel zu stark, die Dienstleistungen zu schwach entwickelt seien. Heute beneiden sie uns wegen unserer starken Industrie und stöhnen unter unserem Wettbewerbsvorteil.

Höchst sensible Grenze

Von Konrad Badenheuer

Kein vernünftiger Mensch kann behaupten, die Deutschen der Jahre 1933 bis 1945 hätten von der Judenverfolgung nichts mitbekommen. Die letzte Zuspitzung, der Massenmord im Osten, war „geheime Reichssache“ und wurde auch in den Sendern der Westalliierten nur sehr selten direkt angesprochen. Doch alles andere – von der Verdrängung aus dem Staatsdienst über den Raubzug namens „Arisierung“ bis zum gelben Stern und der Reichskristallnacht vollzog sich in obszöner Offenheit.

Bleibt die Gretchenfrage: Was hielten die Deutschen davon? Der Politologe Konrad Löw hat mit dem eindrucksvollen Buch „‚Das Volk ist ein Trost‘: Die Deutsche und Juden 1933 bis 1945 im Urteil der jüdischen Zeitzeugen“ und in weiteren Arbeiten mit Belegen aufgezeigt, in welchem Maße die Judenverfolgung der großen Mehrheit der Deutschen widerstrebte.

Für diesen Beitrag, der ein strakes Argument gegen jeglichen Kollektivschuldvorwurf darstellt, bekam Löw merkwürdigerweise nicht nur wenig Lob, sondern erntete massive Schmähungen seitens des „Mainstreams“ der deutschen Holocaust- und NS-Forschung. Auch die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB), die einen Aufsatz Löws zunächst (mit einem Dankesbrief an Löw) in einem ihrer Periodika zum Abdruck brachte, vollzog eine Kehrtwende und beteiligte sich – ohne ein einziges Sachargument – an der Schmähung des Bayreuther Politologen.

Der Angriff auf das Verfassungsgericht ist kein Pappenstiel

Wohlgemerkt könnte niemand etwas dagegen einwenden, wenn mit klarer Begründung Löw Ungenauigkeiten nachgewiesen würden oder wenn glaubhaft gemacht würde, dass er seinerseits zu nachsichtig mit den Deutschen umgegangen wäre. Es ist ja gerade Sinn und Zweck der wissenschaftlichen Debatte, sich im Für und Wider allmählich der nie ganz erreichbaren „Asymptote“ Wahrheit anzunähern.

Doch von solchen Differenzierungen sind die meisten Kritiker Löws weit entfernt. Große Blätter wie die „Süddeutsche Zeitung“, „Welt“ und „Zeit“ schlagen Löw gegenüber seit längerem eine Tonlage an, über die man nur erschrecken kann. Einige Belege sind auf Seite 4 dieser Zeitung zusammengetragen, doch die Liste ist unvollständig. „Die Zeit“ nannte Löw zuletzt einen „Revisionisten“, der „in revanchistischen Zirkeln ... geprägt“ worden sei – dies wieder ohne Sachargumente und nachdem das Bundesverfassungsgericht entschieden hatte, dass Löw in seinen Grundrechten verletzt wurde.

Dass inzwischen tatsächlich Grundrechte auf dem Spiel stehen, zeigt die Reaktion auf die Entscheidung des Verfassungsgerichts zugunsten Löws: Mehrere große Zeitungen gingen von der Attacke gegen Löw unmittelbar auf Polemik gegen das Verfassungsgericht über. Damit ist allerdings eine höchst sensible Grenze überschritten. Bundesregierung und Bundestag sollten zugunsten des angegriffenen Verfassungsgerichts Stellung nehmen.



Wenig Respekt vor dem Rechtsstaat: Statt ihre maßlose Polemik gegen den in Karlsruhe erfolgreichen Politikwissenschaftler Konrad Löw zu überdenken, verfielen einige Medien gleich in die nächste Polemik – diesmal gegen das Bundesverfassungsgericht. Jetzt ist die Solidarität der anderen Verfassungsorgane gefordert. Bild: AP

Alles nur »Zufall«?

Von Hans-Jürgen Mahlitz

Im Kampf gegen die Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke ist der Opposition jedes Mittel recht. „Zufällig“ präsentiert sie jetzt ein Gutachten (s. Seite 5), das bereits seit vier Monaten vorliegt, bislang aber niemanden beunruhigt hatte.

SPD-Chef Sigmar Gabriel macht sich die Forderung, Biblis B sofort abzuschalten, natürlich gern zu eigen. „Zufällig“ hatte er selber es, damals Umweltminister der Großen Koalition, in Auftrag gegeben, „zufällig“ beim Freiburger „Öko-Institut e.V.“, das 1977 aus der grün-alternativen Anti-Atom-Bewegung hervorging, seinen Zehn-Millionen-Jahresetat überwiegend aus „Drittmitteln für Projekte“ finanziert und immer wieder im Verdacht steht, dafür ideologisch geprägte Gefälligkeitsgutachten zu liefern. Diesmal stützt es sich „zufällig“ auf Vorgaben der IPPNW, einer 1980 von Moskau aus initiierten „Ärztevereinigung gegen Atomkrieg“, die seither Krieg gegen die friedliche Nutzung der Atomkraft führt.

Genau darüber können sich „zufällig“ unsere Nachbarn ins Fäustchen lachen. Denn je früher deutsche Atommeiler abgeschaltet werden, umso mehr Atomstrom können sie uns verkaufen. Sicherheit spielt dabei eine untergeordnete Rolle. Dass die CSU zeitgleich in Berlin für die Laufzeitverlängerung streitet und in Prag gegen den Ausbau des AKW Temelin (60 Kilometer hinter der Landesgrenze) protestiert, ist daher durchaus kein Widerspruch.

Gastkommentar



Wie die »Allianz für Deutschland« geschmiedet wurde

Von Bundesminister a.D. Franz Josef Jung



Am vergangenen Sonntag konnten wir das 20. Jubiläum der Deutschen Einheit feiern. Ich selbst habe die Feiern mit der Jungen Union in Freiburg begangen, da ich der Auffassung bin, dass Aufgabe der Zeitzeugen sein muss, den Unrechtsstaat DDR, die damaligen Geschehnisse und den Weg zur Einheit, der bei weitem kein Automatismus war, gerade der jungen Generation näher zu bringen.

Noch heute erfüllt es mich mit Stolz, dass ich von Hessen aus, als Generalsekretär der CDU, meinen Teil zur Wiedervereinigung unseres Vaterlandes beitragen durfte. Meine Partei hat sich nie von dem Ziel der Wiedervereinigung verabschiedet. Ganz im Gegensatz zu anderen Parteien. Egon Bahr (SPD) beispielsweise kann man Anfang Oktober 1989 mit den Worten zitieren: Die CDU sollte damit aufhören „von der Einheit zu träumen oder zu schwätzen“. Willy Brandt sprach am 11. September 1988 gar von der Wiedervereinigung als „Lebenslüge“ der Bundesrepublik Deutschland.

Für die Politik in Hessen, für die hessische CDU, war die Teilung immer ein Thema, zumal Hessen mit 270 Kilometern innerdeutscher Grenze mit ihrem brutalen Grenzregime von der Teilung besonders betroffen war.

Den Weg zur Einheit unseres Vaterlandes mache ich persönlich an drei Kerndaten fest: Den 18. September 1989, den 9. November 1989 und den 18. März 1990. Ich muss daher gestehen, dass der Prozess der Wiedervereinigung für mich nicht – wie für viele andere – mit dem Fall der Mauer, sondern schon einige Wochen vorher beginnt. Warum am 18. September 1989? An diesem Tag war in der „FAZ“ ein Artikel über den von einer kleinen Gruppe von Reformern in der Ost-CDU verfassten „Brief aus Weimar“ zu finden. Für mich persönlich hatte dies eine geradezu elektrisierende Wirkung. Denn zum ersten Mal wurde von vier Mitgliedern der damaligen Blockpartei ein ernst zu nehmender Forderungskatalog zur innerparteilichen und gesellschaftlichen Reform erstellt. Oberkirchenrat Martin Kirchner aus Eisenach, der spätere Generalsekretär der CDU-Thüringen, dann Gottfried Müller, später Minister in der Regierung de Maizière und dann erster Präsident des frei gewählten Thüringer Landtages, Martina Huhn, Rechtsanwältin und Mitglied der Bundessynode aus dem sächsischen Hopfgarten und die heutige Ministerpräsidentin Thüringens, Christine Lieberknecht, hatten dieses Dokument unterzeichnet.

Schon im September 1989 ging die »Ost-CDU« den Weg der Freiheit

Der Brief war auf den 10. September datiert und wurde im Umfeld der Jahrestagung der evangelischen Bundessynode am 17. September in Eisenach verbreitet. Gerichtet war er an die Bezirks- und Kreisvorstände und die Mitglieder der Ost-CDU.

In 30 Punkten wurde nicht nur die Reformierung der Blockpartei CDU, sondern auch die der DDR-Gesellschaft insgesamt, gefordert: Reisefreiheit und Milderung des Grenzregimes, Meinungs- und Pressefreiheit sowie eine neue Medienpolitik, mehr Rechtsstaatlichkeit, mehr innerparteiliche Demokratie und mehr Mitbestimmung der Blockparteien, aber auch der Gesellschaft insgesamt. Weiter wurde eine Reform der innerparteilichen Strukturen in der Ost-CDU gefordert. Der Wille der Mitglieder solle den unbedingten Vorrang haben und das Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ gehöre nicht zu den spezifischen Traditionen der CDU.

Für mich bedeutete dies zum einen eine Abkehr von der Propagandaformel vom „demokratischen Zentralismus“ der in allen sozialistischen Ländern straff geführten Kaderparteien und zum anderen, dass die Einforderung der „spezifischen Traditionen“ nur eine Rückbesinnung auf das christliche Menschenbild heißen konnte. Weiter forderten die vier Mitglieder eine Neufassung des DDR-Wahlgesetzes.

Diese Thesen begeisterten mich derart, dass ich – immer im engen Kontakt mit Bundeskanzler Helmut Kohl – den Versuch startete, mit den Reformern der Ost-CDU in Kontakt zu treten. Auf Betreiben der Reformkräfte trat am 2. November 1989 Gerald Götting, der Vorsitzende der Ost-CDU, zurück. Erst dann gelang es mir, im Auftrag des hessischen CDU-Landesverbandes, ein Treffen für den 9. November 1989 in Ost-Berlin mit den Reformkräften der Ost-CDU zu vereinbaren.

Für das Gespräch selbst stellte sich die Frage, wo man nach 40 Jahren der Teilung anknüpfen soll. Ich war der Überzeugung, dass es auf jeden Fall die christlichen und freiheitlich-demokratischen Grundwerte unserer Partei sein konnten. Zudem wollten wir den Reformern Hilfe anbieten, zugleich aber niemanden bevormunden. Thematisiert wurden auch die kulturellen Gemeinsamkeiten zwischen Hessen und Thüringen. Etwas enttäuscht war ich am Ende des Treffens darüber, dass de Maizière zu diesem Zeitpunkt noch keinen klaren Trennungsstrich zum Sozialismus zog und für ihn die Deutsche Einheit „nicht die Frage der Stunde“ sei. Diese Position war aber bereits auf dem großen Programmparteitag „Erneuerung und Zukunft“ der Ost-CDU am 15./16. Dezember in Berlin obsolet, denn es wurden die Ziele der Einheit der deutschen Nation und der Sozialen Marktwirtschaft in die offizielle Parteiprogrammatik aufgenommen. Innerhalb von knapp drei Monaten wurde also aus der Blockpartei CDU ein Partner für die Christdemokraten Westdeutschlands. Den 9. November 1989 verbinde ich daher mit zwei denkwürdigen Ereignissen, natürlich erstens der Mauerfall, zum zweiten war das Treffen in Ost-Berlin, aber auch der Beginn der Annäherung zwischen CDU-West und CDU-Ost.

Das dritte von mir genannte Kerndatum ist der 18. März 1990, an dem die ersten und gleichzeitig letzten freien Wahlen in der DDR stattfanden. Sieger der Wahl war die „Allianz für Deutschland“. Die Idee zu diesem Wahlbündnis entstand am 19. Januar 1990 im Bonner Kanzleramt. Auch hier sollten Hessen und Thüringen voranschreiten. Die „Allianz für Deutschland“ war ein Wahlbündnis aus CDU, der Deutschen Sozialen Union und dem Demokratischen Aufbruch. Als einendes Element mussten die Partner eine Programmatik vertreten, die die Ziele der Einheit, der Freiheit, der Sozialen Marktwirtschaft und die Ablehnung jeder Art von Sozialismus umfasste. Hier jetzt alle Gespräche und Beratungen zu nennen, die letztlich zur Gründung der Allianz für Deutschland in Thüringen geführt haben, würde den Rahmen sprengen. Unsere frühen Kontakte waren dabei jedenfalls eine große Hilfe und ich konnte am 1. Februar 1990 in Erfurt mit Uwe Ehrich (CDU), Horst Schulz (DA) und Paul Latussek (DSU) eine Vereinbarung unterzeichnen, die das Gründungsdokument der „Allianz für Deutschland“ in Thüringen darstellte. Vier Tage später, am 5. Februar, wurde die landesweite „Allianz für Deutschland“ in Berlin gegründet. Sie erreichte am 18. März mehr als 48 Prozent der Stimmen. Die SPD verlor mit 22 Prozent eindeutig. Das beste Wahlergebnis in allen Ländern der „Noch-DDR“ erzielte die „Allianz für Deutschland“ in Thüringen: Sie errang rund 60 Prozent der Stimmen. Dieses eindeutige Votum für die Allianz und damit die CDU ebnete den Weg für den konkreten Einigungsprozess, der letztlich in die Deutsche Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 mündete.

»Allianz für Deutschland«: Erst in Thüringen und dann im ganzen Land

Dr. Franz Josef Jung war von 1987 bis 1991 Generalsekretär der hessischen CDU. In seinem Buch „Die letzten Tage der Teilung – Wie die deutsche Einheit gelang“ (Herder) schildert er seine Erlebnisse in den Monaten der „Wende“ und seinen Beitrag zur Wiedervereinigung.

Zeichen des Aufbruchs

Das estnische Reval (Tallinn) ist neben dem finnischen Turku die Europäische Kulturhauptstadt 2011

Estlands Hauptstadt hat viele Gesichter: Die vorbildlich restaurierte, komplett erhaltene Altstadt aus dem Mittelalter, ein Unesco-Welterbe, zieht mehr als eine Million Touristen an. Allein die Kreuzfahrtschiffe bringen jährlich an die 400 000 Besucher ins historische Reval. Doch jenseits der Stadtmauer finden sich viele Spuren der untergegangenen Sowjetunion und manche Zeichen des Aufbruchs.

Der Geist der UdSSR beginnt hinter der Stadtmauer. An einem wuchtigen dunklen Holzschreibtisch sitzt unter einem großen Leninporträt ein schlacksiger Mann in Fleecepulli und Jeans. Taner Soosar blickt auf sein Werk. Eine alte Lagerhalle voller Realsozialismus. Zusammen mit zwei Freunden hat Tanel die Sowjetunion zurück nach Reval (Tallinn) geholt: Eine komplette Ladeneinrichtung, alte Militärfahrzeuge der Roten Armee und viele Skurrilitäten aus dem Alltag. „Dieses Auto hat ein Este 1968 selbst gebaut“, erklärt Taner lachend und klopft auf die Karosserie eines knallroten Sportflitzers: Fiberglas. Er hat sich eine Gussform aus Ton gefertigt und diese mit dem Kunststoff gefüllt. Innen: zwei Sitze, Lenkrad, Bremse, Armaturenbrett, Tacho, alles da. „Das Auto war offiziell angemeldet. Er ist damit in den Urlaub bis ans Schwarze Meer gefahren.“

Das Museum „Made in USSR“ zeigt den Alltag in der Sowjetunion, kein KGB, kein Gulag, kein Gruseln. Das ganz normale Leben hinter dem Eisernen Vorhang: Eine komplett eingerichtete Wohnung mit wackeliger Schrankwand aus dunkelbraun furniertem Pressspan, Küchengeräte, ein Radio, ein Schlauchboot zum Auseinanderbauen und ein Rasenmäher Marke Eigenbau: Ein Tüftler hat einen Motor auf ein altes Kinderwagengestell montiert, darunter ein paar Messer, die sich drehen. „Das funktioniert“, verspricht Taner, ebenso wie die selbstgebaute Motorsäge eines anderen estnischen Bastlers. Die sei sogar in die Serienproduktion übernommen worden. An viele Geschichten erinnert sich der 37-jährige Taner selbst noch genau: „Wenn wir eine Schlange vor einem Laden gesehen haben, haben wir uns angestellt. Erst nach dem Einkauf haben wir uns dann überlegt, was wir mit dem Erworbenen anfangen.“

Die Zeiten sind seit 20 Jahren vorbei. Auf dem Russischen Markt hinter dem Bahnhof gibt es alles. Aus Plastikkisten verkaufen die Markthändler Obst und Gemüse. An den verwitterten Fassaden alter Lagerhallen hängen bunte billige Klamotten, dazwischen Stände mit Flohmarkttrödel, mehr oder minder versteuerten Zigaretten aus ganz Europa. Hier wird verkauft, was Geld bringt. Ein junger Mann preist an einem Tapeziertisch auf Russisch seine mechanischen Wekker an. „Die sind aus Polen, gute Ware“, verspricht er. „Natürlich gehen sie genau.“ Der Preis: fast wie zu Sowjetzeiten, umgerechnet 1,50 Euro kostet der silbern glänzende Wecker im Retrostil mit zwei extra lauten Schellen oben drauf.

> Auf dem Russischen Markt wird alles verkauft, was Geld bringt

Solche Schnäppchen gibt es in der Innenstadt nicht mehr. Die Läden, Galerien, Cafés und Restaurants sind fast so teuer wie in Westeuropa. Der Staat spart. „Die Leistung des estnischen Wohlfahrtsstaats kommt disproportional den Wohlhabenden zugute“, kritisiert die internationale Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit OECD. Estland gibt nur etwa 12,5 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts für Sozialleistungen aus. Im europäischen Durchschnitt sind es 27 Prozent. Dafür hat Estland die niedrigsten Staatsschulden in der EU. 2011 kommt der Euro. Die Kehrseite des Wirtschaftswunders: Die Arbeitslosenquote ist auf mehr als 15 Prozent gestiegen. Mit einem



Reval: Romantische Altstadt — Bild: Fishman

Budget von rund 50 Millionen Euro startet die estnische Hauptstadt Reval mit knapp 500 000 Einwohnern ins Europäische Kulturhauptstadtjahr 2011. Auf dem Programm stehen mehr als 200 Veranstaltungen. Unter dem Motto „Geschichten von der Meeresküste“ erzählt die Kulturhauptstadt 2011 (neben dem finnischen Turku) in darstellender und bildender Kunst von der Beziehung der Stadt und ihrer Bewohner zum Meer. Lesungen, Ausstellungen, Performances, Theateraufführungen und viele weitere Veranstaltungen gibt es überall in der Stadt, manche sogar in den Straßenbahnen. Originell ist das Internationale Theaterfestival und das Strohtheater aus 9000 Strohballen der Gruppe NO99. Weltpremiere feiert der estnische Komponist Arvo Pärt. Er führt sein Werk „Aadama itk“ zu seinem 75. Geburtstag erstmals auf. „Schwarzmarkt für nützliches Wissen und Nicht-Wissen“ ist das Motto einer ungewöhnlichen Zusammenkunft: Bis zu 120 internationale Sachverständige und etwa 1000 Besucher kommen für sechs Stunden zusammen. In dieser Zeit hat jeder der Besucher eine halbe Stunde Zeit, sich mit einem der Experten über ein bestimmtes Thema auszutauschen. Auf dem „Friedhof der toten Sprachen“ wird es Audioinstallationen geben, ein Krematorium für Worte und weiteres, was an den Verlust der Sprachenvielfalt erinnern soll.

Unter dem Motto „Geschichten erzählen rettet die Welt“ treffen sich Erzähler aus Estland und der ganzen Welt vom 21. März bis 30. November 2011 in Reval mit Geschichten zum Thema Meer. Auf dem Sängerfestplatz, wo 1989 die „singende Revolution“ begann, treffen sich Sängerinnen und Sänger zum größten Chor- und Gesangfestival Nordeuropas (1. bis 3. Juli 2011).

Die komplett erhaltene mittelalterliche Altstadt Revals, fast vollständig umschlossen mit einer mächtigen Stadtmauer, gliedert sich in die Oberstadt (Domberg) und die Unterstadt mit dem zentralen Rathausplatz. Während die Oberstadt sehr ruhig ist, wimmelt es in der quirligen Unterstadt mit ihren vielen Cafés, Läden und Restaurants von Touristen. Junge Architekten haben das ehemalige Industriegebiet Roter-manni mit seinen back- und bruchsteinernen Fabrik- und Lagerhäusern zu einem modernen Büro-, Wohn- und Ausgehviertel umgestaltet. Spannend sind die Gegensätze zwischen der Industriearchitektur des 19. Jahrhunderts und hypermoderner skandinavischer Architektur aus Glas, Eisen und Stahl.

Robert B. Fishman

In Kürze

Fotografen sehen Oberammergau

Am vergangenen Wochenende gingen die wohl umstrittensten Festspiele Deutschlands zu Ende. Erst in zehn Jahren werden die nächsten Passionsspiele in Oberammergau stattfinden. Wie es vor gut 100 Jahren aussah, wenn die Menschen aus dem Dorf an der Ammer die Leidensgeschichte Jesu nachspielen, das haben schon damals Fotografen festgehalten. Poetisch und dramatisch, von den Pionieren der Fotografie meisterhaft inszeniert und festgehalten, zeigt ein Fotoband aus dem Hirmer Verlag die Passionsspiele gegen Ende des 19. Jahrhunderts. Die teils noch nie öffentlich gezeigten Bilder entstammen dem Privatarchiv der Familie Lang. Bis heute üben die zwischen 1870 und 1922 entstandenen Aufnahmen von Alltags- und Theaterszenen, Passionsdarstellern, Gästen und Einheimischen eine ungeheure Faszination aus. Der Fokus liegt dabei immer auf der Vielschichtigkeit der Gemeinde und ihrer Bewohner. Die Verbindung von Poesie und inszenierter Dramatik, die sich in den Aufnahmen zeigt, erzeugt einen besonderen und ungewöhnlichen Spannungsbogen. Erstmals werden in diesem Fotoband außerdem auch nie gesehene, handkolorierte Glasdias präsentiert. *os*



Hans-Michael Koetzle (Hg): „Oberammergau – Life & Passion“, Hirmer Verlag, München, 128 Seiten, 97 Abbildungen in Farbe und 12 in Schwarzweiß, gebunden, 24 Euro

Ein Künstler mit einzigartiger Handschrift

Vor 100 Jahren wurde der Maler und Grafiker Heinrich Bromm geboren – Vorbild an der Königsberger Kunstakademie

Wir waren zusammen auf der Kurischen Nehrung“, erinnert sich Eduard Bischoff 1968 an den Maler Heinrich Bromm. „Ich erkannte damals, dass Bromm eine ganz eigene Art von der Darstellung einer Landschaft besaß, selbst wenn er seine Staffelei draußen im Freien aufgestellt hatte, wo er sozusagen wörtlich abmalen konnte, was er sah. Er hielt sich nicht an das bestimmte Motiv, sondern malte ganz frei aus seiner Farbvorstellung und aus seinem musikalischen Gefühl heraus.“ Und in einem Nachruftext stellte Bischoff über seinen Meisterschüler fest: „Dem Einfluss Deiner Künstlerpersönlichkeit konnte sich wohl niemand in der Königsberger Kunstakademie entziehen.“

Vor 100 Jahren, am 7. Oktober 1910, wurde im ostpreußischen Mühlhausen, Kreis Preußisch Holland, der Maler und Grafiker Heinrich Bromm geboren. Obwohl ihm nur ein kurzes Leben beschieden war, da er bereits am 19. Juli 1941 als Soldat am Dnjepr fiel, zählt er zu den herausragenden Künstlern Ostpreußens.

Keine vier Monate nach seinem Tod wurde ihm im Königsberger Schloss eine große Gedächtnisausstellung gewidmet, eine Ehre, die keinem Kollegen seiner Generation der ostpreußischen Künstlerschaft zuteil wurde.

Die Zerstörung Königsbergs in den Bombennächten Ende August 1944 und das Kriegsende haben den Verlust eines großen Teils der Werke von Heinrich Bromm zur Folge gehabt. Die fliehende Familie konnte 1945 nur einen Bestand von knapp 200 Aquarellen und einige wenige Gemälde retten. Glücklicherweise blieb so vor allem das erhalten, wofür Bromm schon zu Lebzeiten vor allem gerühmt wurde: seine Aquarelltechnik.

Sein enger Freund, der Maler Norbert Dolezich (1906–1996), schrieb über Heinrich Bromms sorgfältige Kunstausübung: „Er bevorzugte Malpapiere, die nicht gilbten, abwaschbar und sogar radierfest waren. Die Farbtuben, die er allein zum Aquarellmalen benutzte, behandelte er sorgsam, lichtempfindliche Farbtöne galten ihm nichts; drei, vier Größen Borstenpinsel genügten – und ein feiner, dünner Schlepper für zarte Striche. Er ging mit allem spontan und frei um, benutzte das sonst verpönte Deckweiß, mischte dieses vorsichtig mit anderen Farben und erreichte dennoch den transparenten, duftigen Aquarellcharakter. Wie er, frei von allen Konventionen, offenbar einem Bedürfnis anderer Kunstschüler entgegenkam, ging daraus hervor, dass viele Maler in der Kunstakademie seine Malweise übernahmen.“

> Nur ein kurzes Leben beschieden

Heinrich Bromm wuchs ab 1920 in Königsberg auf, in der Altstädtischen Langgasse nahe dem Kaiser-Wilhelm-Platz. Schon im Königsberger Stadtgymnasium fiel seine starke künstlerische Begabung auf. Ab 1929 besuchte der die Königsberger Kunstakademie, nebenher studierte er an der Universität Biologie und Geografie als weitere Fächer für den auf Wunsch des Vaters angestrebten Lehrerberuf. Zu seinen Begabungen gehörte zudem die Musik. Er spielte Orgel, Cello und Geige. An der Kunstakademie nahm er seine Studien sehr ernst. Er lernte bei Fritz Burmann (1892–1945) Figurenmalerei, bei Richard Pfeiffer (1878–1962) Wandmalerei, bei Franz Marten (1898–1970) angewandte Grafik. Im Sommer 1932 führte ihn eine Studienreise nach Südwestdeutschland, Frankreich und in die Schweiz. Auf dieser studierte er unter anderem Werke seines schon in der Jugend verehrten Vorbilds Mathias Grünewald. 1933 erbrachte eine lange Norwegenreise besondere künstlerische Erträge in Aquarellen. Auf dieser Fahrt besuchte er auch das Anwesen Edvard Munchs.



Heinrich Bromm: Selbstbildnis im Stil Mathias Grünewalds — Bild: Ostpreußisches Landesmuseum

Von 1932 bis 1934 setzte Bromm sein Studium in Berlin vor allem bei Willy Jaeckel fort und schloss mit dem Staatsexamen für das künstlerische Lehrfach ab. Es folgte ein Einschnitt in der Ausbildungszeit durch den Militärdienst, den er 1935/36 in Insterburg bei der Reitenden Artillerie absolvierte. In dieser Zeit malte er freilich im Frühjahr 1936 im Olympischen Dorf in Berlin auch das Haus „Tilsit“ aus. 1936 kehrte Bromm an die Königsberger Kunstakademie zurück und wurde Meisterschüler bei Eduard Bischoff (1890–1974). Zugleich gab er die geplante Lehrerlaufbahn auf und ging ganz zur freien Malerei über. Durch rege Ausstellungsbeteiligungen stieg seine Bekanntheit rasch. Es stellten sich bald Aufträge für Wand- und Glasmalereien ein, so in Königsberg, Insterburg, Allenstein und Stuhm. In seinem Atelier, das er von seinem früheren Lehrer Burmann in der Akademie hatte übernehmen dürfen, entstanden viele Gemälde. Daneben nutzte Bromm jedoch jede Gelegenheit, um in die Natur zu fahren und dort zu aquarellieren.

Ihm blieben nur noch wenige Jahre, um seine künstlerische Entwicklung voranzubringen. Hatten seine Gemälde immer noch die stilistische Grundlage der Neusachlichen Richtung, die Fritz Burmann, sein wichtigster Lehrer bis 1932, vertrat, so zeigen seine Aquarelle von der Norwegenreise 1933, angeregt von der kargen Landschaft der Fjälls und Berge dort, eine Richtung zum Expressiven, in der Abstraktion zum Expressionistischen. Es mag der Einfluss Eduard Bischoffs ab 1936 sein, dass dies sich mit einer leicht romantisierenden Note verband, woraus schließlich die einzigartige Handschrift des Künstlers entstand.

Jörn Barfod

Nach längerer Zeit wird eine größere Zahl von Werken Heinrich Bromms wieder einmal zu sehen sein: ab Februar 2011 in einer Ausstellung des Ostpreußischen Landesmuseums im Museum Stadt Königsberg in Duisburg. Die Monografie über den Maler aus dem Jahr 1995 ist ebenfalls noch im Ostpreußischen Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, erhältlich (6 Euro inkl. Versand).

Die »Tante Ju« wird 80

Als am 13. Oktober 1930 die erste Junkers Ju 52 zum Erstflug abhob, sah das Flugzeug noch etwas anders aus, als die „Tante Ju", die man heute kennt. Die zunächst nur einmotorige Mschine basierte auf den Konstruktionen Junkers' W 33 und W 34 D. Die Verwendung von Wellblech für Rumpf und Flügel hatte Junkers bereits im Ersten Weltkrieg bei dem Jagdflugzeug Junkers J 1 erprobt.

Von der einmotorigen Version wurden nur sechs Exemplare gebaut. Die Entwicklungskosten lagen bei 1,3 Millionen Reichsmark. Die Motorleistung war zu schwach, so setzte man einfach an den Tragflächen zwei weitere Motoren, auf jeder Seite einen, auf. Der Rumpf blieb unverändert. Diese Version hatte am 7. März 1932 ihren Erstflug und wurde in 4 845 Exemplaren gefertigt.

Der 6,35 mal 1,65 mal 1,9 Meter große Laderaum und drei Ladeluken machten es zum idealen Transportflugzeug und legten auch eine militärische Nutzung nahe. Zunächst wurde die Ju 52 das Standardfracht- und -passagierflugzeug der Lufthansa. 30 weitere Fluggesellschaften in 25 Ländern flogen ebenfalls diesen Typ. Selbst die Sowjetunion besaß einige Ju 52. Besonders in Südamerika erfreute sich die Ju 52 großer Beliebtheit. Am Himmel Perus, Boliviens, Brasiliens, Argentiniens, Ecuadors, Uruguays und Kolumbiens erschienen diese zuverlässigen wellblechbeplankten Flugzeuge.

Die im Aufbau befindliche deutsche Luftwaffe führte sie zunächst als Behelfsbomber ein. Bald wurden diese Flugzeuge aber an Flugzeugschulen abgegeben. Im spanischen Bürgerkrieg waren es Ju 52-Transporter, welche die Überführung der nationalen Truppen auf das Festland ermöglichten. Bei Kriegsbeginn im September 1939 stellte die Ju 52 das Rückgrat der Transportflieger. Die Invasion Norwegens, insbesondere Oslos, die Einnahme des belgischen Sperrforts Eben Emael, aber auch Rotterdams wurden durch Transportflieger vom Typ Ju 52 möglich gemacht. Den Höhepunkt der Luftlandungen bildete die Einnahme Kretas.



Bild: Archiv

Auch in der Schweiz: Ju 52

Zwar gelang es den Transportfliegern im Winter 1941/42, den Kessel von Demjansk zu versorgen, aber im Jahr darauf erwies sich ihre Zahl als zu gering, um den deutschen Truppen in Stalingrad und bald danach in Nordafrika aus der Luft genügend Nachschub herbeizuschaffen. Immer wieder mussten Ju 52 eingesetzt werden, wo deutsche Heerestruppen abgeschnitten wurden. Gegen Kriegsende war das immer häufiger der Fall. Zuletzt flogen Ju 52 nach Breslau, um die eingeschlossene Stadt zu versorgen.

Das Ende des Krieges war nicht das Ende der Ju 52. So setzte von 1946 bis 1948 die British European Airways (BEA) zehn erbeutete Ju 52 als Frachtflugzeuge ein. In Frankreich und Spanien wurde die Ju 52 sogar nicht nur weiter geflogen, sondern auch weiter gebaut. Heute fliegen noch acht Ju 52, und das nicht nur auf Flugtagen, sondern auch im regelmäßigen Rundflugdienst. Als Exponate finden sich Ju 52 außer in zahlreichen deutschen und anderen europäischen Flugzeugmuseen auch in einigen Nord- und Südamerikas *Hans Lody*

Behutsame Eingliederung

Wie das Deutsche Reich nach 1871 das wiedergewonnene Elsass-Lothringen integrierte

Bevor Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst im Jahre 1894 Reichskanzler wurde, war er neun Jahre lang Statthalter des Kaisers in Elsass-Lothringen. Damit besaß er für das Reichsland weitgehende Vollmachten. Vor 125 Jahren begann seine Amtszeit in Straßburg.

Nach dem Erwerb Elsass-Lothringens von der Französischen Republik im Frieden von Frankfurt stand das Deutsche Reich vor der Frage, wie dieser territoriale Gewinn aus dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 zu integrieren sei. Als Alternativen standen der Anschluss an einen oder mehrere Bundesstaaten zur Diskussion. Die Wahl fiel jedoch auf die Schaffung eines eigenen Reichslandes mit dem Kaiser als Landesherren. Ab 1879 wurde der Kaiser während dessen Abwesenheit durch den Statthalter vertreten. Das sogenannte Ministerium übernahm die Funktion einer Regierung. An der Spitze des Ministeriums stand ein Staatssekretär. Die Ressortchefs hatten den Status von Unterstaatssekretären.

Obwohl der Statthalter in erster Linie Vertreter des Landesherren war, kamen ihm im Reichsland Elsass-Lothringen auch Befugnisse des Reichskanzlers zu. Darüber hinaus ermöglichte ihm der sogenannte Diktaturparagraph Kompetenzen, wie sie im übrigen Reich nur Militärbehörden im Falle des Belagerungszustandes zustanden. Zu verstehen ist die Machtkonzentration in der Hand eines Vertrauensmannes des Kaisers nur mit der damals noch vorhandenen Skepsis gegenüber der Loyalität der Elsass-Lorthringer beziehungsweise ihrer politischen Elite zum Deutschen Reich. Vom österreichischen Kaiser Franz Joseph ist überliefert, dass er die Antwort Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürsts auf seine Frage nach den Kompetenzen des Statthalters mit einem beeindruckten „Oho!" kommentierte.

Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst war ab dem 11. Oktober 1885 der zweite Statthalter des Kaisers im Reichsland Elsass-Lothringen. Wenn die Biographie des Zivilisten von jener seines am 17. Juni 1885 verstorbenen Vorgängers, Generalfeldmarschall Edwin von Manteuffel, auch stark abweicht, so schien der bei seinem Amtsantritt bereits 66 Jahre alte Angehörige der Hocharistokratie doch durch mancherlei Eigenschaft und Erfahrung für das Amt geeignet. Er besaß Takt und Feingefühl sowie das Wohlwollen des Reichskanzlers Otto von Bismarck wie die Sympathie des Kaisers Wilhelm I. Vor seinem Amtsantritt in Straßburg hatte er bereits in München als Ministerpräsident Regierungserfahrung gesammelt und als Botschafter in Paris gearbeitet. Der Umgang mit Franzosen beziehungsweise frankreichfreundlichen Elsass-Lothringern sollte für Hohenlohe-Schillingsfürst auch als Statthalter zum Alltag gehören. Mit den meisten Elsass-Lothringern verband den gebürtigen Hessen seine westelbische Herkunft und seine katholische Konfession. Ein „clash of cultures" (Zusammenprall der Kulturen) blieb denn auch aus.

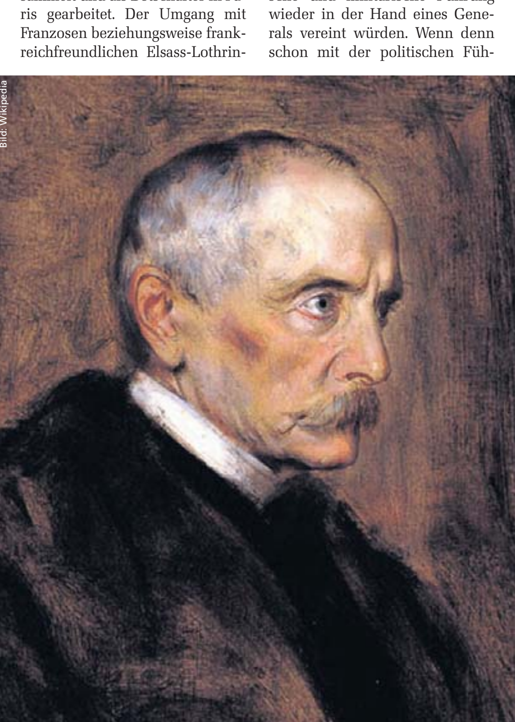


Bild: Wikipedia

Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst: Porträt von Franz v. Lenbach

Obwohl der langjährige Einfluss der Franzosen seit den Raubzügen Ludwigs XIV. nicht ohne Wirkung auf die Elsass-Lothringer geblieben war, konnte sich der neue Statthalter über den Empfang seitens der Bevölkerung bei seinem Einzug in „seine" neue Hauptstadt Straßburg nicht beklagen. Bemerkenswerterweise kam denn auch der einzige Affront von altdeutschen Landsleuten, nämlich dem im Reichsland stationierten Militär. Offenkundig hatte dort die Hoffnung bestanden, dass analog zum Vorgänger Generalfeldmarschall Manteuffel politische und militärische Führung wieder in der Hand eines Generals vereint würden. Wenn denn schon mit der politischen Führung ein Zivilist betraut wurde, so wollten die Militärs zumindest klarstellen, dass sie diese nicht als übergeordnete Autorität anerkannten. Sie taten dies mit diversen Nadelstichen, wobei die Nichtbeflaggung der militärischen Einrichtungen beim Einzug des Statthalters am auffälligsten war. Ernsthafte Schwierigkeiten hat das Militär dem Statthalter in den folgenden Jahren jedoch nicht gemacht.

Als ein Erfolg Hohenlohe-Schillingsfürsts, den aber auch seines wegen zu großer Nachgiebigkeit von den reichsdeutschen Zeitgenossen gerne gescholtenen Vorgängers Manteuffel, können die Gemeindewahlen vom 12. und 18. Juli 1886 gewertet werden, die fast überall regierungsfreundliche Abgeordnete in die Rathäuser brachten. Auch die Kaisermanöver unter Anwesenheit des obersten Kriegsherren im selben Jahr zeigten ein deutschfreundliches Bild. Letzteres darf wohl auch Wilhelm I. zugeschrieben werden, dem es mit seiner bescheidenen Art gelang, dem Klischee des arroganten preußischen Leutnants entgegenzuwirken.

Zu einem derben Rückschlag für die Reichsführung wurden hingegen die Reichstagswahlen im darauffolgenden Jahr 1887, die in einem aufgeheizten Klima des Säbelrasselns stattfanden. Der Wahlgang außer der Reihe war nötig geworden, weil das Parlament der von der Regierung geplanten Aufrüstung Widerstand entgegengesetzt und der Kaiser daraufhin das Haus aufgelöst hatte. Konsequenterweise spielte die Aufrüstung die Hauptrolle im nun einsetzenden Wahlkampf. Die Wirkung war verheerend. Alle 15 in Elsass-Lothingen gewählten Abgeordneten für den Reichstag waren frankreichfreundliche sogenannte Protestler. Eine Mehrheit der Elsass-Lothringer scheute offenkundig ein deutsch-französisches Wettrüsten, das möglicherweise in einen Krieg münde mit ihrer Heimat als Kampfzone beziehungsweise Schlachtfeld. Hinzu mag bei dem einen oder anderen der Wunsch gekommen sein, sich vor einem möglicherweise bevorstehenden kriegsbedingten erneuten Besitzerwechsel nicht durch ein klares Votum für das Reich zu kompromittieren.

Eine Folge des Wahldebakels war eine Statthalterkrise. Berlin machte für die Wahlniederlage nämlich weniger das eigene Säbelrasseln mit Frankreich als ein angeblich zu liberales Regiment in Straßburg verantwortlich. Hohenlohe-Schillingsfürst hatte das Glück, dass er weiterhin in der Gunst Wilhelms I. stand und der Unmut der Reichsführung sich auf seinen Staatssekretär Karl von Hofmann ergoss. Hofmann hatte das Pech, dass Bismarck ihn nicht schätzte und er bereits unter Manteuffel gedient hatte, dem ja noch mehr als Hohenlohe-Schillingsfürst Nachgiebigkeit vorgeworfen wurde. Das Ergebnis war, dass Hofmann gehen musste und Hohenlohe-Schillingsfürst bleiben durfte. Allerdings musste er nun entschiedener gegen französische Spione und Agitatoren vorgehen und hierzu die Einführung eines Passzwanges mit Visumpflicht für Franzosen akzeptieren.

Die Visumpflicht für die Franzosen war in Elsass-Lothringen unpopulär, da sie sowohl die Wirtschaftsbeziehungen als auch die Pflege familiärer Bande in das Nachbarland erschwerte. In der Hohenlohe-Schillingsfürst eigenen defensiven Art versuchte er in der Folgezeit, weniger die Visumpflicht abzuschaffen, als vielmehr sie abzumildern, um nicht zu sagen auszuhöhlen – und das nicht ohne Erfolg.

Gefördert wurde Hohenlohe-Schillingsfürsts Stellung in Elsass-Lothringen als Funktionsträger

Interessenvertreter der Elsass-Lothringer gegenüber Berlin

von Kaiser und Reich auch durch eine Entwicklung, die nicht sein Verdienst war: Den reichsdeutschen Parteien gelang es zusehends, vom elsass-lothringischen Wahlvolk als auch ihr Interessenvertreter akzeptiert zu werden. Hatten bei der Reichstagswahl von 1887 noch 92,2 Prozent protestlerische oder zumindest regionale Parteien gewählt, so waren es 1890 nur noch 56,6 Prozent und 1893 mit 47,7 Prozent weniger als die Hälfte.

Wenn Hohenlohe-Schillingsfürsts Methoden auch nicht unbedingt jene Berlins waren, so schrieb man doch offenkundig die Erfolge bei der Integration Elsass-Lothringens ins Reich auch ihm zu. Anders ist es nicht zu erklären, dass Wilhelm II. ihn schließlich aus dem Statthalter- in ein noch wichtigeres Staatsamt berief. Am 29. Oktober 1894 trat Hohenlohe-Schillingsfürst als Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident an die Regierungsspitze des Deutschen Reiches und dessen wichtigsten Bundesstaates. *Manuel Ruoff*

Im Dienste der Forschung durch Sibirien

Bei der Erforschung Sibiriens spielten Deutsche eine Schlüsselrolle – Große Expeditionen von 1720 bis 1743

Im 18. Jahrhundert sandte die Petersburger Akademie der Wissenschaften mehrere große Expeditionen nach Sibirien. Die drei wichtigsten von ihnen waren jene von Daniel Gottlieb Messerschmidt von 1720 bis 1727 sowie die erste und die zweite Kamtschatka-Expedition von 1725 bis 1732 und 1733 bis 1743.

Der 1685 in Danzig geborene Messerschmidt war im April 1718 auf Einladung des Zaren Peter der Große nach St. Petersburg gekommen, um dort eine biologische Sammlung aufzubauen und um die Naturreichtümer des Zarenreiches zu erforschen. Der junge, der Wissenschaft leidenschaftlich ergebene Mann regte Zar Peter an, Sibirien zu erforschen. Im Anschluss an ein etwa einstündiges Gespräch mit Peter I. am 5. November 1718 erließ der Autokrat eine Weisung („Ukas") betreffend die Aussendung des Doktors Messerschmidt nach Sibirien. Nach dem mit ihm geschlossenen Vertrag war Messerschmidt verpflichtet, nach Sibirien zu reisen, um dessen Geographie aufzunehmen, und zwar in folgendem Umfang: Naturgeschichte, Medizin, Heilgewächse, ansteckende Krankheiten, Denkmäler, Altertümer, Ethnographie und überhaupt alles Auffällige. Später erteilte die Medizinische Kanzlei, der Messerschmidt unterstand, noch den Auftrag, die Mineralien und die Tierwelt zu beschreiben, Handschriften zu sammeln, archäologische Denkmäler zu erkunden, sowie die Sprachen Sibiriens zu erforschen.

Messerschmidt erkundete Westsibirien im Becken der Flüsse Ob und Irtysch. Er beschrieb die einheimischen Völkerschaften sowie die russischen Dörfer und Städte. Von 1720 bis 1723 arbeitete er im Bereich des großen Stromes Jenissei, an dessen Ufer die Stadt Krasnojarsk, damals eher ein Dorf, lag. Messerschmidt war der erste, der Längen- und Breitengrad dieser wichtigen russischen Siedlung bestimmte. Nach acht Jahren kam Messerschmidt nach St. Petersburg zurück. Seine Reise fällt völlig aus dem Rahmen, sowohl hin-

Deutsche und Russen arbeiteten zusammen

sichtlich der ihm gestellten Aufgaben als auch hinsichtlich der Masse des von ihm eingebrachten Materials. Er konnte aber seine Ergebnisse nicht aufarbeiten. Es gab Schwierigkeiten mit seinen Vorgesetzten. Von der Reise war er krank und nervös zurückgekommen. Dank wurde ihm nicht gespendet. Er ging zunächst nach Danzig zurück, verlor aber durch ein Schiffsunglück sein Vermögen. Später kam er erneut nach St. Petersburg, wo es ihm aber nicht gelang, eine passende Anstellung zu finden. Er starb 1735 in Armut in St. Petersburg. Der persönlichen Tragödie folgte eine wissenschaftliche: Ein großer Teil seines Materials ging 1747 bei einem Brand in der Akademie der Wissenschaften verloren.

Der Aufgabenbereich der ersten der beiden Kamtschatka-Expeditionen beschränkte sich auf das Küstengebiet des Stillen Ozeans, einschließlich der Küste Alaskas, das bis 1867 zu Russland gehörte. Deutsche Teilnehmer waren Peter Simon Pallas aus Berlin und Georg Steller aus Franken.

Die zweite Kamtschatka-Expedition, die sogenannte Große Nordexpedition fand in einem erheblich größeren Maßstab statt. Die vier Abteilungen dieser Expedition wurden von Russen und Deutschen in russischen Diensten geleitet. Zur wissenschaftlichen Abteilung dieser Expedition gehörten als Deutsche die Professoren Gmelin, Müller, Lindenau, Fischer und Steller. Die Leistungen dieser Abteilungen während der zweiten Kamtschatka-Expedition übersteigen die Grenzen dessen, was physisch möglich erscheint. Georg Steller wurde vom Expeditionsleiter Vits Bering nur für sechs Stunden erlaubt, auf der Insel Kaljak zu weilen. In dieser Zeit gelang es Steller, 500 Pflanzenarten zu erfassen; heutige Forscher finden auf Kaljak nur noch 350. Außerdem schaffte Steller es noch, einen Bären zu erlegen und zu präparieren, in einem Dorf der Indianer (indeizew) eine große Sammlung von Holz- und Ledergerätschaften zusammenzustellen, die noch heute in der sogenannten „Kunstkamer" aufbewahrt werden. *Menno Aden*

Für die Freiheit nur die Besten

Gründung der Preußischen Kriegsakademie in Berlin zur Ausbildung der Stabsoffiziere

Der Fisch stinkt vom Kopf her, sagt das Sprichwort. Ganz in diesem Sinne zeigte das Versagen der preußischen Armee im Vierten Koalitionskrieg von 1806/07 vor allem das Fehlen einer fähigen militärischen Elite. Um diese auszubilden, wurde vor 200 Jahren vom Militärreformer Gerhard von Scharnhorst die Allgemeine Kriegsschule für den preußischen Staat gegründet.

Verheerend war die Niederlage Preußens am 14. Oktober 1806 in der Doppelschlacht bei Jena und Auerstedt gewesen, und es war nicht die Schlagkraft der Armee, die den Staat in den folgenden Monaten nur knapp vor dem endgültigen Untergang bewahrt hatte. Spätestens die militärische Katastrophe hatte offenbart, wie dringend Preußen einer Militärreform bedurfte.

Den Vorsitz der im Juli 1807 auf königliche Anordnung gebildeten Militär-Reorganisationskommission übernahm der kurz zuvor zum Generalmajor beförderte Gerhard Johann David von Scharnhorst. Auf eine seiner vielen Initiativen geht auch die am 15. Oktober 1810 in Berlin gegründete Allgemeine Kriegsschule für den preußischen Staat, kurz: Preußische Kriegsakademie zurück. Sie diente als militärische Hochschule für die Ausbildung von Stabsoffizieren.

Der 1755 im Kurfürstentum Hannover als Sohn eines Großbauern geborene Scharnhorst trat nach einer persönlichen Audienz bei König Wilhelm III. 1801 als Oberstleutnant der Artillerie in preußische Dienste. Seine Ausbildung erhielt er an der Militärschule des Grafen Wilhelm von Schaumburg-Lippe. Leitbild ihrer Lehre war die aufgeklärte Menschenführung. Außerdem orientierte sich der Unterricht eng an Erfahrungen des Siebenjährigen Krieges. Von Anfang an fiel Scharnhorst durch überragende analytische Fähigkeiten auf. Ab 1782 lehrte er für reichlich zehn Jahre an der Artillerieschule in Hannover. Mehrfach trat er in dieser Zeit durch wegweisende Publikationen hervor, so etwa durch das 1787 erschienene „Handbuch für Officiere in den anwendbaren Theilen der Kriegswissenschaften“. Scharnhorsts Tätigkeit war allerdings nicht auf die Theorie beschränkt, 1793 hatte er seinen ersten Kampfeinsatz als Stabskapitän in der Festung Menin.

In Preußen stand der 1802 geadelte Scharnhorst im Mittelpunkt eines aufgeklärten militär-



Langjähriges Domizil der Akademie: Der Schinkelbau Unter den Linden 74 — Bild: Wikipedia

wissenschaftlichen Diskurses. Eine wichtige Rolle spielte die – maßgeblich von ihm selbst initiierte – Militärische Gesellschaft in Berlin, obwohl sie nur von 1801 bis 1805 bestand. Offiziere verschiedener Waffengattungen und Zivilisten, die sich mit militärischen Fragen beschäftigten, trafen hier zusammen. Die Gesellschaft bot ein Begegnungsforum und diente der Bildung des Offizierskorps. Hier wurden neue Publikationen im Bereich des Militärwesens und eigene Kriegserfahrungen diskutiert und theoretisch ausgewertet. Fast alle der späteren großen Militärreformer waren dabei: Neben Scharnhorst gehörten auch Gneisenau, Boyen, Clausewitz und der Freiherr vom Stein der Militärischen Gesellschaft an.

Blickt man auf Scharnhorsts Laufbahn als Militärtheoretiker und -pädagoge, aber auch als Offizier im Truppendienst – die Niederlage von 1806 hatte er unmittelbar miterlebt –, so erscheint die Gründung einer Militärhochschule, eben der Preußischen Kriegsakademie im Oktober 1810 für ihn fast zwangsläufig gewesen zu sein. Die Notwendigkeit einer solchen Institution stand ohnehin außer Frage.

Vorläufereinrichtungen hat es gegeben, doch bestanden sie meist nicht lange. Bereits 1653 hatte der Große Kurfürst in Kolberg eine Ritterakademie gründen lassen. Unter Friedrich dem Großen eröffnete 1765 die Académie militaire. 1801 wurde abermals eine Akademie für junge Offiziere gebildet, die dann aber erst 1804 feste institutionelle Formen fand. Einer der beiden Leiter dieser Einrichtung war Scharnhorst, damals noch im Rang eines Obersten.

Längeren Bestand sollte erst die Preußische Kriegsakademie haben. Die Aus- und Fortbildung der Offiziere umfasste neben dem Militärwesen Naturwissenschaften und Sprachen. Scharnhorst konnte auch hier sein ausschließlich auf Leistung und nicht auf Herkunft orientiertes Ideal eines Offiziers einbringen: „Einen Anspruch auf Offiziersstellen sollen von nun an in Friedenszeiten nur Kenntnisse und Bildung gewähren, in Kriegszeiten ausgezeichnete Tapferkeit und Überblick. Aus der ganzen Nation können daher alle Individuen, die diese Eigenschaften besitzen, auf die höchsten Ehrenstellen im Militär Anspruch machen.“

Scharnhorst waren nur wenige Jahre vergönnt, sein Werk zu begleiten. Während der Befreiungskriege war die Akademie geschlossen und am 28. Juni 1813 verstarb der Militärreformer an Verwundungen, die er in der Schlacht bei Großgörschen vom 2. Mai des Jahres erlitten hatte.

Nach der Niederwerfung Napoleons wurde die Allgemeinen Kriegsschule 1816 wieder eröffnet. Sie erhielt den Status einer Universität, seit dem 1. Oktober 1859 führte sie die Bezeichnung „Königlich Preußische Kriegsakademie“. Grundsätzlich stand sie jedem befähigten Offizier offen. Neben der Aufnahmeprüfung war allerdings auch eine Beurteilung des Charakters durch den Regimentskommandeur erforderlich, was auch fachfremde Kriterien für die Auswahl ermöglichte.

Der Anspruch war sehr hoch, nur etwa jeder Fünfte bestand die Aufnahmeprüfung, von diesen wiederum schlossen nur 30 Prozent das Studium erfolgreich ab. Fast sämtliche höheren Militärs in Preußen hatten die Allgemeine Kriegsschule durchlaufen. Ihr guter Ruf festigte sich mit den Siegen in den Einigungskriegen von 1864, 1866 und 1870/71.

Mit Ausbruch des Ersten Weltkriegs wurde die Akademie geschlossen und nach dessen Ende aufgrund des Versailler Vertrages nicht wieder eröffnet. In der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft wurde sie gleich zweimal kurz wiederbelebt: Einmal von 1935 bis 1939 und dann ab 1943, da allerdings schon nicht mehr in Berlin, sondern in Hirschberg/Riesengebirge.

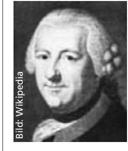
Inwieweit Scharnhorst der Meinung gewesen wäre, die heutige Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg sei der geistige Traditionsträger seiner Gründung von 1810, sei dahingestellt. Die kontinuierliche Linie einer höchst anspruchsvollen Offiziersausbildung kann man aber in jedem Falle erkennen.

Erik Lommatzsch

Spätestens in Auerstedt entzaubert

„Ich bin ganz entzückt von ihm, von seinen Talenten, seinem angenehmen Wesen.“ Das sagte niemand Geringeres als Friedrich der Große. Und der, dem diese lobenden Worte galten, war der älteste Sohn seiner Schwester Philippine Charlotte, Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig-Wolfenbüttel. In einer Ode feierte der Preußenkönig seinen Lieblingsneffen und General seiner Armee gar als Helden und verglich ihn mit großen Feldherren der Geschichte. Dieses überschwängliche Lob des Siegers der Schlesischen Kriege, der eigentlich eher für Hohn und Spott bekannt war, ließ den am 9. Oktober 1735 geborenen Karl Wilhelm Ferdinand nach Friedrichs Tod zum Hoffnungsträger Preußens werden und darüber hinaus als einen der größten, wenn nicht den größten Feldherrn seiner Zeit erscheinen.

So erreichten ihn Rufe aus den Niederlanden und selbst aus dem revolutionären Frankreich, aber er blieb der preußischen Armee treu, für die ihn sein Onkel bereits als junger Mann gewonnen hatte. Im Ersten Koalitionskrieg von 1792/93 erhielt er den Oberbefehl über die preußisch-österreichische Hauptarmee. In dieser Eigenschaft erließ er wenige Monate nach Kriegsausbruch das nach ihm benannte Manifest vom 25. Juli 1792, in welchem den Parisern für den Fall, dass sie es wagen sollten, ihrem König ein Haar zu krümmen, mit dem Schlimmsten gedroht wurde. Dieses Manifest erreichte das Gegenteil des Gewollten, indem es den Stand Ludwigs XVI. in seinem Land erschwerte. Der oberlehrerhafte Ton verleitete den Adressaten förmlich dazu, das Gegenteil des Geforderten zu tun. Zudem mussten sich Frankreichs Revolutionäre fragen, auf wessen Seite ihr König stand, wenn der Feind sich so vehement für diesen einsetzte.



Karl II. W. F. — Bild: Wikipedia

Das Manifest war nicht von Karl Wilhelm Ferdinand verfasst, sondern von einem adeligen Exilfranzosen. Aber der Deutsche hatte das Schriftstück unterzeichnet, und das trotz Bedenken. Und hier zeigt sich ein gerade für einen Soldaten fatales Manko Karl Wilhelm Ferdinands: Entscheidungsschwäche und Verantwortungsscheu. Es wird denn auch als ein Grund für die Kriegswende in der Kanonade von Valmy am 20. September 1792 angeführt.

Trotzdem gingen die Preußen auch in den Vierten Koalitionskrieg von 1806/07 mit Karl Wilhelm Ferdinand als Oberbefehlshaber. Die blamable Doppelniederlage von Jena und Auerstedt kostete ihn dann jedoch endgültig seinen Nimbus. Durch eine Gewehrschuss von der Seite, der ihm das Augenlicht raubte, schwer verwundet, zog er sich nach Braunschweig zurück, denn er war nicht nur preußischer Offizier, sondern auch Regent des Fürstentums Braunschweig-Wolfenbüttel. In diesem seit 1780 bekleideten Amt hatte er sich durch Sparsamkeit und Reformen hervorgetan, wenn ihm allerdings auch in dieser zivilen Funktion fehlende Willenskraft vorgeworfen wird.

Napoleon war nicht bereit, seiner nun vorgetragenen Argumentation zu folgen, dass er nur als preußischer Oberbefehlshaber sein Gegner sei, als Landesherr von Braunschweig-Wolfenbüttel hingegen neutral. So setzte der Schwerverwundete seine Flucht bis ins neutrale Ottensen bei Hamburg fort, wo er am 10. November 1806 seiner Verwundung erlag.

M. R.

Als die Russen erstmals Berlin besetzten

vor 250 Jahren eroberten die Truppen Zarin Elisabeths die Hauptstadt Friedrichs des Großen

Im fünften Jahr des Siebenjährigen Krieges (1756–1763) stand die russische Armee am 20. September 1760 untätig bei Krossen, als ein ungnädiges Schreiben der Zarin Elisabeth (1709–1762) eintraf. Um nun Aktivität zu entfalten, wurde beschlossen, Berlin zu überfallen. Dieser Coup brachte Ruhm und war gefahrlos durchzuführen, weil die preußischen Heere in Sachsen und Schlesien standen. Als Truppenführer waren Gottlob Heinrich von Totleben (1715–1773) und Graf Sachar Tschernischew (1705–1775) vorgesehen. Insgesamt verfügten die Russen über 17 600 Mann mit 15 Geschützen. Außerdem sollte zu ihnen noch ein 18 000 Mann starkes österreichisches Korps unter Franz Moritz Graf Lacy (1725–1801) treten.

Die Hauptstadt war nur durch 1500 Mann geschützt. Kommandant war Hans Friedrich von Rochow (1698–1787). Preußische Hilfskorps kamen aus Wittenberg und aus Vorpommern.

Totleben erschien am 3. Oktober 1760 vor dem Kottbusser Tor. Er forderte den Kommandanten zur Übergabe auf, was dieser ablehnte. In der Nacht versuchte Totleben, das Hallesche und das Kottbuser Tor zu stürmen, was misslang und einige Verluste einbrachte. Er ging nach Tempelhof zurück. Am 4. Oktober kam der Prinz Friedrich Eugen von Württemberg (1732–1797) mit etwa 6000 preußischen Soldaten in der Hauptstadt an. Der Prinz bezog sein Lager außerhalb der Stadt auf dem späteren Kreuzberg. Am 5. Oktober erschien Tschernischew in Köpenick. Um nun weiteren preußischen Verstärkungen zuvorzukommen, griffen die russischen Kräfte am 7. Oktober 1760 an. Sie wurden aber zurückgeschlagen, und aus Wut darüber fackelten die Kosaken das Dorf Schöneberg ab.

Am Tage dieses Rückschlages trafen die Österreicher unter Lacy ein. Am darauffolgenden Tag blieben wegen eines heftigen Unwetter militärische Aktionen aus. Die preußischen Generale, die von der

Magistrat wollte die Kontribution freiwillig zahlen

Ankunft des Korps Lacy erfahren hatten, berieten sich. Es waren nun 18 650 preußische gegen 44 000 russische und österreichische Soldaten versammelt. Man kam zu dem Entschluss, die verfügbaren Kräfte zu schonen und die Stadt Berlin, die sonst den Plünderungen preisgegeben sein würde, aufzugeben – insbesondere auch deswegen, weil man keine Nachricht vom König hatte. Am nächsten Tag brachen um 2 Uhr morgens die preußischen Truppen auf und rückten nach Spandau ab. Zurück blieb nur die Besatzung.

Währenddessen fand sich der Magistrat im Berlinischen Rathaus ein und entschied, Totleben (nicht aber Tschernischew und erst recht nicht Lacy) die Kapitulation anzubieten. Um 5 Uhr besetzten die ersten russischen Soldaten die Tore. Die Garnison ergab sich um 5 Uhr zu Kriegsgefangenen. Lacy ließ einige seiner Soldaten in Berlin einrücken, obwohl Totleben versprochen hatte, dass weder Österreicher noch Kosaken die Stadt betreten durften. Totleben und Lacy gerieten in Berlin, wo sie sich dann aufhielten, aneinander, denn Lacy forderte die Hälfte der von den Berlinern aufzubringenden Kriegssteuern. Tscherneschew gestand ihm jedoch „nur“ 50 000 Reichsthaler zu, was etwa 500 000 Euro entspricht. Daraufhin hielten sich die Österreicher für den ihnen vermeintlich entgangenen Tribut an der Bevölkerung schadlos. Es kam sogar zu blutigen Zusammenstößen zwischen ihnen und den von Totleben ausgesandten Sicherheitspatrouillen (Sauve-Garden).

Totleben, der im Gasthof „Stadt Paris“ Quartier genommen hatte, verlangte vier Millionen Reichsthaler Kontribution und wollte

Das Zeughaus wurde ausgeräumt

trotz allen Flehens der Magistratsmitglieder davon nicht abweichen. Da schlug die Stunde des Johann Ernst Gotzkowsky (1710–1775). Er genoss im russischen Offizierskorps einiges Ansehen und konnte Totleben davon überzeugen, dass mehr als eineinhalb Millionen Reichsthaler nicht aufzubringen seien.

Am 9. Oktober 1760 gegen 19 Uhr unterschrieb Totleben die Kapitulationsurkunde. Dadurch wurden allerdings Übergriffe österreichischer und russischer Truppen nicht verhindert. Die Schlösser Friedrichsfelde, Schönhausen und Charlottenburg wurden übel mitgenommen. Ärgste Zerstörungen und Misshandlungen durch österreichische Husaren und polnische Ulanen fanden dort statt. Am 10. Oktober zerstörten die Russen die Anlagen im Gießhaus und in der Münze. Am 11. Oktober wurden die kriegsgefangenen Soldaten, Invaliden und Kadetten mit ihrem Kommandanten abgeführt. Auch drängte Tschernischew den Berliner Magistrat, die Kontribution zu zahlen; worauf 700 000 Reichsthaler in bar und 1 000 000 Reichsthaler in Wechseln, zahlbar in zwei Monaten, aufgebracht wurden. Der Grund für das Drängen und die Eile, mit der dann Berlin verlassen wurde, war der Anmarsch des Königs. Am 12. und 13. Oktober marschierten die Russen nach Frankfurt an der Oder zu ihrer Hauptarmee ab.

Den Gesamtschaden bezifferte der Magistrat auf 1 954 306 Reichsthaler. Der König wollte die Wechsel sperren lassen, aber der Magistrat bewog ihn, das nicht zu tun, da in jenem Falle der Handel mit Russland gänzlich zum Erliegen kommen würde. Gotzkowsky erreichte eine Prolongation der Wechsel um ein Jahr. Friedrich bezahlte die ausstehende Summe schließlich unter der Hand selbst. Bedauerlich war die Ausräumung des Zeughauses, in dem sich viele ruhmreiche Siegeszeichen der preußischen Armee befunden hatten.

Jürgen Ziechmann

Aufgehetzte Politiker urteilten ohne Sachkenntnis

Zu: „Die Staatsaffäre“ (Nr. 36)

Im „Informationszeitalter“ schafft ein Buch Ruhe. Eigentlich jedes Buch. 460 Buchseiten zu lesen, dauert schon eine gewisse Zeit. Und wenn diese Seiten mit Informationen vollgestopft sind, über die der Leser auch etwas nachdenken muss, dann erst recht. Das Sarrazin-Buch ist ein solches Buch.

Der eine oder andere Spitzenpolitiker aus SPD und CDU hätte sich fast revolutionär positionieren können, etwa mit der folgenden Haltung: „Ich warte erstmal ab, bis das Buch auf dem Markt ist. Dann kaufe ich es, um es selber zu lesen.“ Das hätten die meisten Menschen verstanden.

Aber durch „maßgebende“ Medien (angeblich die vierte Gewalt im Staate) gehetzt und aufgehetzt, ließen sich einige unserer wichtigen und medienverzückten Politiker zu wirren Aussagen und Forderungen nach politischen Konsequenzen anspornen, die sich auf keinerlei Kenntnis des auslösenden Sachverhaltes stützten. Dadurch führten diese Politiker leichtfertig eine Staatsaffäre oder gar eine Staatskrise herbei. Scheinbar ausreichender Grund: Ein Buch, das bis dahin noch niemand gelesen hatte.

Nach der Qualität des hier engagierten politischen Personals wollen wir lieber nicht fragen. Nur wenige Medien fanden den Weg zu einer konstruktiven Kritik und ausgewogenen Berichterstattung um das Sarrazin-Buch. Dazu gehören die Wochenzeitungen *Preußische Allgemeine Zeitung* (*PAZ*) und die „Junge Freiheit“ („JF“).

Gerriet Kohls, Langenhagen

Inhaltliche Debatte gehört zur Demokratie

Zu: „Lehrreiche Hexenjagden“ (Nr. 37)

Politische Hexenjagden ohne Ende? Hatte das Bundespräsidialamt (nicht der anfangs den Sarrazin-Gegnern vorlaut applaudierende Bundespräsident) ersichtlich schon Zweifel an der Rechtmäßigkeit einer Entlassung von Sarrazin, so drängte offenbar auch die Bundesregierung auf eine Einigung, um einen nicht zu gewinnenden Prozess zu vermeiden. Schließlich hat das Bundesverfassungsgericht in ständiger Rechtsprechung klargestellt, dass bei den Meinungsäußerungen eine „überzogene und selbst ausfällige Kritik“ zulässig sei, solange eine persönliche Diffamierung nicht im Vordergrund stehe, sondern erkennbar eine Auseinandersetzung in der Sache gewollt sei“ (so BVerfG NJW 1993, 1463). Dadurch soll das fundamentale Grundrecht der Meinungsfreiheit nicht beliebig werden. Denn wenn eine inhaltliche Debatte nicht mehr stattfindet, endet die Demokratie (BVerfGE 5, 85/205). Wir stehen vor dieser Gefahr.

Man kann nur hoffen, dass sich noch mehr Mutige finden, die jene Politiker als nicht wählbar entlarven, die entgegen dem Willen der Staatsbürger das gute deutsche Wort „Gast“ gestrichen haben und mit dem vernebelnden und Steuergelder verschleudernden Begriff „Migranten“ hantieren, und die – wie gewohnt – gegen Andersdenkende einen verfassungswidrigen Vernichtungsfeldzug – so auch erneut im Fall Steinbach – führen.

Dr. Schneider-Haßloff, Berlin

Polen, wie es ist

Zu: „Steinbach rudert zurück“ (Nr. 38)

Es ist an der Zeit, Polen zu sehen, wie es ist, und nicht wie es wünschenswert sein könnte. Der historischen Wahrheit und Realität wird sich das Land auf absehbare Zeit kaum stellen.

Ulrich Kaiser, Gößnitz

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



Renoviert und restauriert: Die Städte in den neuen Bundesländern wurden grundsaniert. Bild: privat

Einheit offenbarte linke Lebenslüge

Zu: „20 Jahre Einheit: Trotz Widerständen Erfolgsgeschichte“

Ich denke, Frau Lengsfeld hat Recht, wenn ich, wie so oft, von Lauenburg nach Boizenburg fahre, sehe ich höchstens dahingehend Unterschiede, dass es in Mecklenburg „blühender“ aussieht als in Holstein. Die Menschen sind dort auch nicht mehr so unzufrieden wie noch vor zehn Jahren.

Es gibt natürlich Verlierer der Einheit. Denen ging es im Sozialismus knorke. Mit wenig Arbeit und Ansprüchen auf unterem Niveau ein einfaches Leben mit Goldkrone, Cabinett und Braunkohle-Ofenheizung. Ich habe mehrere Kollegen, die von „drüben“ kommen, einige kommen aus Westmecklenburg mit dem Auto (sind nur 40 Kilometer), andere wohnen nun in Hamburg. Keiner beklagt oder kritisiert auch nur die Einheit. Sie war für uns Deutsche ein wahrer Glücksfall.

Für Linke allerdings nicht, für die war es das Ende einer grausigen Lebenslüge. Das können Linke nicht verkraften, darum suchen sie Schuldige, Misserfolge oder inszenieren „faschistische Bedrohungen“. Is nu ma so ...

Carl-Georg Otto, Hamburg

Ein Flughafen ist zu wenig

Zu: „Böses Erwachen in Schönefeld“ (Nr. 35)

Die Beschränkung Berlins auf nur einen Flughafen ist sehr kurzsichtig. Was passiert, wenn dieser zeitweilig wegen extremer Wetterlage, Bombendrohung oder anderem ausfällt? Millionenstädte sollten wie London, Paris oder andere Metropolen innerhalb der Stadt oder im direkten Umfeld einen weiteren Flughafen haben, mit dem man sich den Flugverkehr teilt und der in Notsituationen den wichtigsten Flugverkehr abwickeln kann. Leipzig und Hamburg sind dafür doch viel zu weit entfernt.

Helmut von Binzer, Hamburg

Kurswechsel ist noch möglich

Zu: „Parallelgesellschaften“ (Nr. 36)

Es wird höchste Zeit, dass aus Berlin wieder Politik für und nicht mehr – wie bisher – gegen uns Deutsche gemacht wird. Solange in einer Parallelwelt lebende, rückgratlose deutsche Politiker und in einer Parallelwelt lebende teilweise sehr zielstrebige Ausländer (denen beiden nichts fernerliegt als das Wohl unseres Landes) die Richtlinien unserer Politik bestimmen, kann es täglich auf allen Feldern der Politik nur noch schlimmer werden. Unsere Kanzlerin muss einen grundsätzlichen Kurswechsel der Politik unseres Landes vornehmen, wenn sie nicht als ein einsamer Tiefpunkt oder gar als Weg zum Endpunkt der deutschen Geschichte in die Geschichtsbücher eingehen will. Bisher tat sie sich eher in einer Mischung von Finassieren und Herumwursteln hervor. Solange die Deutschen noch die Mehrheit im Land sind, ist ein Kurswechsel möglich. In dem Maße, in dem die Deutschen aber aufhören, die Mehrheit im eigenen Lande zu sein, in dem Maße werden Einigkeit und Recht und Freiheit Deutschlands, des Herzen Europas, verlorengehen.

Ist Frau Merkel die Person, die zu einer solchen grundsätzlichen Neuorientierung in der Lage ist? Dies wird sich zeigen. Gott gebe, dass sie es ist.

Robert Weller, Ginsheim

Einwanderer sind nur Mittel zum Zweck

Zu: „Die Staatsaffäre“ (Nr. 36)

Dass Deutschland sich abschafft, ist schon seit 1945 erkennbar. Zeitverlauf: Durch die Vertreibung wurde Deutschland verkleinert. Danach kamen die Gastarbeiter, die für sich selbst sorgten. Politisch Verfolgte erhielten Asyl und Hilfen. Beides war nachvollziehbar. Zu dieser Zeit hieß es, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei. Es gab nur kontrollierte Zuwanderungen. Dann aber kam wieder „Einwanderung“ auf den Tisch. Die Vorgabe der Politik an die Deutschen: Habt für alle Einwanderer Verständnis. Sie sollen finanziell und kulturell von uns alles bekommen. Deutsche und ihre Sprache sind nicht so wichtig. Die alte deutsche Kultur wird im eigenen Land immer unsichtbarer. Die Vertriebenen wurden die Probe aufs Exempel, indem man ihnen die Identität nahm („Die Deutschen, die 1945 aus Polen kamen“ usw.) und sie schon „entsorgt“ sind. Der Titel „Deutschland schafft sich ab“ ist schon bittere Realität geworden. Daher können sich alle Einwanderer an den deutschen Vertriebenen orientieren. Auch sie sind nichts weiter als Figuren auf einem politischen Schachbrett. Sie sind ganz offensichtlich dazu benutzt worden, um Deutschland abzuschaffen.

Elisabeth Krahn, Celle

Man muss Unrecht Unrecht nennen dürfen

Zu: „Schuss vor den Bug“ (Nr. 37)

Vor 76 Jahren wurde ich in Königsberg in Ostpreußen geboren, und am 25. Februar 1945 während des Zweiten Weltkrieges auf Führerbefehl Nummer 51 vom 4. Februar 1945, als Flüchtling in Dänemark untergebracht.

Meiner Meinung nach waren alle großen Nationen am Zweiten Weltkrieg beteiligt. Schon seit Jahren streiten sich die Politiker mit dem Bund der Vertriebenen (BdV) über die Schaffung eines Dokumentationszentrums in Berlin. Der Zweite Weltkrieg, der am 8. Mai 1945 endlich vorbei war, hat zirka 60 Millionen Menschenleben gefordert und 14 Millionen Ostdeutsche – Ostpreußen, Westpreußen, Pommern und Schlesier – haben ihre Heimat verloren. Sie haben für alle Deutschen den verlorenen Zeiten Weltkrieg bezahlt.

Ich wünsche mir auch die Schaffung des Dokumentationszentrums in Berlin für mich (noch als Zeitzeuge) und meine Nachkommen. Nun muss endlich was passieren. Was ist bloß los mit unseren Politikern, haben sie denn keine Courage mehr? Man muss auch Unrecht Unrecht nennen dürfen, ohne Hass zu säen, auf beiden Seiten.

Arno Zilian, Lübeck

Klare Bestimmungen wie USA und Kanada

Zu: „Von Muslimen kein Wort“ (Nr. 37)

Die Tatsache ist gesichert, dass wir kein Einwanderungsland wie die Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada sind. Weshalb wird über deren Einwanderungsgesetze zwecks Meinungsbildung nicht berichtet? Arbeitslose haben wir genug. Nachweislich politische Flüchtlinge ausgeklammert!?

Hans Kroner, Oberteuringen

Danke für umfassende Informationen

Zu: „Tabuisierte Forschungen“ (Nr. 36)

Vielen Dank für Ihre Hintergrund-Seite zur Vererbungslehre. Sie gibt in Kürze eine so umfassende Information zu den unterschiedlichen Facetten der Vererbungslehre, dass ich mich für die Sarrazin-Debatte recht gut gewappnet sehe. Sie haben damit eine durch Tabus verdeckte Marktlücke gefüllt.

Manfred Backerra, Hamburg

Unseren Politikern ist der Untergang ihres Volkes verhältnismäßig »wurscht«

Zu: „Parallelgesellschaften“ (Nr. 36)

Lassen sich die Deutschen von ihrer durchgeknallten Führungselite das Selbstbestimmungsrecht nehmen? Der als bestens integriert geltende türkischstämmige Reiseunternehmer Vural Öger erklärte im Mai 2004 in der Zeitung „Hürriyet“: „Im Jahr 2100 wird es in Deutschland 35 Millionen Türken geben. Die Einwohnerzahl der Deutschen wird dann bei ungefähr 20 Millionen liegen. Das was Kanuni Sultan Süleymann 1529 mit der Belagerung Wiens begonnen hat, werden wir über die Einwohner, mit unseren kräftigen Männern und gesunden Frauen, verwirklichen.“

Die antinationalistische deutsche Führungselite nahm an dieser Äußerung keinen Anstoß. Im Gegenteil, die SPD hielt es sogar für angebracht, ihn „zur Vertretung deutscher Interessen“ in das Europaparlament zu entsenden. Vural Öger konnte seine Umvolkungspläne für Deutschland offen äußern, ohne Kritik befürchten zu müssen, denn er liegt mit der herrschenden deutschen „Führungselite“ auf einer Linie. Ihre Bekenntnisse und ihre Politik zeigen es:

„Das Deutschtum gehört in die Mottenkiste“ (SPD-Genosse und Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder); „Wir brauchen mehr Moscheen in diesem Land, aber nicht in Hinterhöfen, sondern deutlich sichtbar“ (J. Rüttgers, CDU, Ex-Ministerpräsident von NRW); „Die Wahl eines Bundeskanzlers mit Migrationshintergrund ist nur eine Frage der Zeit. In den jungen türkischstämmigen Deutschen der dritten Generation steckt ein großes Potenzial“ (W. Schäuble, CDU, Bundesminister); „Moscheen werden stärker als früher ein Teil unseres Stadtbildes sein“ (A. Merkel, CDU, Bundeskanzlerin); Politiker der Parteien Bündnis 90/Grüne und Die Linke forderten „Offene Grenzen und Bleiberecht für alle“ und Renate Schmidt (SPD, spätere Familienministerin) bekannte bei einem Radio-Interview bereits 1987 zur Frage „Sterben die Deutschen aus?“: „Das ist für mich nicht das Problem, das ist mir verhältnismäßig ‚wurscht‘.“

Die Politik dieser „fortschrittlichen Volksvertreter“, die laut Grundgesetz ihre Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen sollten, ist auf Einwanderung und Schaffung einer multikulturellen Gesellschaft ausgerichtet. Sie schufen für die dicht besiedelte Bundesrepublik ein Einwanderungsgesetz, erleichterten eine Einbürgerung und ermöglichten eine doppelte Staatsbürgerschaft.

Nun, nachdem Thilo Sarrazin in seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“ die durch Zuwanderung geschaffenen Missstände in diesem Land anprangert und dafür viel Zustimmung erhält, erkennen sie, dass ihre Einwanderungspolitik mit ihren Folgen von einem großen Teil der deutschen Bevölkerung abgelehnt wird. Die „Politische Korrektheit“, die bisher jede Kritik an antinationaler Politik unterband und auf die sie bisher bauen konnten, ging zu Bruch. Scheinheilig kritisieren sie Sarrazin, weil er in seinem Buch keine Lösungen für die aufgezeigten Probleme vorschlägt. Dabei wollen sie gar keinen Lösungsvorschlag für das Grundproblem. Ihre Einwanderungspolitik, von der sie nicht lassen wollen, ist das Problem und die Abkehr davon ist die Lösung.

Sie selbst drängen nun verstärkt auf eine Integration der Zuwanderer. Was ist aber damit gewonnen? An dem Vorzeigemigranten Vural Öger wird deutlich, dass auch ein integrierter Türke mit deutschem Pass ein Türke bleibt und solidarisch zu seinem Volk hält. Das Gleiche gilt auch für zugewanderte Angehörige anderer Völker.

Wenn das deutsche Volk sich von seinen Volksvertretern nicht zu einer Minderheit im eigenen Land machen lassen will, sind andere Maßnahmen als Integration erforderlich. Eine Mindestmaßnahme wäre ein sofortiger Stopp weiterer Zuwanderung.

Zurück zur Frage „Lassen sich die Deutschen ihr Selbstbestimmungsrecht nehmen?“ Ja, wenn sie genau so dekadent sind wie ihre Führungselite, dann lassen sie es sich nehmen.

Dieter Bliesener, Hamburg

Anm. der Red.: *Die Aussage von Leser Bliesener lässt sich in einem Punkt noch akzentuieren: Das Sarrazin-Buch enthält sehr wohl Lösungsvorschläge, zusammengefasst auf Seite 326.*

Kollektivschuld?

Zu: „Steinbach rudert zurück“ (Nr. 38)

Die Behandlung polnischer Politiker durch führende Deutsche geht immer von dem Fehler aus, alle Deutschen der Gesamtschuld am Zweiten Weltkrieg selbst zu bezichtigen. Man vergisst dabei völlig, dass das internationale Menschenrecht eine Kollektivschuldbelastung aller kriegsteilnehmenden Völker verbietet. Man vergisst auch, dass man bei den ungeheuren Kriegsverbrechen der UdSSR diese Gesetze sehr wohl beachtet hat.

Nur die Deutschen sind dumm genug, immer wieder auf diese Behauptung der eigenen Bundesregierung hereinzufallen und immer wieder ihren eigenen Vertreibern und Volksmördern die Füße zu küssen.

Peter P. Haase, Boca Raton, Florida, USA

Aufräumarbeiten in Königsberg

Der bescheiden auftretende neue Gebietsgouverneur behält nur wenige Mitarbeiter seines Vorgängers

Am 28. September hat der neue Gouverneur Nikolaj Zukanow die Amtsgeschäfte für die Region Königsberg übernommen. Der Neue gibt sich korrekt und bescheiden. Politisch will er erst einmal Aufräumarbeit leisten.

Die Amtseinführungszeremonie am 28. September verlief offiziell und bescheiden. Keine Lieder zur Gitarre oder eine Eskorte Motorradfahrer, wie sie bei öffentlichen Auftritten von Georgij Boos zur Tradition geworden waren. Stattdessen gab es schon vor Nikolaj Zukanows Amtsantritt in der Regionalregierung erste Veränderungen. Unmittelbar nach seiner Bestätigung durch die Gebietsduma bezog er das Kabinett Nr. 250 im Gebäude der Gebietsregierung. Obwohl kein Namensschild an seiner Tür prangte, putzten alte und mögliche neue Minister hier bereits die Klinke. Denn schon Mitte September war klar geworden, dass Georgij Boos' Versprechen an die Regierungsmitglieder, sie würden ihre Posten auch unter seinem Nachfolger behalten, nicht eingehalten würde. Ein Regierungsmitglied nach dem anderen reichte seine Rücktrittserklärung „auf eigenen Wunsch" ein. Das klingt besser als „gefeuert, weil die Amtszeit des Gouverneurs ausläuft". Zu den ersten, die ein Rücktrittsgesuch einreichten, gehörten Bildungsministerin Natalja Scherri, der Minister für Wohn- und Bauwirtschaft Jewgenij Morosow, Kulturminister Michail Andrejew, der Direktor der Sportagentur Irek Gimajew sowie Finanzministerin Olga Malygina. Die meisten Minister, die den Rücktritt noch nicht selbst eingereicht hatten, mussten ihre Sessel dann am 28. September gemeinsam mit Georgij Boos räumen.



Bei der Amtseinführung: Georgij Boos' Nachfolger als neuer Gouverneur des Königsberger Gebietes, Nikolaj Zukanow

Bild: imago

Kürzlich wurden die Namen der Minister der neuen Interimsregierung bekannt gegeben. Zu ihnen gehören Vertreter der Kreisverwaltungen und Mitarbeiter, mit denen Zukanow schon in Gumbinnen zusammengearbeitet hat. Vize-Premier ist nun die frühere Ministerin für soziale Entwicklung Marina Orgejewa. Der ehemalige Regierungsvorsitzende des Verwaltungsbezirks (Oblast) Kirow Sergej Karnauchow sowie der ehemalige Entwicklungsminister des Stadtrats Michail Pljuchin gehören zur Übergangsregierung. Der ehemalige Bürgermeister von Heiligenbeil Oleg Schlyk wurde Industrieminister, und der Ex-Bürgermeister von Palmnicken Alexander Blinow wurde Minister für Wohn- und Bauwirtschaft. Aus Gumbinnen kamen Jewgenij Michajlow und Swetlana Kondratjewa. Somit verloren fast alle Boos-Vertrauten ihre Posten. Die endgültige Regierungsbildung wird sich noch bis Jahresende hinziehen, wenn klar wird, wer von den neuen Ministern seinen neuen Aufgaben gewachsen sein wird und wer nicht. Erst dann soll mit den Ministern ein Vertrag über ein Jahr abgeschlossen werden.

> Zukanow will Sonderzahlungen an Politiker streichen

Daneben traf sich die Gebietsorganisation der Partei „Einiges Russland" auf einer außerordentlichen Konferenz, auf der eine Reihe ehemaliger Minister aus dem Parteirat ausgeschlossen wurden, darunter Jelena Babinowskaja, die ehemalige Vize-Premierministerin, die bisherige Finanzministerin Jelena Matwejewna und die bevollmächtigte Vertreterin des Gouverneurs in der Gebietsduma Tamara Kusjajewa. Der Parteirat wurde um die Stadtratsvertreter und Geschäftsleute vergrößert.

Eine der letzten Entscheidungen, die Georgij Boos als Gouverneur getroffen hatte, betraf das Gehalt seines Nachfolgers. Gemäß der Reform des „Gesetzes über den Gouverneur" erhöht sich dessen Basisgehalt von 72000 (1721 Euro) auf 195000 Rubel (4662 Euro). Georgij Boos hatte seinerzeit mit weit weniger Gehalt begonnen, das in den vergangenen fünf Jahren auch nicht erhöht wurde. Er hatte es stets einem Kindergarten gespendet. Nikolaj Zukanow sprach sich dagegen für eine gerechte Bezahlung des Gouverneurs aus, damit er sich nicht wie sein Vorgänger vorwerfen lassen müsse, Geschäften nachzugehen oder sein Geld anderweitig zu verdienen. Die Erhöhung des Gouverneursgehalts muss nun noch die Gebietsduma beschließen.

Der scheidende Gouverneur hat sich nicht nur um seinen Nachfolger gekümmert, sondern auch um die Politiker, die ihre Stellen verloren haben. Alle erhielten vor ihrem Rücktritt noch Auszeichnungen und Prämien. 19 erhielten den Orden „Für Verdienste um das Königsberger Gebiet" und 47 die Medaille „Für Verdienste um das Königsberger Gebiet". Neben Regionalpolitikern erhielten auch einige Geschäftsleute und Kulturschaffende Auszeichnungen. Diese waren mit dem Vielfachen eines Politikergehalts dotiert. Die Politiker hatten unter Boos aufgegliederte Bezüge erhalten: für besondere Umstände der Arbeit, monatliche Pauschalen und Prämien für „besonders wichtige und komplizierte Aufgaben". Insgesamt wurden aus dem Gebietshaushalt zwölf Millionen Rubel (fast 290000 Euro) für diese Sonderzahlungen bereitgestellt. Zukanow erklärte, dass er solche Zahlungen streichen werde.

Viele Skandale haben Königsberg in letzter Zeit erschüttert. Besonders die Affäre um Dienstwohnungen für Beamte hatte für Diskussionen gesorgt. Nikolaj Zukanow griff dieses Thema selbst auf, indem er erklärte, die ins Gebiet gekommenen Regierungsbeamten von Georgij Boos hätten die ihnen zugeteilten Dienstwohnungen veräußert, so dass für die neuen Beamten nun zu wenige Wohnungen zur Verfügung stünden.

Die ehemalige Leiterin der staatlichen Immobilien-Agentur im Königsberger Gebiet Anna Bogdad dementierte dies. Keine einzige Dienstwohnung sei veräußert worden. Darüber hinaus sei die Agentur mehrfach von der Staatsanwaltschaft ohne Beanstandungen überprüft worden. Zur Zeit stünden der Regierung 64 Dienstwohnungen zur Verfügung, von denen acht frei stünden und nur zehn von Beamten bewohnt würden, in den restlichen lebten Mitarbeiter verschiedener Organisationen, Ämter und Einrichtungen. Zur Zeit ermittelt die Staatsanwaltschaft noch gegen Anna Bogdad. *Jurij Tschernyschew*

Vor weiterem Verfall bewahrt

Kirche in Mühlhausen mit Grab von Luthers Tochter Margarete: Neue Biberschwänze auf dem Dach und teilweise neuer Putz

Wie vielen Gotteshäusern in Ostpreußen drohte auch der Kirche Mühlhausen, Kreis Preußisch Eylau, der Verfall. Inzwischen ist das Bauwerk weitgehend instandgesetzt. Die neuen Biberschwänze auf einem großen Teil des Dachs und der neue Putz auf den Vorbauten seit dem Sommer 2010 sind ein Höhepunkt langjähriger, durch die Bundesregierung und private Spenden finanzierter Arbeit.

Es ist noch keine 20 Jahre her, dass die ersten Heimatbesucher die Kirche Mühlhausen in desolatem Zustand vorfanden. Heute ist das Gotteshaus, in dem Martin Luthers Tochter Margarete ruht, ein Besuchsziel sowohl für deutsche Gruppen- und Einzelreisende als auch immer mehr für die heutigen Einwohner, sogar für Schulklassen im Rahmen der Heimatkunde. Dabei ist das Gebäude nicht nur eine Sehenswürdigkeit, sondern dient auch einer evangelisch-lutherischen Gemeinde als Pfarrkirche. Diese Nutzung sowie die Einstufung als Baudenkmal sind ausschlaggebend dafür, dass die Bundesregierung, genauer der Bundesbeauftragte für Kultur und Medien (BKM), nun seit 15 Jahren die notwendigen Mittel für die Sicherung und Nutzbarmachung des Bauwerks zur Verfügung stellt.

So gewährte der BKM auch die Mittel für die diesjährige Maßnahme. Es hatte sich gezeigt, dass die bei der ersten Instandsetzung im Jahr 1995 wiederverwendeten alten Dachziegel, die zum Teil noch von 1906 datierten, der Witterung nicht mehr standhielten, auch waren sie nicht genügend befestigt, so dass starke Stürme mit ihren Wirbeln hinter dem Turm immer wieder Lücken in die Dachdecke rissen. Die neuen Biberschwänze, die aus deutscher Produktion stammen, da es am Ort keine vergleichbare Qualität gibt, versprechen gut verklammert auf neuer Lattung nun eine lange Haltbarkeit.

> Finanziert durch Bundesregierung und private Spenden

Der mit seinen 29 Metern ungewöhnlich hohe Turm der Dorfkirche aus dem 14. Jahrhundert hat seit diesem Sommer auch wieder eine Kirchturmuhr, ebenfalls ein deutsches Fabrikat. Es ist eine Funkuhr, die sich auch nach Stromausfällen wieder exakt neu einstellt. Die Uhr konnte aus Spenden finanziert werden, ebenso wie zuvor eine neue Treppe im Turm, die einen gefahrlosen Aufstieg zur Höhe der Glockenfenster und damit einen Ausblick weit in das Land ermöglicht.

Die alte Treppe war verschwunden. Das gleiche gilt für die gesamte hölzerne Ausstattung im Innern des Sakralbaus wie Gestühl, Empore, Kanzel, Altar, Taufkammer und Bilder. Sogar einen Beichtstuhl hatte diese Kirche noch, die einst als die am reichsten ausgestattete Dorfkirche Natangens galt. Das alles war verheizt oder, wie Zeugen berichteten, „auf Lastwagen mit unbekanntem Ziel abgefahren" worden. Zu den verlorenen Schätzen gehörte neben Bildern der Kirchenpatrone auch je ein Lucas-Cranach-Bild von Luther und seiner Tochter Margarete, die als Ehefrau Georgs von Kunheim dem Jüngeren nach Mühlhausen gekommen war. Agnes Miegel hat diese Historie liebevoll geschildert.

Die Sowchose, die ab 1945 in dem Dorf eingerichtet wurde, nutzte das Kirchengebäude als Mehrzweckhalle und Speicher. Dadurch blieb es wenigstens in seiner äußeren Substanz erhalten, so dass es ab Mitte der 90er Jahre gerettet werden konnte. Dies geschah mit den vereinten Kräften dreier Beteiligter: der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Russland/Propstei Königsberg, der die Kirche offiziell übertragen wurde, des privaten Vereins Förderkreis Kirche Mühlhausen und der Bundesregierung, die schrittweise die notwendigen Mittel beisteuerte. Dabei war die Sanierung des Dachs immer vorrangig, denn vom Dachstuhl abgehängt ist eine Holztonnendecke mit zum Teil wertvoller Bemalung aus dem Jahr 1695, dem einzigen Rest der reichen Innenausstattung. Diese Malerei, wie auch ein Wandbild mit dem Titel „Das Jüngste Gericht" vom Ende des 15. Jahrhunderts sind inzwischen von St. Petersburger Fachleuten restauriert worden und lohnen schon allein einen Besuch in Mühlhausen. Besucher werden gebeten, sich frühzeitig bei der Propstei in Königsberg (Telefon 007/4012/956112, E-Mail: propstei@kaliningrad.ru) anzumelden. Die Küsterin, Lena Kaatz, ist über die Telefonnummer 007 (40156) 69564 erreichbar. Nähere Informationen darüber, wie man nach Mühlhausen gelangt, bietet der Förderkreis auf seiner Internetseite kirche-muehlhausen.org *Martin Lehmann*

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

es gibt ein wunderschönes Gedicht von der ostpreußischen Schriftstellerin **Tamara Ehlert**: „Kindersommer“, und immer, wenn ich es lese, fühle ich mich in die Kindersommer meiner Heimat zurückversetzt, die so sind, wie sie die Königsbergerin auch empfunden hat: „Gott malt die Kindersommer bunt und golden mit leuchtenden Lupinendolden auf grünem Grund und Sonnenblumen.“ Im langen Rückblick erscheint es, als seien alle Kindersommer so gewesen, als hätte es niemals graue, nasskalte, regengepeitschte Tage gegeben. Tamara Ehlert ist da ehrlicher und erzählt von den beiden Tüchern, aus dem ihr Kindersommer gemacht war – ein leuchtendes für den Tag und ein besterntes für die Nacht –, aber das leuchtende Tuch vom Tag konnte manchmal Regenfransen haben und sein Muster Zickzackspuren vom Gewitterhund aufweisen. Also trösten wir uns: Verregnete Sommertage hat es immer gegeben und heute erst recht, aber man soll dann das Beste daraus machen.

Und das hat Herr Professor Dr. Ing. **Günter Hertel** aus Dresden auch getan, der die Ruine der barocken Kirche von Rauterskirch sichern will und bereits gute Informationen aus unserm Leserkreis erhalten hat, wie von Frau **Frieda Luckner** aus Orlando/Florida. Ich hatte, wie ich in Folge 32 schrieb, Professor Hertel einen dicken Brief von ihr übermitteln können, in dem sie vor allem auf die „Rauterin“ eingeht, die im 17. Jahrhundert als Frau eine damals kaum vorstellbare Leistung vollbrachte, indem sie mit dem Bau des Großen Friedrichsgrabens das Werk ihres verstorbenen Mannes **Philipp von Chieze**, dem Oberbaumeister des Großen Kurfürsten, vollendete. Und diesen Wasserweg ist Herr Professor Hertel schon zweimal abgefahren, einmal bei strömendem Regen, der ihm aber nicht die gute Laune verdarb, wie man auf dem Foto erkennen kann. Ihm lag es an der Landschaft, die ihn, den Sachsen, so fesselt, dass es ihn immer wieder in die Elchniederung zieht, und die ihn zu der Aktion veranlasst hat. Er schildert in seinem Antwortbrief an Frau **Luckner**, von dem er mir dankenswerter Weise eine Kopie zukommen ließ, seine Eindrücke von der Fahrt durch das Große Moosbruch:

„Im vergangenen Jahr bin ich den Großen Friedrichsgraben zum zweiten Mal mit einem kleinen Boot abgefahren, diesmal mit **Lilo Oberli** aus der Schweiz, geboren etwa 1932 in Königsberg. Strömender Regen hielt uns nicht ab, den Friedrichsgraben, den Nemonienstrom über das Haff bis nach Gilge und zurück abzufahren. Offenbar sind Sie in Labiau an der Deime geboren. Von Ihrem Elternhaus konnte man wahrscheinlich die wiederhergestellte Adlerbrükke über die Deime sehen. Diese Brücke gewährt einen herrlichen Blick über die Deime südwärts Richtung Pregel. So weit das Auge blickt, stehen die so charakteristischen Wolken am Himmel und laden zum Träumen an diesem Stück deutscher Kulturerde ein. Aber auch grausame Geschichte wird lebendig. Einer meiner Mitreisenden im Jahre 2005, geboren 1930 in Hindenburg – Sie wissen, gleich das Nachbardorf von Labiau hinter der Deimebrücke über den großen Friedrichsgraben –, wurde im Januar 1945 von seinen Eltern getrennt und als junger Bub mit einigen anderen zusammen im nachbarlichen Hühnerstall von der russischen Soldateska eingesperrt. Nach Flucht und wochenlangem Mundraub wurde er in Labiau gefasst, musste dort im letzten Haus vor der Adlerbrücke Fahrräder für die Russen reparieren. So verhungerte er wenigstens nicht. Die Zeit bis zur Deportation 1948 kann man sich kaum vorstellen. Und dennoch: Ostpreußen müssen nicht nur tapfere Menschen sein, sondern auch immer zu einem Spaß aufgelegt. Er erzählte die Geschichte mit Humor und ohne Bitternis, erstaunlich für einen Nachgeborenen wie mich. Das rote Backsteingebäude steht heute noch. Sie erwähnen neben der nicht mehr existierenden Adamsbrücke in Labiau auch eine Drehbrücke, die leider nicht mehr als solche verwendet wird, sondern durch eine feste Straßenbrücke ersetzt ist. Auch die von Ihnen beschriebene Befestigung des Kanalufers des Gr. Friedrichsgrabens in den 30er Jahren ist deutlich zu sehen. Ich hatte gedacht, diese unschönen Betonplatten seien in der sowjetischen Zeit eingelassen worden. Nun habe ich es anders gelernt. Zum Schluss zur Kirche in Alt-Lappienen/Rauterskirch. Ich übermittele Ihnen zwei Fotos mit Resten der großen Glasfenster, die wahrscheinlich bis 1975 die als Getreidespeicher genutzte Kirche einigermaßen gegen Regen schützten, bis sie angeblich durch einen Blitzschlag ausbrannte. Ich habe ein Foto unmittelbar vor der Zerstörung von Peter Westphal erhalten, der dort 1940 geboren wurde. Das Foto mit den Glassplittern stammt aus diesem Jahr von meinem bislang letzten Besuch dort.“


Bild: privat

Auf dem Großen Friedrichsgraben: Günter Hertel mit Lilo Oberli

„Bislang“ – hat Herr Professor Dr. Hertel geschrieben, und so werden wir noch viel von ihm, der „Ostpreußen im Herzen“ hat, hören. Er selber schreibt dazu: „Um Irrtümern vorzubeugen: Pläne zum Wiederaufbau der Kirche existieren nicht, sondern es gibt ein paar Enthusiasten, die glauben, dass man die Kirchenruine sichern könnte. Mit ostpreußischer Beharrlichkeit, Glauben, Zuversicht, Hoffnung und Sich-nicht-klein-kriegen-lassen!“

„Unsere Familie“ auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Seinem mit vielen Fotos versehenen Schreiben lag auch eine Suchmeldung bei, die er dem Heimatbrief des Kreises Elchniederung Nr. 50 entnommen hatte und auf die er mich aufmerksam machen wollte. Fast gleichzeitig erhielt ich auch eine Anfrage aus England, so dass ich die Suchwünsche kombinieren kann, zumal es sich in beiden um Familienfragen handelt. Zuerst zu Frau **Irene Cotton**, die 1938 als **Irene Ruth Szillat** in Kuckerneese/Kaukehmen geboren wurde. Ihre Eltern waren **Friedrich Wilhelm** und **Maria Petrick**, die außer der Tochter Irene noch die Söhne **Erich**, **Arno** und **Heinz** sowie eine weitere Tochter, **Gerda**, hatten. Von ihnen scheint niemand mehr zu leben, denn Frau Cotton schreibt, dass sie jetzt die Einzige sei und deshalb mit allen, die ihre Familie kannten, Kontakt aufnehmen wolle. Und ganz besonders würde sie sich freuen, wenn sich noch ehemalige Mitschülerinnen melden würden. An zwei alte Freundinnen appelliert sie besonders: **Lotte Sprenger** und **Erna Gesoves**, wenn Ihr noch lebt, bitte meldet Euch! (Mrs. Irene Cotton, 29, Redvers Way, Tiverton, Devon, EX16 6X16 6XL, England, Telefon 0044188242800.)

Schwieriger dürfte der Suchwunsch von Herrn **John Kubow** zu erfüllen sein, der seine deutschen Verwandten finden will, „ehe es zu spät ist“. Schwierig vor allem deshalb, weil sein vor zehn Jahren verstorbener Vater **Eugeniusz** Kubow vor dem Ersten Weltkrieg im damaligen Kowno geboren wurde. Noch schwieriger dadurch, dass viele Daten und Ortsangaben und damit nähere Angaben fehlen. Herrr Kubow hat lediglich eine Art Stammbaum aufgezeichnet, der die Formulierung dieser Suchfrage nicht gerade einfacher macht. Also fangen wir mit John Kubow an. Er ist der Sohn von Eugeniusz Kubow *1911, der eine Engländerin **Mary** (Nachname unleserlich) heiratete. Ihr gemeinsamer Sohn John, 1955 geboren, hat anscheinend noch eine Zwillingsschwester **Theresa**. Johns Großvater **Pavel Iwanowich** Kubow wurde im damaligen Petrograd, Russland geboren. Er war verheiratet mit **Ida Rosamunde Wiskandt**, *27. Dezember 1882 in Kowno. Ihre Eltern waren **Karl Adolf** Wiskandt und **Ernestine Wilhelmina** Wiskandt geborene **Mertens** aus Königsberg. Anscheinend war dieser Urgroßvater von John Kubow Kaufmann, der aus beruflichen Gründen nach Kowno ging. Außer der Tochter Rosamunde hatte das Ehepaar Wiskandt noch zwei weitere Töchter, **Helena** und **Lena**, über die es keinerlei Angaben gibt. Paul Iwanowich und Ida Rosemunde hatten außer dem Sohn Eugeniusz noch drei weitere Söhne: **Wladislaw**, *1900, **Jan**, *1906, und **Leon** *1910. Das sind alle Angaben aus dem kleinen „Stammbaum“ des John Kubow. Die Suche richtet sich jetzt an vielleicht noch lebende Verwandte der Familien Wiskandt und Mertens aus Königsberg. Es müsste sich also um Nachkommen der Geschwister der Urgroßeltern Karl Adolf Wiskandt und Ernestine Wilhelmina Mertens handeln oder um Nachkommen ihrer Töchter Helena und Lena, falls diese verheiratet waren. Ob sich hier auch nur die Spur eines Fadens findet, den man aufrollen könnte, bezweifele ich trotz meiner von Herrn Professor Hertel aufgeführten ostpreußischen Eigenschaften. Mr. John Kubow hat nur seine postalische Anschrift angegeben, hier ist sie: 6 Shenstone close, Four Oaks, SUTTON OLDFIELD, West Midlands, England, B 74 4XB.

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede — Bild: Pawlik

Bei der nächsten Suchfrage machen wir es etwas kürzer, denn hier wird nämlich nur ein Name genannt, und das ist der des Großvaters der Schreibers: **Paul Kugland**. Sein Enkel **Klaus** trägt auch diesen Namen, aber über seine väterliche Familie weiß er so gut wie gar nichts, und das möchte er nun heute im späten Alter nachholen. Sein Großvater muss in Ostpreußen einen großen Bekanntenkreis gehabt haben, denn Paul Kugland war Hotelier und besaß drei Hotels: Das „Deutsche Haus“ in Drengfurt, den "Reichshof" in Domnau und den „Anker“ in Pillau. Es ist anzunehmen, dass Paul Kugland geflüchtet ist, denn er soll in Braunschweig verstorben sein. Sicher wird sein Enkel Zuschriften bekommen, dem heute 76-Jährigen wäre es zu wünschen. (Klaus Kugland, Am Runden Garten 14 in 61169 Friedberg, Telefon 06031/2230.)

So, nun machen wir es mal leichter für mich wie für Euch, liebe Leser, und bringen einige kleine Dinge, eben das, was wir Ostpreußen als „bunte Nuschtkes“ bezeichnen, und das müssen nicht immer Fragen und Wünsche sein, sondern auch nette Zuschriften. So wie die von Frau **Evelin Kirchbach** aus Erkelenz, die mir mitteilte, dass sie ein „ganzes Bücherpaket“ für die Heimatstube in Siegen gepackt hat. Sie hofft sehr, damit zur Bereicherung der neuen Heimatstube beizutragen – das mit Sicherheit, liebe Frau Kirchbach! – und meint, dass solch eine heimatliche Anlaufstelle für Menschen aus Ostdeutschland ein Stück Geborgenheit und Heimat für die älteren Vertriebenen bietet, aber auch eine Geschichtsquelle für die Jüngeren ist. Das sehen andere Leserinnen und Leser auch so, denn auf unsere Veröffentlichung in Folge 37 hin brachten einige Teilnehmer zum Braunsberger Treffen in Münster Bücher und andere heimatliche Relikte für die Heimatstube mit.

Aus diesem rührigen Kreis kam auch der Hinweis auf die heute in einem Seniorenheim lebende Frau **Christel Schneider**, für die bekannte und unbekannte Landsleute aus ihrem Kirchspiel Rauschken, Kreis Osterode als Gesprächsteilnehmer gesucht wurden, die sich dann auch aufgrund unserer Veröffentlichung einfanden. Darunter war auch eine Frau aus ihrem Kirchspiel, die leider weder Telefonnummer noch Anschrift nannte. Ich bat diese, sich doch erneut bei Frau Schneider zu melden – na, und das hat sie auch getan. Ich freue mich, dass unsere Zeitung so aufmerksam gelesen wird.

Letzteres bestätigt mir auch ein Neuleser aus der Lüneburger Heide, für den ich auf Ahnenforschung gehen sollte. Was ich inzwischen auch getan habe, da es sich in diesem Falle um die Familie einer ostpreußischen Schriftstellerin handelt, mit der ich sehr befreundet war. Es geschieht eben in unserer Familienarbeit vieles, was hier auf unserer Seite keinen Niederschlag findet, vor allem, wenn es sich um eine sehr persönliche Angelegenheit handelt. Aber was der Betreffende über unsere Zeitung geschrieben hat, will und kann ich hier gerne wiedergeben: „Ich habe vor kurzem ein Jahresabonnement Ihrer Zeitung von einem Verwandten geschenkt bekommen. Begeistert lese ich die Artikel und Beiträge, entsprechen sie doch weitgehend meiner deutschen Meinung. (Apropos Geschenkabonnement! Wäre das nicht ein Tipp für Weihnachten?)

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

AUS DEN HEIMATREGIONEN

Fürs deutsche Publikum weichgespült

Wie das ZDF die Sendung »Abschlachten auf Tschechisch« bearbeitet hat – Ortsnamen penetrant falsch ausgesprochen

Wie angekündigt, hat inzwischen das ZDF den Film eines tschechischen Amateurfilmers über den Mord an Deutschen in Prag im Mai 1945 ausgestrahlt. Doch die Aufbereitung enttäuschte, wie die Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich in einer Analyse aufzeigte, aus der wir im Folgenden zitieren.

Dieser Film lief, wie der ZDF-Haushistoriker Guido Knopp berichtete, im tschechischen Fernsehen „zur besten Sendezeit“. Das ZDF hingegen wartete am Sonntag, dem 12. September, bis 23.35 Uhr mit seiner gekürzten, verschlimmbesserten Fassung. Das Ende war erst gegen halb eins.

Auslöser des Originalfilms in CT2 war ein kurzer Amateurfilm über die Erschießung von 42 deutschen Zivilisten in Prag Anfang Mai 1945. Am 6. Mai 2010 konnte das konsternierte tschechische Publikum sehen, wie nach der Erschießung ein Militär-Lkw die teilweise noch zuckenden Menschen zermalmte.

Der dokumentarische Hauptbeitrag galt hingegen dem Massenmord an mindestens 763 Deutschen aus Saaz im Nordwesten Böhmens. Der Name Saaz wurde im ZDF „Saas“ ausgesprochen, öfter jedoch wurde die uralte und bis 1946 deutschsprachige Stadt mit ihrem tschechischen Namen „Zatec“ genannt. Auch in dieser Version wurde der Name indes fallsch ausgesprochen, nämlich „Zatek“, statt „Schatets“. Auch das etwa zehn Kilometer weiter östlich gelegene Postelberg wurde mit seinem tschechischen Namen Postoloprty bezeichnet, der in zwei unterschiedlichen Varianten stets falsch ausgesprochen wurde, einmal sogar „Posloloprzky“. Was sollen sudetendeutsche Fernsehgebührenzahler dabei denken, die in dieser Sendung womöglich kurz ihr Elternhaus erblickt haben und um den erschossenen Vater trauern? Fast alle damals in der Stadt anwesenden Postelberger und die meisten Saazer Männer im Alter zwischen 14 und 65 Jahren wurden nämlich zwischen dem 4. und dem 6. Juni 1945 erschossen.

Der ZDF-Film strotzte vor Fehlern

Wie erst vor kurzem bekannt wurde, wurden schon 1946 die Leichen der verscharrten Toten durch ein Hochwasser der Eger freigelegt. Nur weil aus Versehen auch zwei Tschechen mit erschossen worden waren (die Benesch und Stalin noch bei der Erschießung hatten hochleben lassen!), veranlasste die Regierung Benesch im Juni/Juli 1947 die Exhumierung, Identifizierung und Einäscherung der Toten. Der ganze Vorgang wurde streng geheim behandelt, war aber der ansässigen Bevölkerung bekannt. Auch die Namen der Täter sind bekannt, sie wurden aber wegen des bis heute geltenden tschechoslowakischen Gesetzes Nr. 115 vom 8. Mai 1946 nie bestraft. Dieses Gesetz legalisiert de facto sämtliche zwischen 30. September 1938 und 28. Oktober 1945 an Deutschen und Ungarn in der Tschechoslowakei verübten Verbrechen als „nicht rechtswidrig“.

Der ZDF-Film strotzte von kleineren Übersetzungs- und größeren Interpretationsfehlern. Es beginnt bei dem Titel der tschechischen Sendung, der statt mit „Abschlachten auf Tschechisch“ mit „Töten auf Tschechisch“ übersetzt wurde. Man stolperte nur so über Beweise redaktioneller Unfähigkeit, wenn nicht bewusster Manipulation. Gleich zu Beginn des Beitrags wird das Sudetenland (nur) „an der nördlichen Grenze der CSR“ angesiedelt. Nicht zwei, sondern mindestens acht Fallschirmspringer schickte Benesch als Attentäter Ende 1941 von London nach Prag, um Heydrich beseitigen zu lassen. Sogar der Hauptort der SS-Vernichtungsaktion, Lidice, wurde dreimal falsch „Liditsche“ genannt.

Ähnlich wie früher in Publikationen der DDR wurden nun auch im ZDF die entsetzlichen Gewaltexzesse an Deutschen als eine „Vergeltung an den einstigen deutschen Besatzern“ eingestuft. Dass sudetendeutsche Zivilisten eben keine Besatzer waren, fiel dabei ebenso unter den Tisch wie die Selbstverständlichkeit, dass selbst eine Vergeltung an tatsächlichen Besatzern ohne Gerichtsverfahren unerträglich wäre. Ganz schief war auch die Formulierung: „Sie [die Sudetendeutschen] bezahlen die Rechnung für die mörderische Besatzung.“ Nur sehr wenige Tschechen wurden persönlich Opfer von Unterdrückungsmaßnahmen.

Die in beiden Fassungen verbreitete Ausrede, die Anweisung Beneschs, die Deutschen zu „beseitigen“, sei nur missverstanden worden, ist eine glatte Lüge. „Vylikvidovat“, das Schlüsselwort von Beneschs Prager Rede am 16. Mai 1945 bedeutet auf Deutsch nun einmal „(vollständig) liquidieren“. Außerdem ist belegt, dass Organisatoren großer Vertreibungsverbrechen von der Regierung Benesch sogar gefördert wurden, weswegen Bedrich Pokorny, der Organisator des Brünner Todesmarsches ins Innenministerium berufen wurde, wo er wenige Wochen später das Massaker von Aussig vom 31. Juli 1945 organisierte. *Fritz Werner/K.B.*

Wir gratulieren …

ZUM 101. GEBURTSTAG

Gniatkowski, Fritz, aus Scharnau, Kreis Neidenburg, jetzt Oldenburger Straße 36, 26434 Wangerland, am 16. Oktober

ZUM 100. GEBURTSTAG

Klein, Helene, geb. **Sneikus**, aus Ebenrode, jetzt Amtsmühlenweg 84, 39261 Zerbst / Anhalt, am 15. Oktober

ZUM 97. GEBURTSTAG

Krüger, Charlotte, geb. **Ulrich**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Fischhausen, jetzt Goethestraße 12/4, 75417 Mühlacker, am 3. Oktober

ZUM 96. GEBURTSTAG

Blaas, Irmgard, geb. **Wick**, verw. **Sablowski**, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, jetzt Gertrud-Woker-Straße 31, 40589 Düsseldorf, am 11. Oktober

ZUM 95. GEBURTSTAG

Gawrisch, Kurt, aus Dreifelde, Kreis Johannisburg, jetzt Wellengartenstraße 3, 49214 Bad Rothenfelde, am 13. Oktober

Herrmann, Erika, geb. **Budzinski**, aus Grunau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Finkenried 6i, 22844 Norderstedt, am 13. Oktober

Müller, Grete, geb. **Dommel**, aus Tapiau, Wasserstraße, Kreis Wehlau, jetzt Heiligenstockstraße 8, 34587 Felsberg, am 17. Oktober

Riehl, Henny, geb. **Biesemeier**, aus Treuburg, Wilhelm-Gustloff-Straße, jetzt Bentweg 14, 32791 Lage, am 16. Oktober

Sadlowski, Charlotte, geb. **Brandt**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, jetzt Döringskamp 18, 38518 Gifhorn, am 15. Oktober

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bartel, Erna, geb. **Siebert**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Fischhausen, jetzt Spieringshorster Straße 26, 23564 Lübeck, am 10. Oktober

Bollack, Marianne, geb. **Wenck**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Fischhausen, jetzt Am Wall 6, 33790 Halle, am 12. Oktober

Bartzik, Martha, geb. **Nowak**, aus Reuß Abbau, Kreis Treuburg, jetzt Brinkstraße 92, 49080 Osnabrück, am 12. Oktober

Wiskandt, Helene, geb. **Rade**, aus Rauschen, Kreis Samland, jetzt Markgrafenstraße 13, 69226 Nußloch, am 15. Oktober

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bork, Irmgard, geb. **Karp**, verw. **Jobst**, aus Treuburg, Markt 20, jetzt Wenzelring 5, 06618 Naumburg, am 11. Oktober

Hoppe, Gerda, aus Eichkamp, Kreis Ebenrode, jetzt Dornbreite 5, Altenheim, 23556 Lübeck, am 16. Oktober

Neubauer, Marta, geb. **Kühn**, aus Kalkhöfen, Kreis Ebenrode, jetzt Auf dem Berge 2, 27607 Langen, am 14. Oktober

ZUM 91. GEBURTSTAG

Armbruster, Herta, geb. **Piechottka**, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, jetzt In den Galleien 23, 47533 Kleve, am 12. Oktober

Augustin, Luise, geb. **Toll**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Fischhausen, jetzt Beetstraße 28a, 32105 Bad Salzuflen, am 15. Oktober

Bendokat, Else, geb. **Tilch**, aus Ebenrode, jetzt Missionsweg 5, 24306 Bösdorf, am 16. Oktober

Fallert, Otto, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, jetzt Straße der Jugend 18, 03238 Finsterwalde, am 14. Oktober

Gehle, Elisabeth, geb. **Mohrlang**, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, jetzt Bahnhofstraße 56, 31812 Bad Pyrmont, am 16. Oktober

Kruck, Walter, aus Mostolten, Kreis Lyck, jetzt Lobsienstraße 32, 28201 Bremen, am 13. Oktober

Neumann, Martha Fr., geb. **Nietznik**, aus Illowo, Kreis Neidenburg, jetzt Torf 15, 59581 Warstein, am 13. Oktober

Plasswich, Hildegard, geb. **Pieczkowski**, aus Lötzen, jetzt Finkenstraße 3, 27239 Twistringen, am 5. Oktober

Schuster, Elfriede, geb. **Kruschinski**, aus Kampen, Kreis Lötzen, jetzt Ellerbruchstraße 100, 46284 Dorsten, am 3. Oktober

Zimmermann, Erich, aus Groß Borken, Kreis Ortelsburg, jetzt Gerresheimer Landstraße 1, 40627 Düsseldorf, am 17. Oktober

ZUM 90. GEBURTSTAG

Braunsberg, Walter, aus Waldwerder, Kreis Lyck, jetzt Fritz-Aßmus-Straße 23, Seniorenwohnanlage Werra-Aue, 98639 Walldorf, am 17. Oktober

Fritz, Elsa, geb. **Höcke**, aus Königsberg-Lauth, jetzt Bostelreihe 7, 22083 Hamburg, am 11. Oktober

Jost, Emma, geb. **Nicolay**, verw. **Mootz**, aus Steinberg, Kreis Lyck, jetzt Klausdorfer Weg 50, 24148 Kiel, am 12. Oktober

Kobelun, Irmgard, geb. **Flick**, aus Göritten, Kreis Ebenrode, jetzt Edgar-Bennert-Straße 37, 19057 Schwerin, am 13. Oktober

Krawolitzki, Karl, aus Wetzhausen, Kreis Neidenburg, jetzt Dorfstraße 9, 27624 Kührstedt, am 15. Oktober

Meyer, Eva, aus Schaksvitte, Kreis Samland, jetzt Wittinger Straße 134B, 29223 Celle, am 13. Oktober

Ott, Anna, geb. **Rehaag**, aus Wernegitten, Kreis Heilsberg, jetzt Waldstraße 1, 47574 Nierswalde, am 10. Oktober

Schlichtinger, Edith, geb. **Schmidtke**, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, jetzt Am Bahnhof 7/76, 38448 Wolfsburg, am 13. Oktober

Schwagereit, Gerhard, aus Ostseebad Cranz, Kreis Fischhausen, jetzt Rhedenweg 3, 28277 Bremen, am 9. Oktober

Stange, Horst-Heinz, aus Grunau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Malteserstift, Am Wasserturm 8, 40668 Meerbusch, am 14. Oktober

Wirth, Edith, geb. **Herbig**, aus Ortelsburg, jetzt Möllerstraße 23, 58119 Hagen, am 14. Oktober

Wiestoska, Otto, aus Lyck, jetzt Fürstenwalder Straße 25, Oldenburger Wohnstift, St. 3, 26133 Oldenburg, am 17. Oktober

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bollin, Georg, aus Weidicken, Kreis Lötzen, jetzt Herderstraße 26, 40882 Ratingen, am 14. Oktober

Borkowski, Emil, aus Hartigswalde, Kreis Neidenburg, jetzt Hönebachstraße 7, 36266 Heringen, am 11. Oktober

Dibowski, Walter, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, jetzt Oldenburger Straße 3, 26349 Jade, am 16. Oktober

Floßdorf, Herta, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, jetzt Oranienstraße 96, 51103 Köln, am 14. Oktober

Heßke, Hannelore, geb. **Thiel**, aus Königsberg, Auguste-Viktoria-Allee 7, jetzt Lortzingstraße 9, 42929 Wermelskirchen, am 14. Oktober

Janken, Gisela, geb. **Haufe**, aus Torffelde, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Eichenkamp 2, 23843 Bad Oldesloe, am 16. Oktober

Klose, Ursula, geb. **Kaminski**, aus Gardienen, Kreis Neidenburg, jetzt Heiligengeiststraße 20, Stift zum Heiligen Geist, 30173 Hannover, am 14. Oktober

Knöschke, Ilse, geb. **Janz**, aus Bersteningken, Kreis Memelland, jetzt Am Heidekotten 23, 49086 Osnabrück, am 12. Oktober

Luszik, Walter, aus Halldorf, Kreis Treuburg, jetzt Hauptstraße 28, 76879 Hochstadt, am 16. Oktober

Lux, Erika, geb. **Guttmann**, aus Deeden, Kreis Ebenrode, jetzt Werner-Seelenbinder-Straße 1, 06217 Merseburg, am 16. Oktober

Maserowski, Elfriede, aus Millau, Kreis Lyck, jetzt Kapaunenstraße 76a, 12355 Berlin, am 17. Oktober

Müller, Jutta, geb. **Beroleit**, aus Deeden, Kreis Ebenrode, jetzt Graf-Bernhard-Straße 14, 32805 Horn-Bad Meinberg, am 14. Oktober

Rodewald, Hedwig, geb. **Wolff**, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Ballonplatz 20, 13125 Berlin, am 16. Oktober

Schulz, Elli, aus Goldensee, Kreis Lötzen, jetzt Weidenstraße 7, 79761 Waldshut, am 12. Oktober

Seutter, Gerda, geb. **Kahlau**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Fischhausen, jetzt Solitudestraße 324a, 70499 Stuttgart, am 13. Oktober

Wickel, Erich, aus Jürgenrode, Kreis Ebenrode, jetzt Schluskamp 1, 24576 Neumünster

ZUM 80. GEBURTSTAG

Brock, Gerda, geb. **Olomski**, aus Neidenburg, jetzt Am Leher Güterbahnhof 24a, 27576 Bremerhaven, am 15. Oktober

Derda, Irmgard, geb. **Zipplies**, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, jetzt Sauerbruchstraße 1, 49811 Lingen, am 13. Oktober

Federwisch, Gertrud, geb. **Lerch**, aus Pobethen, Kreis Samland, jetzt Alter Wetzlarer Weg 19, 35392 Gießen, am 17. Oktober

Kießler, Gerda, geb. **Becker**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, jetzt Wendenring 41, 06188 Niemberg, am 12. Oktober

Lehmann, Elisabeth, geb. **Artischewski**, aus Statzen, Kreis Lyck, jetzt Ewaldstraße 124, 45699 Herten, am 13. Oktober

Nowak, Gerhard, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, jetzt Franzstraße 17, 46540 Hohen-Neuendorf, am 13. Oktober

Pohl, Günter, aus Tilsit, jetzt Erwin-Fischer-Straße 4, 23968 Wismar, am 30. September

Polkowski, Ruth, geb. **Rogowski**, aus Milucken, Kreis Lyck, jetzt Hintergasse 1a, 34308 Bad Emstal, am 16. Oktober

Pretorius, Ortwin, aus Antonsdorf, Kreis Lötzen, jetzt Berliner Straße 43, 38542 Leiferde, am 11. Oktober

Progodda, Lieselotte, geb. **Dierks**, aus Treuburg, Bussestraße, jetzt Am Hofe 7, 31582 Nienburg, am 14. Oktober

Razum, Lieselotte, geb. **Pißowopzeki**, aus Abbau Wilkenhof, Kreis Johannisburg, jetzt Heidehofweg 3a, 22850 Norderstedt, am 10. Oktober

Sabrowski, Günter, aus Dürrfelde, Kreis Ebenrode, jetzt Birkenweg 4, 36251 Bad Kersfeld, am 15. Oktober

Schmidt, Margot, geb. **Kalf**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Mozartstraße 3, 73054 Eislingen, am 13. Oktober

Tolkemit, Anneliese, geb. **Zipplies**, aus Treuburg, Bussestraße, jetzt Gerhard-Hauptmann-Straße 19, 59510 Lippetal, am 13. Oktober

Trautmann, Hildegard, geb. **Gotzeina**, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, jetzt Finkenweg 3, 58791 Werdohl, am 13. Oktober

Trojan, Reinhold, aus Markau, Kreis Treuburg, jetzt Wittener Straße 87, 58456 Witten, am 17. Oktober

Wenzel, Brigitte, geb. **Sowitzki**, Kreis Neidenburg, jetzt Schillerstraße 12, 49401 Damme, am 12. Oktober

Wesser, Gerda, geb. **Unruh**, aus Schölen, Kreis Heiligenbeil, jetzt Schießgasse 6, 07580 Ronneburg, am 13. Oktober

Alle – auf den Seiten »Glückwünsche und Heimatarbeit« – abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Anzeigen



Waltraud und Alfred Köhn (Salzdahlum/Kingitten Ostpr.) 13.10.1945 – 13.10.2010

„Liebe war nicht nur ein Wort“ (W. H.)

Das Fest der „Eisernen Hochzeit“

feiern am 13. 10. 2010 meine lieben Eltern und Schwiegereltern

Waltraud und Alfred Köhn

Liebe Eltern,
in bewundernswerter Weise habt ihr „ 65 Jahre“ gemeinsam mit allen Höhen und Tiefen des Lebens durchlebt.

Es ist etwas ganz Besonderes diesen Tag mit Euch erleben zu dürfen.

Es gratulieren von ganzen Herzen
Rosemarie und Reinhard











***90 Jahre** sind es wert, dass man Dich besonders ehrt*

Horst Neumann

*15.10.1920 in Paplacken/Kr. Insterburg

Alles Liebe und Gute wünschen Dir vom ganzen Herzen

Renate, geb. Neumann und Heinz Ullrich
Anke, geb. Neumann und Jens Drückhammer
Marlena u. Julius Drückhammer

1920 **90 Jahre** 2010

Am 10. Oktober feiert mein geliebtes Mamachen, unsere Schwester, Tante und Großtante

Margarete Römer
geb. Schneider
aus Königsberg-Juditten
jetzt
Königsberger Straße 22
29345 Unterlüß

ihren großen Ehrentag.

Von Herzen alles Liebe und Gottes Segen
Dein Sohn Bernd

Ihren **87.** Geburtstag
begeht am 9. Oktober 2010

Christa Kühlmuss

aus Weinoten/Kr. Tilsit-Ragnit
jetzt Rosenstraße 19
24811 Owschlag

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 9, Oktober, 17 Uhr, 3sat: Was ist uns unser Brot noch wert?

SONNABEND, 9, Oktober, 21.05 Uhr, Arte: 1529 – Die Türken vor Wien.

SONNABEND, 9, Oktober, 21.05 Uhr, N24: Die Geschichte der Atombombe.

SONNABEND, 9, Oktober, 21.45 Uhr, Phoenix: ZDF-History – Der Fall Rohwedder.

SONNTAG, 10. Oktober, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

SONNTAG, 10. Oktober, 20.15 Uhr, MDR: Manfred von Ardenne – Der wendige Baron.

SONNTAG, 10. Oktober, 22.05 Uhr, N24: Pearl Harbor – Die Verschwörungstheorien.

MONTAG, 11. Oktober, 20.15 Uhr, Phoenix: Die Nervenprobe – Kuba-Krise 1962.

MONTAG, 11. Oktober, 23.15 Uhr, WDR: Der andere Blick – Kriegsfotografen und ihr schwieriger Job.

DIENSTAG, 12. Oktober, 20.15 Uhr, RBB: Geheimnisvolle Orte – Das Potsdamer Stadtschloss.

DIENSTAG, 12. Oktober, 22.05 Uhr, N24: Germania – Hitlers Größenwahn.

DIENSTAG, 12. Oktober, 23 Uhr, SWR: Mogadischu.

DIENSTAG, 12. Oktober, 23.05 Uhr, N24: Eva Braun – Verliebt in Adolf Hitler.

MITTWOCH, 13. Oktober, 20.15 Uhr, Arte: Im Auftrag des Terrors – Jacques Vergès, der „Anwalt des Terrors“.

MITTWOCH, 13. Oktober, 20.15 Uhr, Phoenix: Max von Oppenheim – Der Diplomat des Kaisers.

DONNERSTAG, 14. Oktober, 20.05 Uhr, N24: Die Brücke von Remagen.

Tagung

Schwäbisch Gmünd – Die Tagung „Versöhnen – Heilen – Loslassen: 65 Jahre Kriegsende“ findet vom 25. bis 29. Oktober im Christlichen Gästezentrum Württemberg, Willy-Schenk-Straße 9, 73527 Schwäbisch Gmünd, Telefon (07171) 97070, statt. Referenten sind die Autorin Bruni Adler, die Präsidentin des BdV-Frauenverbandes Sybille Dreher, der Pastor und Journalist Günther Klempnauer, der Theologe Kuno Kallnbach, der Gemeindepfarrer i.R. Hans-Georg Meinhof sowie der Direktor des Deutschen Diakonieverbandes Theo Wendel. *PAZ*

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2010

11.–17. Oktober: 56. Werkwoche in Bad Pyrmont

29.–31. Oktober: Seminar über Agnes Miegel in Bad Pyrmont

6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont

8.–12. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont

Jahr 2011

12./13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont

24. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine Allenstein

16. Juli: Sommerfest der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen

Auskünfte erteilt die Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080. Änderungen vorbehalten.

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Remscheider Straße 195, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 461613. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. 2. Stellvertreter: Michael Ochantel, Schulstraße 17, 84056 Rottenburg, Telefon (08781) 203164. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Herbstseminar der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil – „Von den Prußen bis in unsere Tage" – Unter diesem Motto wird die Kreisgemeinschaft ihre gute Tradition ihrer Herbstseminare fortsetzen. Es sollen Schlaglichter ostpreußischer Geschichte betrachtet werden. So wollen wir uns von der Prußenzeit bis in die Jetztzeit mit Ostpreußen und der Geschichte seiner Menschen beschäftigen. Das Seminar findet statt: vom 19. bis 21. November im Ostheim in Bad Pyrmont. Eine Seminargebühr wird nicht erhoben. Unterkunft und Verpflegung trägt die Kreiskasse. Die Reisekosten sind von den Teilnehmern selbst zu tragen. Anmeldung bitte bei der Kreisvertreterin.



INSTERBURG

Kreisvertreter Stadt: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Land: Ulrich Demke, Mittelstr. 9a, 49143 Bissendorf. Kreisgemeinschaften Insterburg Stadt & Land e.V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Dank an meine Mitfahrer nach Insterburg – von Alfred Warschat *(Fortsetzung aus Folge 39)* Touristischer Höhepunkt unserer Reise war der Ausflug zur Kurischen Nehrung mit Besichtigung der Vogelwarte, einer Wanderung durch die Epha-Dünen und dem anschließenden erfrischenden Bad in der Ostsee. In Cranz sind viele hübsche kleinere Hotels entstanden, die Promenade war allerdings wegen Renovierungsarbeiten gesperrt. In Königsberg konnten wir im Dom einem Orgelkonzert beiwohnen. Eugen, unser russ. Reiseleiter, zeigte uns Königsberg auch von seiner schönen Seite. Königsberg entwickelt sich rasant, zukunftsorientiert. Tilsit verharrt dagegen in seinem Dornröschenschlaf, während die frühere Regierungsstadt Gumbinnen versucht, in neuem Glanz zu erstrahlen. Hoffen wir, dass Insterburg auch diesen neuen Glanz erhält.

Die Rückfahrt von Insterburg führte uns um Königsberg herum direkt auf die neu gestaltete Autobahn zur polnischen Grenze. Ich traute diesem „Braten" aber nicht so ganz, so dass wir die Abfahrt nach Bladiau nahmen und bei Heiligenbeil die Grenze passierten. Dem Wunsch einiger Reiseteilnehmer entsprechend wagten wir in Braunsberg einen Abstecher zur Mündung der Passarge, dort, wo viele Flüchtlinge und auch meine Mutter im Februar 1945 mit ihrem Treckwagen das zugefrorene Eis des Frischen Haffs bei Neu-Passarge überquerten. Eine längere Pause machten wir in Frauenburg, wo einige den Dom besichtigten und andere den Aussichtsturm bestiegen. Frauenburg ist ein sehenswerter Touristenort geworden.

Über die alte Reichsautobahn fuhren wir an Elbing vorbei zur Marienburg, von wo aus wir vom östlichen Nogatufer bei strahlendem Sonnenschein einen herrlichen Blick auf die Marienburg werfen konnten. In Marienwerder machten wir einen Rundgang durch den Dom. In Thorn und auch in Posen hatte ich interessante Stadtrundgänge organisiert, die wir uns auf den Heimweg konzentrierten. Ich ließ unsere Reise noch einmal kurz Revue passieren, ehe ich mich bei allen Mitreisenden für ihr großes Interesse an dieser „Heimatfahrt" bedankte. Für mich war es wieder mal eine gelungene Reise mit vielen Höhepunkten. Ich war überrascht vonr so vielen zufriedenen Mitreisenden. Dieses gibt mir Ansporn, vielleicht doch noch mal eine Reise zu organisieren. Heute sage ich „Danke" und grüße alle meine Mitreisenden.

Alle – auf den Seiten »Glückwünsche und Heimatarbeit« – abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: avus.eichler@freenet.de

Tag der offenen Tür – Sonnabend, 16. Oktober, 10–16 Uhr, „Tag der offenen Tür" im Lötzener Heimatmuseum, Brachenfelder Straße 23, Neumünster, (unweit vom Rathaus). Neben der ständigen Ausstellung zur Geschichte von Stadt und Kreis Lötzen in vier Räumen ist letztmalig Gelegenheit, die Sonderausstellung „Die große Flucht 1944/45 in grafischen Bildzeugnissen ostpreußischer Künstler" zu sehen. Ebenfalls dort um 16.15 Uhr: „Sagenreiches Ostpreußen – eine sagenhafte Reise durch die Provinz". Dieter und Ute Eichler lesen und erzählen bekannte und fast vergessene Sagen zu ausgewählten Orten.



PREUSSISCH EYLAU

www.preussisch-eylau.de. Kreisvertreter: Rüdiger Herzberg, Brandenburger Straße 11 a, 37412 Herzberg, Tel. (05521) 998792, Fax (05521) 999615, E-Mail: r.b.herzberg@t-online.de; Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer Heimatmuseum im Kreishaus Verden (Aller): Manfred Klein, Breslauer Str. 101, 25421 Pinneberg, Tel. (04101) 200989, Fax (04101) 511938, E-Mail: manfred.klein.rositten@malle-tech.de.

Personelle Veränderungen in der Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau – Durch Wahlen in der Delegiertenversammlung der Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau am 18. September 2010 hat es Veränderungen innerhalb des Vorstandes, des Ältestenrates und der Bezirksvertrauensleute gegeben. Für den zurückgetretenen stellvertretenden Kreisvertreter Gerd Birth wurde Carola Schäfer, geb. Eichstaedt, Bezirksvertreterin des Amtsbezirks Arnsberg, kommissarisch zur stellvertretenden Vorsitzenden bis Ende September 2011 gewählt. In den Ältestenrat wurde nach dem Rücktritt von Werner Huhn Gisela Scholz, Bezirksvertrauensfrau des Amtsbezirks Abschwangen-Blankenau, gewählt. Zur Bezirksvertrauensfrau für den Amtsbezirks Wildenhoff wurde Evelyn von Borries, geb. Stein, gewählt. Die Schriftleitung für das Preußisch Eylauer Kreisblatt hat für den zurückgetretenen Gerd Birth ein Redaktionsbeirat mit Sitz in unserer Geschäftsstelle in 27283 Verden, Lindhooper Straße 67, Telefon (04231) 15589, übernommen. Rüdiger Herzberg, Kreisvertreter



SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Wer möchte helfen? In Kudirkos-Neumiestis (Litauen) gibt es eine „Schirwindter Heimatstube" – Die Familie Spranaitis hat diese oben genannte Stube eingerichtet, in welcher die Erinnerung an die verschwundene Stadt mit vielen Exponaten gepflegt wird. Schirwindt war einst die kleinste, östlichste Stadt des „Deutschen Reiches", und somit auch Grenzstadt zu Litauen. Wie einschlägig bekannt, wurde diese Stadt – auf Befehl Stalins – eingeebnet. Demnächst wird die oben genannte Heimatstube vergrößert. Der Bürgermeister stellte dafür 50 weitere Quadratmeter zur Verfügung. Um diesen zusätzlichen Raum zu renovieren und einzurichten, wird verständlicherweise sehr viel Geld benötigt. Bei dem Treffen der Schirwindter Landsleute in Meiningen, wurde spontan ein Betrag von 285 Euro dafür gespendet! Als Überraschung zur „Goldenen Hochzeit" des Ehepaares Brigitte und Gerhard Preikschat, haben wir uns – statt eines Geschenkes – noch einmal einen Hilfaufruf ausgedacht. Die gesamte weitere Hilfe soll dann für die „Schirwindter Heimatstube" verwendet werden. Wir sind davon überzeugt, dass wir Gerhard und Brigitte damit eine besondere Freude bereiten. Herr Preikschat ist seit 16 Jahren der Organisator dieser Einrichtung, die ihm und seiner Gattin ganz besonders am Herzen liegt. Die neuen Räume sollen bis April 2011 fertiggestellt sein und dann den ehemaligen Schirwindter Landsleuten übergeben werden. Sollte genügen Unterstützung und Hilfe zusammenkommen, ist geplant, eine kleine Kaffeestube zu errichten. Dort könnten die Gäste bewirtet werden und in diesem, wahrscheinlich recht gemütlichen Stübchen das eine oder andere Gespräch führen. Vielleicht wäre es dadurch sogar möglich, zwei oder drei Leuten (Litauern) zu einem Arbeitsplatz zu verhelfen – denn so ein Kaffeestübchen muss ja auch versorgt und unterhalten werden. Sonst könnte man ja auch einen unpersönlichen Automaten aufstellen. Das würde aber wahrscheinlich niemandem gefallen. – Für die notwendigen sanitären Anlagen wird Günter Töpfer sorgen. Zur Eröffnung, im April nächsten Jahres werden dann unser Landsmann Harry Geertschuis und auch Günter Töpfer vor Ort sein. Herr Geertschuis wird an diesem Tag über das bisher erreichte – in den neuen Räumlichkeiten – Bericht erstatten. Bei dem großen „Ostpreußen-Treffen" – das am 28./29. Mai 2011 in den Erfurter Stadthallen stattfinden wird – werden uns Herr Preikschat und Herr Geertschuis abschließend berichten, was durch die Unterstützung geleistet werden konnte. Harry Geertschuis wird uns einen Diavortrag präsentieren, in dem er den ganzen Werdegang dokumentiert hat. Im Namen aller Ostpreußen, insbesondere der Schirwindter Landsleute, möchten wir an dieser Stelle unseren Dank aussprechen! Dieser Dank gilt allen Helfern, durch deren Engagement dieses ganze Projekt möglich wurde. Es ist doch sicher ein gutes Gefühl für jeden Beteiligten, dazu beigetragen zu haben, dass ein kleines Stück Heimatgeschichte für die kommenden Generationen dadurch erhalten bleibt. Auch die nicht mehr bestehende Stadt Schirwindt wird dadurch die „Schirwindter Heimatstube" in Neustadt (Naumiestis) unvergessen bleiben. Ich denke, das sind wir dem Schicksal der Stadt Schirwindt schuldig. Wer mithelfen möchte, wende sich bitte an Herrn Harad Preikschat, Robert-Koch-Straße 11, 98615 Meiningen, Telefon (03693) 576781.

Günter Töpfer gilt noch ein besonderer Dank – Wir blicken noch einmal zurück! Seit Jahren betreut Herr Töpfer die so genannten Wolfskinder in Litauen. Auf bis zu 6000 wird die Zahl der deutschen Kinder geschätzt, welche nach dem Zweiten Weltkrieg nur deswegen überlebten, weil sie – aus Königsberg kommend – von litauischen Familien aufgenommen und versteckt worden sind. In blanker Not, durch Hunger und Kälte mussten selbst kleine Kinder aus dem Teil Ostpreußens, ins nördlich der Memel liegende Memelgebiet flüchten. Sie flehten die litauischen Bauern um Hilfe an. Diese gaben ihnen von den was sie an Lebensmitteln entbehren konnten. So sorgten diese Kinder dafür, dass ihre Familien das Allernötigste bekamen, um zu überleben.



SENSBURG

Erster stellv. Kreisvertreter: Rolf W. Krause, Geschäftsstelle: „Sensburger Zimmer", Stadtverwaltung Remscheid, Kreuzbergstraße 15, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de

48. Treffen der Kreisgemeinschaft Sensburg – Das 48. Treffen der Kreisgemeinschaft Sensburg fand am 4. und 5. September 2010 in der Patenstadt Remscheid statt. Den Auftakt bildete am Sonnabendvormittag die öffentliche Kreistagssitzung im Remscheider Rathaus, die mit der Begrüßung durch Kreisvertreter Siegbert Nadolny eröffnet wurde. Ein besonderer Gruß galt den Mitgliedern der Sensburger „Deutschen Gesellschaft Bärentatze", die die lange Fahrt auf sich genommen hatten, um die Grüße aus der Heimat unmittelbar zu überbringen und das große Wiedersehensfest mit zu feiern. Der stellvertretende Vorsitzende Heinz Czerwinski bedankte sich herzlich für die Einladung und die langjährige gute Zusammenarbeit mit der Kreisgemeinschaft. Die Vorsitzende Berta Cwiek hatte ihm noch vom Krankenbett aus viele Grüße und gute Wünsche für das große Treffen in Remscheid mit auf den Weg geben können. Sie ist am 10. September 2010 im Alter von 82 Jahren verstorben.

Bei den zu Beginn dieses Jahres durchgeführten Wahlen hatten neun Kirchspiel- beziehungsweise Stadtvertreter nicht wieder kandidiert. Der neu gewählte Kreistag trat nun zum ersten Mal zusammen, wobei sich die neuen Kandidaten einzeln vorstellten. Mit ehrenden Worten gedachte Adalbert Teuber der im vergangenen Jahr verstorbenen Mitglieder der Kreisgemeinschaft. Es folgte der Jahresbericht des Kreisvertreters. Schatzmeister Helmuth Tomscheit legte den Kassenbericht zum Geschäftsjahr 2009 vor. Die Kassenprüfer Nikolaus von Ketelhodt und Alfred Karpa berichteten über die vorgenommene Kassenprüfung und bescheinigten Helmuth Tomscheit eine einwandfreie und äußerst korrekte Arbeit, die keinerlei Anlass zu Beanstandungen bietet. Auf Antrag wurden Vorstand und Schatzmeister Entlastung erteilt. Gerhard Terner berichtete über die Zusammenarbeit mit der Sensburger „Deutschen Gesellschaft Bärentatze", für die er sich seit ihrem Bestehen in besonderer Weise eingesetzt hat. Da er aus Altersgründen diese Aufgabe nicht mehr wahrnehmen kann, wird in Zukunft Manfred Buchholz durch regelmäßige Besuche in Sensburg und viele Kontaktgespräche dafür sorgen, dass die enge Verbindung nicht abreißt. Der Kulturbeauftragte Rolf W. Krause stellte in Kürze den neuen Heimatbrief, der Anfang Dezember 2010 erscheint, vor. Ein voller Erfolg war auch in diesem Jahr die Ostpreußenfahrt der Kreisgemeinschaft, so Adalbert Teuber, der seit vielen Jahren gemeinsam mit seiner Frau Ursel diese Fahrten organisiert und durchführt. Für das Jahr 2011 ist keine Fahrt nach Sensburg geplant. Es folgte die Verabschiedung der aus dem Kreistag ausscheidenden Kirchspiel- bzw. Stadtvertreter, bei denen sich Siegbert Nadolny mit herzlichen Worten für ihre jahrelange Mitarbeit bedankte. - Satzungsgemäß musste nach Ablauf der vierjährigen Amtsperiode auch der Vorstand neu gewählt werden. Da der bisherige Kreisvertreter Siegbert Nadolny sich aus gesundheitlichen Gründen nicht wieder zur Wahl gestellt hatte, ein neuer Kandidat zur Zeit aber noch nicht gefunden ist, fasste der Kreistag nach eingehender Diskussion einstimmig folgenden Beschluss: Die Aufgaben des Kreisvertreters werden ab dem 4. September 2010 bis zu dessen Neuwahl kommissarisch von den übrigen drei Vorstandsmitgliedern Rolf W. Krause, Gudrun Frömer und Helmuth Tomscheit wahrgenommen. Neu gewählt wurden auch der Erste und Zweite Stellvertreter und der Schatzmeister – sie wurden in ihren Ämtern bestätigt – sowie die übrigen Mitglieder des Kreisausschusses, die Kassenprüfer und die Mitglieder des zukünftigen Wahlausschusses. Und noch eine Wahl wurde vorgeschlagen und durchgeführt. Gerhard Terner wurde nach der Beendigung seiner mehr als 30 Jahre währenden aktiven Mitarbeit zum Ehrenmitglied gewählt. Am Sonnabendnachmittag öffneten man um 15 Uhr die Türen der festlich geschmückten Räumlichkeiten im Berufskolleg Technik für die ersten Besucher – die sich rasch füllten. Als Kreisvertreter Siegbert Nadolny die Landsleute und Gäste mit herzlichen Worten willkommen hieß, herrschte bereits ein munteres Treiben. Lautes Stimmengewirr machte deutlich, wie groß die Wiedersehensfreude war und wie viel es

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 16

zu erzählen gab! Der bekannte Alleinunterhalter Reinhold Petrikat sorgte mit schwungvoller Musik dafür, dass noch bis in den späten Abend hinein getanzt wurde. Strahlender Sonnenschein, 1000 Besucher und eine würdige Feierstunde

Am Sonntagmorgen standen die ersten Gäste bereits um 8 Uhr vor der Tür der Tagungsräume, Und schon bald herrschte Hochbetrieb. Rund 1000 Besucher wurden gezählt. Man suchte und fand die Tische der einzelnen Kirchspiele. Oft kam man gar nicht so weit, man traf die ersten Bekannten aus der Heimat, freute sich über das Wiedersehen und das Erzählen begann. – Die Feierstunde in der voll besetzten Aula wurde eingeleitet mit dem gemeinsamen Gesang des Ostpreußenliedes. Als dann der Ostpreußenchor Remscheid unter Leitung seiner Chorleiterin Nelly Illinich, der auch diesmal die Festveranstaltung mit seinen Darbietungen umrahmte, das Lied „Kleine Stadt Sensburg" anstimmte, waren die Gedanken aller Teilnehmer in Sensburg. Kreisvertreter Siegbert Nadolny begrüßte die „Remscheider Paten", „die ostpreußischen Landsleute aus der alten und aus der neuen Heimat" und die Gäste, die durch ihre Anwesenheit ihr Interesse an Sensburg bekundeten. Sehr erfreut zeigte er sich über die Teilnahme der zahlreich erschienenen Ehrengäste, insbesondere der Vertreter der Patenstadt Remscheid. Noch einmal bedankte er sich bei den aus dem Kreis Sensburg angereisten Landsleuten für ihr Kommen. Bürgermeister Lothar Krebs überbrachte die Grüße der Oberbürgermeisterin und der Stadtverwaltung der Patenstadt Remscheid. Seit Bestehen der Patenschaft – so Lothar Krebs – sei es für die Remscheider nicht nur Verpflichtung, sondern auch Freude gewesen, den Menschen, die ihre Heimat in Ostpreußen verlassen mussten, es zu ermöglichen und sie darin zu unterstützen, hier eine neue Heimat zu finden. Die Integration sei gelungen dank des unermüdlichen Aufbauwillens der Flüchtlinge und Vertriebenen und ihrer Bereitschaft, hier Fuß zu fassen. Geblieben seien dabei erfreulicherweise die Kontakte zu den Menschen, die heute im Kreis Sensburg leben. Es sei zu hoffen, dass, nachdem Polen eine neue Regierung bekommen hat und dort einiges in Bewegung geraten ist, auch die Beziehungen zwischen Remscheid und der heute polnischen Stadt Sensburg (Mragowo) ausgebaut werden und es zu der seit langem gewünschten Partnerschaft kommt. Das geht allerdings nur, wenn die polnische Seite das will, „unser Ruf geht dorthin", betonte Lothar Krebs. Im Namen der „Bärentatze" bedankte sich Heinz Czerwinski für „alles, was die Kreisgemeinschaft bis jetzt für uns getan hat. Mit Eurer Hilfe haben wir vieles geschafft und bauen auch weiterhin auf diese gute Zusammenarbeit", erklärte er. Seine Generation hätte sich bemüht, die Kultur und die Traditionen der Vorfahren zu pflegen und zu erhalten. Nun komme es darauf an, die Kinder und Enkel, die in einer ganz anderen Zeit aufwachsen, dafür zu interessieren, ihnen von der Vergangenheit, von der Geschichte und der Kultur, von dem Leben „damals" zu erzählen. „Denn unsere Enkel und Urenkel können nur aus der Geschichte lernen, es liegt an uns, das an sie weiterzugeben." Hier müsse noch einiges geschehen.

Nach einer sehr eindrucksvollen Totenehrung durch Adalbert Teuber trat Horst Westkemper, der Beauftragte der CDU-Landtagsfraktion für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, ans Rednerpult. Bei seiner Tätigkeit im Landtag von Nordrhein-Westfalen sei es sein besonderes Anliegen gewesen, sich für die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge einzusetzen und den persönlichen Kontakt mit ihnen zu suchen, erklärte er einleitend. „Im Hinblick auf die Zukunft muss es gelingen, das Schicksal der Vertriebenen als Teil einer gesamtdeutschen Kultur zu bewahren und insbesondere jungen Menschen zu vermitteln." Er erinnerte daran, dass auch nach 60 Jahren die Leistung der Menschen, die ihre Heimat verlassen mussten, nicht vergessen werden darf. Nach all den schrecklichen Erlebnissen haben sie mit viel Fleiß, ihren Kenntnissen und Fähigkeiten einen wesentlichen Anteil dazu beigetragen, dass die Bundesrepublik Deutschland sich zu einem wirtschaftlich starken Land und einer im Inneren gefestigten Demokratie entwickelt hat. Bei aller Trauer um den Verlust der alten Heimat haben sie am Aufbau einer neuen Heimat kräftig mitgewirkt. Dabei haben sie begonnen, sich in der neuen Heimat zu integrieren und nach sich auch mit ihr zu identifizieren. An ihrem kulturellen Erbe aber haben sie weiter festgehalten. Das war wichtig, denn „ein Mensch ohne Wurzeln hat im Leben keinen Halt". Mit der Charta der deutschen Heimatvertriebenen hätten diese schon früh auf Rache und Vergeltung verzichtet, sich aber nie von ihrem Einsatz für die Heimat im Osten abbringen lassen. Sie wollten Grenzen und Mauern ab- und Brücken aufbauen. Damit leisteten sie einen wichtigen Beitrag zur Verständigung und zur Versöhnung mit den Völkern in einem heute vereinten Europa. Anhand von Beispielen ging der Redner weiter auf dieses Thema ein und stellte abschließend fest: Ein Dialog über Grenzen hinweg findet nicht nur auf der Ebene der Staatsmänner statt. Noch wichtiger sind die Verbindungen von Mensch zu Mensch. Viele Heimatvertriebene kümmern sich zum Teil seit Jahrzehnten darum, dass die Menschen, die aus einer bestimmten Region stammen, sich verbunden bleiben. Und seit es möglich ist, schlagen sie auch Brücken zu den neuen Bewohnern ihrer Heimatorte. Europa wächst nicht durch Verträge zusammen, sondern in den Herzen der Menschen – auch wenn das ein langwieriger Prozess ist. Das gilt auch für die Sensburger, sagte er anerkennend.



Verabschiedung des scheidenden Kreisvertreters – Mit großem Bedauern, wie er ausdrücklich betonte, verabschiedete der Erste stellvertretende Vorsitzende der Kreisgemeinschaft, Rolf W. Krause, Kreisvertreter Siegbert Nadolny, der sich nach zehnjähriger Amtsführung aus gesundheitlichen Gründen nicht wieder zur Wahl gestellt hatte. Er sprach ihm ein herzliches Dankeschön für 25 Jahre aktive Mitarbeit für die Kreisgemeinschaft aus, die für ihn 1985 begann. 1991 wurde Nadolny zum stellvertretenden und drei Jahre später zum Ersten Kirchspielvertreter von Aweyden gewählt. Als gewählter Zweiter Vertreter des Kreisvertreters wurde er Mitglied des Kreisausschusses. 2000 erfolgte die Wahl zum Kreisvertreter, die dann 2006 für weitere vier Jahre bestätigt wurde. Als Dank und Anerkennung für seinen Einsatz für die Kreisgemeinschaft Sensburg und in der Landsmannschaft Ostpreußen wurde ihm von dort 2007 das Silberne Ehrenzeichen verliehen Rolf W. Krause dankte dem scheidenden Kreisvertreter mit einem Abschiedsgeschenk herzlich für zehnjährige Kapitänsarbeit, mit der es das „Schiff" Kreisgemeinschaft immer auf klarem Kurs gehalten habe. Ein endgültiger Abschied aus der Kreisgemeinschaft ist es zum Glück noch nicht. Siegbert Nadolny wird auch weiter als Kirchspielvertreter von Aweyden Mitglied des Kreistages bleiben. Das trifft auch für Adalbert Teuber zu, der seine Mitarbeit im Kreisausschuss auf eigenen Wunsch niedergelegt hat, aber als Kirchspielvertreter von Peitschendorf, weiter dem Kreistag angehört. Siegbert Nadolny bedankte sich für die langjährige gute Zusammenarbeit und richtete an alle Anwesenden die Bitte: „Geben Sie die Erinnerungen an Ostpreußen weiter!" Und dann reichte die Zeit kaum aus, um alle alten Bekannten und Freunde zu begrüßen, um Erinnerungen an vergangene Zeiten auszutauschen und von neuen Erlebnissen zu erzählen. Bettina Moyzyczyk, Mitarbeiterin in der Remscheider Geschäftsstelle, sorgte an ihrem Computer dafür, dass Besucher Einblick in die Kartei nehmen konnten. Bei ihr herrschte immer wieder Hochbetrieb. Sie musste viele Fragen beantworten und Wünsche erfüllen. Ihr gilt herzlicher Dank für ihren unermüdlichen Einsatz für dieses Kreistreffen.

Hildegard Damerau †

München – Die Ost- und Westpreußenstiftung trauert um ihr Mitglied Frau Hildegard Damerau, die am 13. September, nur wenige Wochen nach ihrem 100. Geburtstag, verstorben ist. Ihr selbstloses Handeln galt ihren Angehörigen. Ihre Sehnsucht ihrer Heimat Ostpreußen. Die Ost- und Westpreußenstiftung wird ihr ein dankbares, ehrendes Andenken bewahren.

Alle – auf den Seiten »Glückwünsche und Heimatarbeit« – abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Landsmannschaftliche Arbeit
Landesgruppen



Baden-Württemberg

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Mittwoch 27. Oktober, 18 Uhr, großer Saal, Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart. Vortrag von der Historikerin Karin Feuerstein-Praßer: „Königin Luise von Preußen 1776–1810, Stationen eines allzu kurzen Lebens". Um 17 Uhr, Haus der Heimat, Bibliothek, 4. OG, besteht die Möglichkeit, die Ausstellung „Luise von Preußen – eine Königin auf der Flucht vor Napoleon" unter fachkundiger Führung zu besuchen. Keine der preußischen Königinnen war beim Volk so beliebt wie Luise von Mecklenburg-Strelitz, Gemahlin Friedrich Wilhelms III. Nach dem frühen Tod der Mutter wuchs sie bei der Darmstädter Großmutter in heiterer, fast bürgerlicher Atmosphäre auf, ganz ohne die Zwänge höfischer Etikette. Folglich brachte sie viel „frischen Wind" an den steifen Hohenzollernhof, ließ aber auch das eine oder andere „Fettnäpfchen" nicht aus. Zunächst widmete sich Luise ganz ihrer Aufgabe als Ehefrau und Mutter. Sie brachte zehn Kinder zur Welt, von denen sieben das Erwachsenenalter erreichten, darunter der spätere Kaiser Wilhelm I. Die weitgehend unbeschwerte Zeit endete jäh mit dem Krieg Preußens gegen Napoleon. Luise muss-te mit ihrer Familie aus Berlin fliehen und konnte – nach Stationen in Memel, Tilsit und Königsberg – erst drei Jahre später an die Spree zurückkehren. Die Kriegsjahre, die Strapazen der Flucht und die vielen Schwangerschaften hatten ihre ohnehin schon labile Gesundheit weiter untergraben. Auch ihre frühere Lebensfreude kehrte nicht wieder zurück. Mit nur 34 Jahren starb Königin Luise am 19. Juli 1810 an den Folgen einer Lungenentzündung, betrauert von ihrer Familie und ganz Preußen.

Buchen – Sonnabend, 16. Oktober, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zum Erntedankfest mit Grützwurstessen und Tombola in der Pfarrscheuer (neben der Kirche), Buchen-Hainstadt. Edda Werne trägt die wunderschöne Geschichte vom „träumenden Delph-in" mit Bilduntermalung vor.

Reutlingen – Sonnabend, 9. Oktober, 15 Uhr (Einlass 13.30 Uhr), Großveranstaltung: „60 Jahre der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen Reutlingen" in der Julius-Kemmler-Halle, Hoffmannstraße 8, 72770 Reutlingen-Betzingen. Mehrere Ehrengäste haben ihr Erscheinen zugesagt, so unter anderem die Oberbürgermeisterin von Reutlingen, Barbara Bosch. Die Landesvorsitzende, Uta Lüttich, wird die Festansprache halten. Weitere Persönlichkeiten aus Politik und den Landsmannschaften werden zugegen sein. Im Anschluss an den offiziellen Teil soll die Feier bei einem gemeinsamen Abendessen und Musik in fröhlicher Runde ausklingen. Anmeldungen bitte bei Ilse Hunger, Telefon (07121) 52541.

Stuttgart – Sonnabend, 9. Oktober, 15 Uhr, Herbst- und 62. Stiftungsfest mit unterhaltsamem ostpreußischen Programm im Ratskeller Stuttgart, Marktplatz 1, Stuttgart. – Dienstag, 19. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus der Heimat, kleiner Saal. Motto: „Bunt sind schon die Wälder – Herbst und Ernte zu Hause", dazu gibt es einen kleinen Erntetisch.

Schwäbisch Hall – Sonnabend, 20. November, 15 Uhr, Treffen zum traditionellen Grützwurstessen in der Seniorenwohnanlage „Im Lindach", Schwäbisch Hall. Elfi Dominik zeigt zu Beginn einen Videofilm der letzten Fahrt (2010) nach West- und Ostpreußen. Freunde und Gäste sind herzlich eingeladen. Das Grützwurstessen beginnt um 17.30 Uhr. Für die Disposition ist eine baldmöglichste Anmeldung bei Elfi Dominik, Telefon (0791) 72553, nötig.

Ulm/Neu-Ulm – Donnerstag, 14. Oktober, 14.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe in den „Ulmer Stuben".

Weinheim – Mittwoch, 13. Oktober, 14.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Café Wolf. Thema: „Der Elch – und die Elchschaufel. Symbole Ostpreußens".



Bayern

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 16. Oktober, 15 Uhr, Treffen in der „Orangerie". Thema: „Erntedank in der Heimat", anschließend gemütlicher Teil mit einem Tilsiter-Käse-Essen (geplant).

Bamberg – Mittwoch, 20. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte Tambosi, Promenade. Thema: „Deutsche Minderheiten in Osteuropa".

Erlangen – Sonntag, 10. Oktober, 11 Uhr, ökumenischer Gottesdienst in der Altstädter Kirche zum „Tag der Heimat". 15 Uhr (Einlass und Ausstellungseröffnung 14 Uhr), Festveranstaltung im Redoutensaal. Die Festansprache hält der bayerische Innenminister Dr. Joachim Herrmann. Umrahmt wird die Veranstaltung durch die „Speeldeel Ihna" aus Erlangen sowie die polnische „Speeldeel Ina" aus Kolberg. Die Veranstaltung ist mit Bewirtschaftung. – Dienstag, 12. Oktober, Treffen der Gruppe im Jugendzentrum Frankenhof, Raum 20. Kulturvortrag vom BJO.

Hof – Sonnabend, 9. Oktober, 15 Uhr, Erntedankfeier der Gruppe im Restaurant am Hofbogen, Hof. Gäste sind herzlich willkommen. – Dienstag, 19. Oktober, 17 Uhr, Vorstandssitzung in der „Altdeutschen Bierstube".

Ingolstadt – Sonntag, 17. Oktober, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Gasthaus Bonschab, Münchner Straße 8, Ingolstadt.

Kitzingen – Freitag, 22. Oktober, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur Erntedankfeier im „Deutschen Kaiser".

Landshut – Dienstag, 19. Oktober, 14 Uhr, Treffen der Gruppe in der „Insel".

München Nord/Süd – Freitag, 22. Oktober, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München.

Nürnberg – Freitag, 8. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum Erntedankfest im Tucherbräu am Opernhaus.

Rosenheim – Mittwoch, 13. Oktober, Diavortrag: „Bilder aus Nordostpreußen und Masuren" von Reinhard August.

Weißenburg-Gunzenhausen – Freitag, 22. Oktober, 19 Uhr, gemeinsames Abendessen: Schlesische Bratwürste im Gasthaus Engel-Stuben, Bahnhofstraße, Gunzenhausen. Dazu gibt es „Neue Bilder und Berichte aus der Heimat – Aktuelle Berichte des Ausfluges nach Danzig, Westpreußen und Pommern."

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Bartenstein – Sonnabend, 9. Oktober, 14.30 Uhr, Rathaus Zehlendorf, Kirchstraße1-3, 14153 Berlin, Erntedank mit Tombola. Anfragen: Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



Heilsberg – Sonnabend, 9. Oktober, 15 Uhr, „Gemütliches-Beisammensein“ im Restaurant Novi Sad, Schönefelder Straße 2, 12357 Berlin, U-Bahnstation Rudow. Anfragen: Benno Boese, Telefon (030) 7215570, oder Elisabeth Müller, Telefon (030) 6935721.



Rößel – Sonnabend, 9. Oktober, 15 Uhr, „Gemütliches-Beisammensein“ im Restaurant Novi Sad, Schönefelder Straße 2, 12357 Berlin, U-Bahnstation Rudow. Anfragen: Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600, oder über Berlin.



Rastenburg – Sonntag, 10. Oktober, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24b, 13629 Berlin, Erntedank. Anfragen: Martina Sontag, Telefon (033232) 2101.



Frauengruppe der LO – Mittwoch, 13. Oktober, 13.30 Uhr, „Die Wille“, Wilhelmstraße 115 10963 Berlin, „Erntedank mit Tombola“. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Gumbinnen – Sonnabend, 16. Oktober, 15 Uhr, Cafe Stresemann, Stresemannstraße 90, 10963 Berlin, Erntedankfest. Anfragen: Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681.



Lötzen – Sonnabend, 16. Oktober, 15 Uhr, Cafe Stresemann, Stresemannstr. 90, 10963 Berlin, Erntedankfest. Anfragen: Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.



Johannisburg – Sonnabend, 16. Oktober, 15 Uhr, Cafe Stresemann, Stresemannstr. 90, 10963 Berlin, Erntedankfest. Anfragen: Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917.



Sensburg – Sonnabend, 16. Oktober, 15 Uhr, Cafe Stresemann, Stresemannstr. 90, 10963 Berlin, Erntedankfest. Anfragen: Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917.



Pillkallen – Dienstag, 19. Oktober, 13 Uhr, „Haus des Älteren Bürgers“, Werbellinstraße 42, 12063 Berlin, „Erntedankfest“. Anfragen: Helga Rieck, Telefon (030) 6596822.



Stallupönen – Dienstag, 19. Oktober, 13 Uhr, „Haus des Älteren Bürgers“, Werbellinstraße 42, 12063 Berlin, „Erntedankfest“. Anfragen: Günter Kropp, Telefon (030) 3312590.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04398) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Bremen – Donnerstag, 21. Oktober, 15 Uhr, Buchvorstellung und Lesung des Buches „Mein Paradies lag in Masuren“ durch den Autoren Winfried Brandstäter im Hotel zur Post, Bahnhofsplatz. Diese Buchvorstellung ist zugleich auch die Folgeveranstaltung des „Gesprächskreises – Kinder in Flucht und Vertreibung“. Die Geschäftsstelle der Gruppe erreichen Sie in der Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Freitag, 27. bis 29. Mai 2011, **Busfahrt zum Deutschlandtreffen** der Ostpreußen in Erfurt. Die Abfahrt erfolgt am 27. Mai, 7.30 Uhr, Kirchenallee (gegenüber vom Hamburger Hauptbahnhof); Rückfahrt am Sonntag, 29. Mai; Ankunft in Hamburg gegen 21.30 Uhr. Preise: Pro Person im DZ 154 Euro, EZ 194 Euro. Im Preis enthalten: Fahrt in einem Drei-Sterne-Bus, zwei Übernachtungen einschließlich Frühstücksbuffet im Best Western Hotel Excelsior (Vier-Sterne-Hotel) im Stadtzentrum von Erfurt, Kaffee und Kuchen im Hotel am Anreisetag, Altstadtrundgang beziehungsweise Besichtigung des Mariendoms mit einem Stadtführer, Abendbuffet am Anreisetag, Reiserrücktrittskosten-Versicherung. Weitere Informationen und Anmeldungen bei Walter Bridszuhn, Telefon (040) 6933520.

HEIMATKREISGRUPPEN



Insterburg – Mittwoch, 3. November, 13 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel zum Zeppelin, Frohmestraße 123. Es gibt einen Dichter- und Videovortrag. Kontakt: Manfred Samel, Telefon/Fax (040) 587585.



Osterode – Sonnabend, 9. Oktober, 15 Uhr, Erntedankfest im Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562, unmittelbar am Bahnhof Ohlsdorf. Nach einer gemeinsamen Kaffeetafel will man unter der Erntekrone bei Gesang gemütlich beieinander sein. Spenden für den Erntetisch nimmt die Gruppe dankend entgegen. Gäste sind herzlich willkommen, der Eintritt ist frei.



Sensburg – Sonntag, 10. Oktober, 15 Uhr, das Erntedankfest im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg, fällt leider aus! Sonntag, 14. November, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. Es gibt einen Diavortrag: „Reise ins Frankenland“.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 2. November, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Café Winter, Möllner Landstraße 202, 22117 Hamburg. Nach dem Kaffeetrinken beginnt das kulturelle Programm. Gäste sind herzlich willkommen. Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017.

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 25. Oktober, 12 Uhr, Heimatnachmittag im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit dem Bus bis Waldquelle). Alte ostpreußische Tradition neu aufgelegt. Dazu „Schmand-Schinken-Essen“ mit Unterhaltungsprogramm. Anmeldungen sind unbedingt erforderlich, unter Telefon (040) 7545878.



HESSEN

Vorsitzender: Dietmar Strauß, Jahnstraße 19, 68623 Lampertheim, Tel. (06206) 4851.

Landesgruppe – Sonnabend, 16. bis Sonntag, 17. Oktober, jeweils ab 10 Uhr, findet die Landeskulturtagung in der Kongresshalle Gießen, Kerkrader Zimmer, statt. Untergebracht ist man im Hotel am Ludwigsplatz, Am Ludwigsplatz 8, 35390 Gießen/Lahn. Die Teilnehmerkosten betragen 100 Euro pro Person (inklusive Ü/VP), Tagesgäste 30 Euro pro Person (inklusive Mittag- und Abendessen). Information und Anmeldungen bis zum 31. August an Kuno Kutz, Heinzewies 6, 35625 Hüttenberg. Programm: Sonnabend: 11 Uhr, Manfred Baaske über „Eichenforst in Ost- und Westpreußen“; 12 Uhr, Mittagspause; 13.30 Uhr, Treffen der Leiterinnen der Frauengruppen unter der Leitung von Karla Weyland; 14.45 Uhr, Prof. Dr. Joachim Buhrow über „Friedrich-Wilhelm Bessel – Astronom und Mathematiker, Königsberg“; 16 Uhr, Kaffeepause; 17 Uhr, Renate Holznagel (Vize-Präsidentin des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern) über „20 Jahre Mauerfall aus östlicher Sicht“; 18 Uhr, Abendbrot; 19.30 Uhr, Waltraud von Schieden-Scheffler zeigt die Kurzfilme: „Marienburg zur Zeit des Deutschen Ordens“ und „Das alte Ostpreußen“. Sonntag: 9 Uhr, Karla Weyland über „Die ‚Schucke‘ – eine tolle Knolle“; 9.45 Uhr, Dieter Leitner über „Jugendjahre von Königin Luise“; 10.45 Uhr, Gerhard Schröder über die „Abstimmung in Ostpreußen“; 11.45 Uhr, „Zusammenfassung und Auswertung der Tagung“ durch den Landesvorsitzenden Dieter Strauß; 12.20 Uhr, Mittagessen und anschließend Abreise.

Frankfurt/Main – Die Gruppe kam wieder zu einem geselligen, informativen Nachmittag zusammen. Thema des Tages waren die klaren und deutlichen Worte der BdV-Präsidentin Erika Steinbach. Mit Anerkennung und Respekt quittierten die Teilnehmer, dass Steinbach mutig ihre Meinung, auch vor ihrer Partei und den Medien, vertreten hat. Sorge bereitete den Anwesenden allerding die teils erschreckende Auslegung ihrer Worte in den öffentlichen Debatten. Die Teilnehmer der Veranstaltung beklagten, dass offensichtlich immer öfter das Verständnis für Demokratie und Zusammenhalt in den verantwortlichen Positionen eher für rhetorische Übungen als für praktische Umsetzung benutzt wird. Die Anwesenden erkannten übereinstimmend, wie gefährlich diese Entwicklung ist. Denn gerade die Heimatvertriebenen wissen, welche Folgen es haben kann, wenn das nötige Demokratieverständnis für ein friedliches Zusammenleben aufgeweicht wird. Nach so viel Interessantem lockerte die Vorsitzende mit Erzählungen im ostpreußischen Dialekt die Landsleute auf, ehe man sich bis zum nächsten Mal trennte.

Gelnhausen – Sonntag, 10. Oktober, 10 Uhr, Heimatgottesdienst in der Martin-Luther-Kirche, Bad Orb. Unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit kommen Heimatvertriebene zu einem Heimatgottesdienst zusammen. Die Martin-Luther-Kirche ist für die Vertriebenen etwas Besonderes. Der Glockenturm der Kirche beherbergt zwei Glocken aus der ostdeutschen Heimat. Seit über 50 Jahren erfreut der Klang dieser Glocken gleichermaßen Bürger und Kurgäste Bad Orbs. Eine Glocke stammt aus Pillkallen / Schloßberg (Ostpreußen), gegossen 1706, und die andere aus Reichenstein (Schlesien), gegossen 1673. Sie „überlebten“ die beiden Weltkriege und entgingen damit dem Schicksal vieler anderer Glocken im Osten; dem Einschmelzen. Beide Glocken befanden sich schon auf dem Einschmelz-Sammelpunkt, dem Glockenfriedhof in Hamburg. Ein gütiges Schicksal bewahrte sie vor dem Hochofen.

Hanau – Mittwoch, 13. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Café Menges.

Wiesbaden – Dienstag, 12. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe zur Erntedankfest-Feier im Haus der Heimat, Friedrichstraße 35, Wiesbaden. – Donnerstag, 14. Oktober, 12 Uhr, Stammtisch in der Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach. Serviert wird Dämpferkarbonade. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Für die Platz- und Essensdisposition bitte unbedingt umgehend anmelden (bis 8. Oktober) bei Familie Schetat, Telefon (06122) 15358.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Güstrow – Die Mitglieder der Gruppe in Güstrow konnte das 100. Treffen ihrer Gruppe begehen. Ein willkommener Anlass sich bei den Landsleuten, Angehörigen und Freunden für die Treue in all den Jahren zu bedanken. Ein Dank gilt ebenfalls Frau Reichenbach und ihrer Mannschaft für die freundliche Bewirtung der Gruppe. Man verbrachte an diesem Tag wieder gemeinsam ein paar schöne Stunden in fröhlicher Runde. Das Güstrower Doppelquartett Harmonie sorgte mit seinem Chor für gute Stimmung und regte zum Mitsingen an. Auch Frau Dygatz und Herr Kopp gehörten zu den Unterhaltern. Mit einem „Bärenfang“ stieß man auf das Jubiläum an und äußerte die Hoffnung, dass noch viele weitere Treffen folgen werden.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Fachtagung



Hamburg – Sonnabend 9. Oktober, 13 Uhr, lädt der Salzburger Verein e.V. – Landesgruppe Hamburg / Schleswig-Holstein / Nordniedersachsen zu seinem Treffen in das Hotel St. Raphael, Adenauerallee 41, Hamburg, ein. Folgendes steht auf dem Programm: Diavortrag von Dr. Angelika Marsch, Hamburg: „Das Hirschberger Tal und die Sommerschlösser der Hohenzollern“, Diavortrag von Dr. Eckhard Schlemminger, Hamburg: „Rund um das Ordens-Schloss Lötzen/Masuren – Sommer 2010“. Mitglieder des Salzburger Vereins und Gäste sind herzlich willkommen.

Braunschweig – Horst Neumann wurde am 15. Oktober 1920 in dem kleinen ostpreußischen Dorf Paplacken, Kirchspiel Saalau, geboren. Im Zuge von Zusammenschlüssen von Landgemeinden wurde das Dorf mit Wirkung vom 30. September 1928 ein Ortsteil von Gnottau im Kreis Insterburg. Die Eltern des Jubilars, Franz und Emma Neumann, geb. Perlbach, besaßen in Paplacken einen Bauernhof von 36 Hektar. Zunächst schien alles seinen vorbestimmten Weg zu gehen. 1927 erfolgte die Einschulung in die Volksschule Paplacken bei Lehrer Fritz Paulat. Nach acht Jahren Volksschule war für 1939 der Besuch der Landwirtschaftsschule vorgesehen, nachdem der ältere Bruder Hans auf die Übernahme des Hofes verzichtet hatte. Durch den Kriegsbeginn am 1. September 1939 kam alles ganz anders. Dem Arbeitseinsatz 1940 folgten die Einberufung zum Militär April 1941 und der Kriegseinsatz. Kurz vor Kriegsende, am 20. April 1945 ereilten Fritz Neumann Verwundung und russische Kriegsgefangenschaft. Aufgrund der Verwundung war er für die Zwangsarbeit nicht tauglich und wurde im November 1945 entlassen. Wie bei fast allen Kriegsteilnehmern, die nicht zurück in ihre Heimat konnten, gab es auch für Horst Neumann eine Reihe von Zwischenstationen, bis Braunschweig zur dauerhaften Bleibe wurde. Im Oktober 1947 erste feste Arbeit bei der (noch) Deutschen Reichsbahn in Gleidingen und ab 1949 in Braunschweig. Der Besuch der Eisenbahnfachschule 1951 in Braunschweig war sowohl die Voraussetzung wie auch die Befähigung für den Einstieg in den mittleren Dienst einer Beamtenlaufbahn. Die durch die Verwundung verbliebenen körperlichen Beeinträchtigungen machten auf ärztliches Anraten eine vorzeitige Pensionierung 1979 mit erst 59 Jahren erforderlich. Die aktive Zeit in der Landsmannschaft Ostpreußen begann am 1. Mai 1985 mit dem Eintritt in die Gruppe Braunschweig. Schon bald wurde er in den Vorstand gewählt. Seit Ende 1988 ist er Kassenwart dieser Gruppe. Wenn man die Teilnehmerlisten auswerten würde, stände Horst Neumann an der Spitze mit den wenigsten Fehltagen. Seine Verbundenheit zu Ostpreußen hat er ferner durch zahlreiche Teilnahmen an Heimattreffen und den Besuch seines Heimatdorfes in den Jahren 1992, 1993, 2001 und 2004 bekundet. Trotz seiner nun 90 Jahre hat er den vollen Über- und Durchblick und die Vereinsfinanzen fest im Griff. Die Gruppe könnte sich keinen besseren Finanzverwalter vorstellen.

BERICHTE ZUM TAG DER HEIMAT

Überall in der Bundesrepublik Deutschland finden dieser Tage Veranstaltungen zum „Tag der Heimat“ statt. Aufgrund dieser Vielzahl können Berichte leider nicht berücksichtigt werden.

Buxtehude – Sonnabend, 16. Oktober, 14.30 Uhr, heimatlicher Kulturnachmittag im Inselrestaurant, Stade. Es werden unter anderem Küchenlieder aus Herrschaftszeiten von Gerda Heykena gesungen. Der Kostenbeitrag einschließlich Kaffeegedeck beträgt 10 Euro. Anmeldungen bis zum 10. Oktober.

Göttingen – Mittwoch, 13. Oktober, 15 Uhr, traditionelles Haxenessen bei „Eisenacher“, Robert-Bosch-Breite 5. Anmeldung bis zum 6. Oktober. – Dienstag, 12. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der „Junkernschänke“ Barfüßerstraße 5. – Sonntag, 28. November, 15 Uhr, Adventsfeier im „Maria Frieden“, Geismar. Anmeldung bis zum 22. November. – Alle Anmeldungen an Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 63675.

Hannover – Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, „Tag der Heimat“ in Burgdorf. – Sonnabend, 16. Oktober, 14.30 Uhr, Herbstfest zusammen mit der Pommerngruppe im „Ihmeblick“.

Helmstedt – Donnerstag, 14. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Begegnungsstätte, Schützenwall 4. Nähere Auskünfte erteil Helga Anders, Telefon (05351) 9111.

Hildesheim – Donnerstag, 14. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der „Bürgermeisterkapelle, Rathausstraße. Dr. Fred Martin hält ein Referat: Heilpflanzen der Umgebung“.

Oldenburg – Mittwoch, 13. Oktober, 15 Uhr, Erntedanknachmittag der Frauengruppe im Stadthotel Eversten, Oldenburg. Dieser soll selbst gestaltet werden mit Beiträgen rund um das Thema. Zu einem Basar mit Früchten und Produkten der diesjährigen Ernte aus Feld und Garten mögen alle Mitglieder, Freunde und Bekannte etwas mitbringen.

Osnabrück – Freitag, 15. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bürgerbräu“, Blumenhaller Weg 43.

Rinteln – Donnerstag, 14. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im großen Saal des Hotels Stadt Kassel, Klosterstraße 42, Rinteln. Dr. Hans-Walter Butschke, Lemgo, wird seine Ausführungen über die „Geschichte der Seeschifffahrt“ mit dem zweiten Teil fortsetzen. Neben den Mitgliedern sind auch Freunde und interessierte Gäste herzlich willkommen. – Statt der Septemberveranstaltung wurde ein Mitgliederausflug durchgeführt. Nach dem gemeinsamen Mittagessen bei der „Süßen Mutter“ wurde unter fachkundiger Leitung die Schaumburg besichtigt, und dann ging es auf die Paschenburg zum Kaffeetrinken. Den Abschluss bildete der Besuch der Kriegsgräbergedenkstätte unterhalb der Paschenburg für acht sehr junge deutsche Soldaten, die sich bereits ergeben hatten und dennoch von amerikanischen Soldaten erschossen worden sind. Dank sei dem Organisator des Ausflugs und allen ausgesprochen, die bei der erfolgreichen Ausrichtung mitgewirkt haben. – Informationen zu den regelmäßig stattfindenden Treffen und zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es bei Ralf-Peter Wunderlich, Telefon (05751) 3071, oder Joachim Rebuschat, Telefon (05751) 5386.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Sonnabend, 23. Oktober, 10 Uhr, diesjährige Herbsttagung der Landesgruppe im „Haus Union“, Schenkendorfstraße 13, Oberhausen. Der Vorstand der Landesgruppe lädt Landsleute, Jugend und Freunde Ostpreußens sehr herzlich ein und hofft auch bei dieser Tagung auf regen Besuch wie in den Jahren zuvor. Die Landesgruppe kann Ihnen auch zu dieser Tagung interessante Vorträge anbieten: Prof. Dr. Matthias Stickler vom Institut für Geschichte der Julius-Maximilians-Universität Würzburg spricht zum Thema „Die Eingliederung der Vertriebenen in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg und die Rolle des BdV“ und Frau Gossen-Giesbrecht wird die Geschichte der Deutschen aus Russland näherbringen. Aus erster Hand erfahren die Teilnehmer von Herrn Kreuer wichtiges über den Lastenausgleich. Nicht fehlen bei dieser Veranstaltung darf natürlich Elli Weber, die durch ihre Vorträge immer aufmuntert.

Bielefeld – Sonnabend, 9. Oktober, 15 Uhr, Erntedankfest in der Gaststätte Sprungmann, Osnabrücker Straße 65, 33649 Bielefeld. – Donnerstag, 14. Oktober, 15 Uhr, „ostpreußisch Platt“ in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Donnerstag, 21. Oktober, 15 Uhr, „Literaturkreis in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

Dortmund – Montag, 18. Oktober, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in den ostdeutschen Heimatstuben, Landgrafenschule Ecke Märkische Straße.

Ennepetal – Sonnabend, 9. Oktober, 16 Uhr, Erntedankfest in der „Rosine“. – Donnerstag, 21. Oktober, 18 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube. Es gibt einen kleinen Imbiss.

Gevelsberg – Freitag, 15. Oktober, 16.15 Uhr, Erntedankfeier mit gemütlichem Beisammensein und Musik im Vereinslokal Keglerheim, Hagener Straße 78, Gevelsberg.

Gütersloh – Montag, 11. Oktober, 15 Uhr, Treffen des Ostpreußischen Singkreises in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Mittwoch, 13. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Gütesloher Brauhaus, Unter den Ulmen 9. – Montag, 18. Oktober, 15 Uhr, Treffen des Ostpreußischen Singkreises in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Zum zweiten Mal wurde das Herbstfest im Spexarder Bauernhaus organisiert und das urige Ambiente bot den perfekten Rahmen für eine zünftige Feier. So waren diesmal besonders viele Damen im Dirndl und Herren in Lederhose gekommen. Ein Augenschmaus für so manchen der 140 Besucher. Die City-Band aus Bielefeld hatte wiedermal ein leichtes Spiel mit dem tanzfreudigem Publikum. Eine gelungene Veranstaltung, die für manche um 3 Uhr morgens noch viel zu früh zu Ende ging. Zum Abschluss wurde traditionell ein Kerzenkreis gemacht und gesungen.

Leverkusen – Sonnabend, 9. Oktober, 13 Uhr, findet das traditionelle, heimatbezogenes Erntefest im Bergischen Land statt. Unter dem Motto: „wie damals zu Hause“ gestaltet es die Kulturgruppe. Das Bauernpaar mit Gemeinde ist auch dabei, und es werden schöne Erntekörbe ausgelost. Abfahrt der Busse um 13 Uhr ab Ottostraße. Einzelne Haltestellen – wie im Hefteinen aufgeführt – werden angefahren. 14 Uhr erfolgt die Abfahrt vom Busbahnhof Wiesdorf. Anmeldung bei Pelka, Telefon (0214) 95763.

Mülheim an der Ruhr – Dienstag, 12. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Handelshof“. Thema des Referats wird „Königin Luise – 200. Todestag in diesem Jahr“ sein. Den Abschluss bildet das traditionelle Königsberger-Klopse-Essen.

Wuppertal – Sonntag, 17. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum Erntedankfest, Neumarkt 2. – Ziel der diesjährigen Tagesfahrt war die Landesgartenschau in Hemmer auf dem ehemaligen Bundeswehrgelände. Die Gruppe besichtigte das weiträumige, gut angelegte Gebiet, in dem nicht nur die vorhandenen Gebäude, sondern auch die besondere Gang- und Hügellage genutzt wird. Neugierig betraten die meisten die breite „Himmelstreppe“, man konnte aber auch ohne die Stufen zu benutzen über die leicht ansteigenden Wege, verschiedene Ebnen erreichen und schließlich den Aussichtsturm besteigen. Von oben sag der Besucher die verschiedenen Skulpturen und genoss den Blick ins Sauerland. Interessant war der Landjugendtand mit Informationen und Betätigungen, zum Beispiel melken (auf Zeit)an der Kuheuterattrappe. Vom park der Sinne leuchteten verschiedene Blumen, vor allem bestach die Dahlienpracht mit ihren vielen Farben und Formen. Das Felsenmeer, das vor Jahrhunderten durch Erzabbau entstand, konnte vom Felsenmeerbalkon oder Felsenmeersteg besichtigt werden. Es ist schon beeindruckend wie Bäume, Sträucher und andere Pflanzen sich ihren Raum in Spalten und Höhlen zurückholen. Für das leibliche Wohl ist man auf der Landesgartenschau auch bestens gerüstet. Voller Eindrücke und mancher auch mit Blumenknollen bepackt, kehrten alle wohlbehalten nach Wuppertal zurück.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Ludwigshafen – Freitag, 8. Oktober, 16 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus der Arbeiter-Wohlfahrt, Forsterstraße. Die Gruppe begrüßt den Oktober mit Neuem Wein und Zwiebelkuchen.

Mainz – Freitag, 15. Oktober, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Freitag, 22. Oktober, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Sonnabend, 23. Oktober, Treffen der Gruppe in der Begegnungsstätte in der Clausstraße. Thema: „Hildegard Rauschenbach“. Alle Mitglieder und Gäste sind herzlich willkommen. – Die letzte Zusammenkunft stand unter dem Motto: „Königin Luise – Mythos in Ostpreußen“. Die Gruppe gedachte anlässlich ihres 200. Todestages der Königin Luise von Preußen. Flucht und Vertreibung haben seit jeher tiefe Spuren im Leben vieler Menschen hinterlassen. Selbst das Leben der Königin von Preußen wurde durch Flucht und Vertreibung geprägt. Sie erlebte im Krieg gegen Napoleon viele schwere Stunden. Sie floh nach der Niederlage 1806 mit ihren Kindern nach Königsberg und Memel. Vergebens versuchte sie 1807 in Tilsit Napoleon bessere Friedensbedingungen für Preußen abzuringen. Trotzdem beeinflusste sie viele Entscheidungen dieser Zeit so, dass sie dem Wohl und der Wiedererstarkung Preußens diente. Der Kulturkreis „Simon Dach“ unter der Leitung von Ingrid Labuhn gestaltete ein sehr schönes Kulturprogramm zu diesem Thema. Die Frauengruppe unter der Leitung von Lisbeth Krüßel gab dem Programm einen festlichen Rahmen. Karin Janella hat mit vielen Helfern der Gruppe „Königsberger Marzipan“ gebacken. Ihr Sohn Holger hat mit viel Mühe die Metallform einer Elchschaufel hergestellt, damit das Marzipan in dieser Form ausgestochen werden konnte. Am Einlass verteilte Frau Grille das Marzipan an die Besucher, und auch an die Birne „Gute Luise“ wurde gedacht. Jeder erhielt eine kleine Kostprobe. Die langjährigen Mitarbeiter Barbara Ruppert und Isolde Franken wurden mit dem Silbernen Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen ausgezeichnet. Zum Schluss führte Herr Sylla noch einen Film aus dem Leben von Königin Luise vor.

Dresden – Mittwoch, 13. Oktober, 14 Uhr, Festveranstaltung zum „Tag der Heimat“ in Dresden.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Aschersleben – Donnerstag, 14. Oktober, 14 Uhr, Erntedankfest der Gruppe im „Bestehornhaus“, Aschersleben. – Mittwoch, 20. Oktober, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus“.

Dessau – Montag, 11. Oktober, 14 Uhr, Erntedank der Gruppe im „Krötenhof“.

Gardelegen – Freitag, 22. Oktober, 12 Uhr, Herbstfest mit Schlachtfest in der Gaststätte Zum Krug, Weteritz.

Giersleben – Donnerstag, 21. Oktober, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der „Alten Schule“.

Halle – Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zur Erntedankfeier in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Reilstraße 54. Alle Besucher sind herzlich gebeten zur Ausgestaltung der Erntedanktafel beizutragen.

Magdeburg – Freitag, 8. Oktober, 15 Uhr, Singproben im TuS Neustadt. – Sonntag, 10. Oktober, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zum Erntedank in der Sportgaststätte Spielhagenstraße. – Dienstag, 19. Oktober, 15 Uhr, Bowling im Bowlingcenter, Lemsdorferweg.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Flensburg – Freitag, 22. Oktober, 14.30 Uhr, Treffen im Torhaus zu Schloss Glücksburg, anlässlich des Geburtstages – 22. Oktober 1858 – von Kaiserin Auguste Viktoria. Nach einem Spaziergang durch den Schlosspark trifft sich die Gruppe bei Kaffee und Kuchen im Rosencafe in Glücksburg. Das Gesprächsthema ist natürlich die letzte deutsche Kaiserin aus dem Herzoglichen Hause Schloss Glücksburg. Nähere Informationen und Anmeldungen bei Winfried Brandes, Telefon (0461) 74816. – Beide Landsmannschaftlichen Gruppen – die Pommern und die Ostpreußen – besuchten den Schlosspark und die Schlosskirche zu Grafenstein in Nordschleswig, Dänemark. Die reich ausgeschmückte Schlosskirche „überlebte den großen Brand von 1757 und ist als einziger Teil des Schlosses – 1700 errichtet – für Besucher offen. Sie dient als Pfarrkirche. Hier fand ein extra angesetzter Gottesdienst für die Besucher statt. In der Epoche von 1867 bis etwa 1914 verlebte auch hier die letzte deutsche Kaiserin Auguste Viktoria ihre Sommerferien. Der dänische König Frederik IX., Königin Ingrid, die heutige dänische Königin Margarethe II. verlebten, verleben hier auch mit ihren Kindern die Sommerferien. Die Kaffeerunde ließ an der Flensburger Förde den schönen Tag ausklingen

Mölln – Die Gruppe traf sich im „Quellenhof“, um dort das gemeinsame Erntedankfest zu feiern. Die musikalische Gestaltung der Feier hatte Günter Marschke übernommen, der mit seiner Gesangsstimme und seinem Klavierspiel die anwesenden Gäste begeisterte. Er begleitete außerdem das gemeinsame Singen und erfüllte auch besondere Liedwünsche der Landsleute. Irmingard Alex, die Erste Vorsitzende, las unter anderem eine Geschichte von Arno Surminski vor, in der der Schuster Christian mit dem Erzengel Gabriel das Paradies sucht. Dieses Paradies findet er schließlich in seinem Heimatdorf Kalischken. Hier knüpft Irmingard Alex gedanklich an. Sie verwies darauf, dass die Heimat mit ihrer Landschaft ein Paradies gewesen sei – im Gegensatz zur heutigen Umwelt, die zu sehr von der Technik bestimmt wird. Monika Palis las anschließend die Geschichte „Die Pilze – die Katze“ vor, und Elsbeth Reinisch unterhielt die Gäste mit der Erzählung über das Erntedankfest eines ostpreußischen Bauern in der Kriegszeit. Nach diesen Darbietungen fand das Erntedankessen statt, bei dem Kassler mit Sauerkraut und Erbsenpüree serviert wurde.

Neumünster – Mittwoch, 13. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant am Kantplatz. Die Gruppe feiert Erntedank mit Beiträgen und herbstlichen Liedern an reich geschmückten Tischen mit Gaben zum Erntedank. Gäste sind herzlich willkommen.

Pinneberg – Sonnabend, 16. Oktober, 11 Uhr, Preußische Tafelrunde mit einem Diavortrag: „Bernstein – Schmuck oder Fenster in die Vorzeit“ von H.J. Kämpfert. Teilnehmer bringen bitte ihren Bernstein-Schmuck mit. Informationen und Anmeldungen bei R. Schmidt, Telefon (04101) 62667, oder B. Kieselbach, Telefon (04101) 73473.

Alle – auf den Seiten »Glückwünsche und Heimatarbeit« – abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Von Vergangenheit bis Gegenwart

Das Ausstellungsprojekt »Unsere Partner stellen sich vor« geht weiter

Das Oberschlesische Landesmuseum von Ratingen-Hösel setzt seine Ausstellungsreihe der grenzüberschreitenden Partnerpräsentationen mit Troppau (Opava) fort

Dass grenzüberschreitende Aktivitäten mit Institutionen in Polen und Tschechien ein wichtiger Bestandteil der Arbeit des Oberschlesischen Landesmuseums von Ratingen-Hösel sind, wurde im Laufe der Jahre durch gemeinsame Projekte schon mehrfach demonstriert. Um die gute Zusammenarbeit einmal mehr zu unterstreichen, wurde 2009 eine neue Ausstellungsreihe ins Leben gerufen, bei der sich die wichtigsten ausländischen Kooperationspartner dem nordrhein-westfälischen Publikum präsentieren können.

Ausstellung in Ratingen-Hösel läuft noch bis 31. Oktober

Nachdem im vergangenen Jahr die traditionelle gesamtschlesische Hauptstadt Breslau die Möglichkeit hatte, im Rahmen des Ausstellungsprojektes „Unsere Partner stellen sich vor" verschiedene Arbeits-, Forschungs- und Sammlungs-Schwerpunkte zu präsentieren, steht in diesem Herbst Troppau (Opava) im Mittelpunkt.

Das „Schlesische Landesmuseum Troppau" (Slezské zemské muzeum) hat die Dokumentation „Stadt Troppau – Kultur und Geschichte" gemeinsam mit dem Gastgeberhaus vorbereitet. Die langjährige Partnerinstitution des Oberschlesischen Landesmuseums ist übrigens das älteste und drittgrößte Museum Tschechiens. Die oberschlesische Stadt blickt auf eine facettenreiche Geschichte zurück, die in der Ausstellung anhand von Objekten, Skulpturen, Malereien, Dokumenten, Büchern und Fotografien thematisiert wird. Da Troppau auf dem 50. Breitengrad liegt, wurden für die Präsentation der Geschichte dieser Region 50 exemplarische Werke ausgesucht.

Ein Blick in die Chronik der Stadt besagt, dass das im Jahre 1318 entstandene Herzogtum Troppau ursprünglich an der mährisch-schlesischen Grenze lag, aber später ein Teil von Schlesien wurde. Die „kulturelle Hauptstadt" der mährisch-schlesischen Region war als „weiße Perle Schlesiens" bekannt. Nach den schlesischen Kriegen des 18. Jahrhunderts verblieb die Stadt Troppau in der Habsburgermonarchie, wo sie die Rolle des Verwaltungsmittelpunktes Österreichisch-Schlesiens übernahm. 1938 kam Troppau unter deutsche Verwaltung, wurde dann 1945 wieder in die Tschechoslowakei eingegliedert.

Bis 1989 wurde die schlesische Identität in der Tschechoslowakei bekämpft. Es wurde vor allem von „Nordmähren" gesprochen.

Die Ausstellung in Ratingen-Hösel soll auch dazu beitragen, das Schlesienbild zu erweitern. Schlesische Kultur und Tradition lassen sich nämlich nicht allein durch die ehemals preußischen Landesteile verstehen.

Zu den herausragenden Exponaten der Sammlung gehören unter anderem die gotische Skulptur „Heilige Helena" aus der Zeit um 1510, das „Gesangbuch der Troppauer Literatenbruderschaft um 1600" und die Geige des Troppauer Geigenbauers Josef Ruszicka. Die Goldschmiedekunst wiederum ist durch eine Kanne von Martin Rudolf aus dem 17. Jahrhundert vertreten. Zu den früheren Ausstellungsstücken zählt ein spätmittelalterlicher Krug aus Ahornholz, der bei den Ausgrabungen im historischen Zentrum von Troppau gefunden wurde. Interessant ist auch das Stadt-Wappen mit einem Sensemann. Diese Zeichnung stammt aus einer der ältesten erhaltenen Chroniken der Stadt von Anfang des 19. Jahrhunderts.



Eines der wichtigsten Exponate der Ausstellung: Die gotische Skulptur »Heilige Helena« Bild: DG

In der Schau werden auch wissenschaftliche und kulturelle Institutionen von überregionaler Bedeutung vorgestellt, darunter die Schlesische Universität, das Landesarchiv sowie das Schlesische Theater und die Schlesische Stiftung. Die historische Stadt wird aus insgesamt zehn Gesichtspunkten beleuchtet: Symbole, Archäologie, Wirtschaft, Kirche, Kunst, Museumswesen, Theater, Pressewesen, Sport und Alltag.

Auch der Bezug zur Gegenwart findet in der Ausstellung seinen Platz. Troppau – seit dem 14. Jahrhundert mit Oberschlesien verbunden – gilt heute als ein bedeutendes Geschäfts- und Kulturzentrum am Rande des Industrieballungsgebiets von Ostrau (Ostrava). Sehenswürdigkeiten wie die Probsteikirche Mariä Himmelfahrt, die spätgotische Heilig-Geist-Kirche, die St.-Adalbert-Kirche, die Kirche der Hl. Hedwig sowie mehrere Barockpalais und Schlösser locken zahlreiche Touristen aus dem In- und Ausland an.

Zu der Ausstellung, die in Ratingen-Hösel noch bis zum 31. Oktober 2010 zu besichtigen ist, gibt es einen reich illustrierten, zweisprachigen Katalog. *D. Göllner*

Heimat im Herzen

Gedenkschrift der Landesgruppe NRW

„Wer vieles bringt, wird jedem etwas bringen." Dieses Goethe-Wort könnte der Landesgruppe NRW der Landsmannschaft Ostpreußen als Motto gedient haben, als sie zu ihrem 60-jährigen Bestehen eine umfangreiche Broschüre erstellte. Was als „Gedenkschrift" geplant war, ist zu einem Nachschlagewerk und zu einer Informationsquelle nicht nur für die ostpreußischen Landsleute geworden.

Bereits die Grußworte geben einen Einblick in die Geschichte nicht nur der Landesgruppe, sondern aller Vertriebenen, und die Leistungen, für die immer wieder gedankt wird, umfassen den Einsatz beim Wiederaufbau, die Pflege der ostpreußischen Kultur und besonders das stete Bekenntnis zum Heimat- und Eigentumsrecht.

In diesem Sinne stellt die Landesgruppe NRW ihre Ziele und Aufgaben und ihre Organisation kurz vor, um dann eine umfangreiche „Rückschau auf 60 Jahre Landsmannschaft" zu bieten, die durch präzise Tabellen über die Vorstände ergänzt wird. Das ist ein hilfreiches Nachschlagewerk für die Mitarbeiter und die Gruppen. Diese stellen sich auch einzeln vor, schildern ihre Arbeit und besondere Ereignisse und können selbst auch auf ein 50- oder 60-jähriges Bestehen zurückblicken.

Unvergessen – die ostpreußische Tragödie

Doch auch für ostpreußische Landsleute, die nicht in NRW leben, und für Nicht-Ostpreußen ist die Broschüre eine Fundgrube. Die ausführliche Erarbeitung der historischen Beziehungen zwischen Ostpreußen und Westfalen interessiert jeden Geschichtsbewussten, die gründliche Darlegung des kulturellen Erbes Ostpreußens macht deutlich, dass hier ein gesamteuropäisches Erbe zu verantworten ist. In diesen Kontext gehören auch die ostpreußischen Museen, die vorgestellt werden.

Wer sich über die Elchschaufel, die Alberten oder das Ostpreußenlied informieren möchte, findet alles Wissenswerte, und der Humor kommt an einigen Stellen zum Zuge.

Einen gebührenden Raum nimmt die ostpreußische Tragödie ein. Die Fluchtwege der Trecks, der Kampf um Ostpreußen und die Eroberung durch die Rote Armee wie auch die Versenkung der Flüchtlingsschiffe werden mit präzisen Daten belegt, um dann durch persönliche Erlebnisberichte veranschaulicht zu werden. Karten, Zeitangaben und Zahlen können nicht das Elend der Flüchtlinge vermitteln. Die Erinnerungen eines Siebenjährigen jedoch, der mit der Mutter zu Fuß durch Eis und Schnee wandern und miterleben muss, wie der kleine Bruder im Kinderwagen stirbt, können es.

Daneben wird dann das friedliche ostpreußische Landleben, vor der Flucht, erlebt von einem Jungen aus dem Ruhrgebiet, der mit seiner Mutter nach Ostpreußen evakuiert wurde – eine Freude für die Leser.

„Man kann die Menschen aus der Heimat vertreiben, aber nicht die Heimat aus den Menschen", ein Wort von Erich Kästner, das dem Werk vorangestellt worden ist. Nach der Lektüre werden wohl alle Leser verstehen, warum die Ostpreußen an ihrer Heimat festhalten und festhalten werden. *Bärbel Beutner*

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

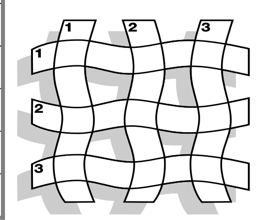
Fragefelder: AABDEHLMRT, AEHS, DEFLT, AHLM, AEHLR, ABIR, AGIO, ADNN, AAHLL, AAG, AELLMT, EHINRR, INO

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein anderes Wort für Wärmeanlage.

Nr.	links	rechts
1	MATERIAL	QUOTE
2	FUEHRER	HEILIG
3	FRAGE	BLOCK
4	PATENT	PFLICHT
5	REGEN	MAERCHEN
6	WILD	STALL
7	WAND	SCHRIFT

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 osteuropäische Landschaft
2 Stenozeichen
3 Vererbungslehre

So ist's richtig:

Schüttelrätsel: THERMALBAD, ALLAH, AGA, SF, HERRIN, METALL, ION

Mittelworträtsel: 1. Fehler, 2. Schein, 3. Zeichen, 4. Rezept, 5. Schauer, 6. Kaninchen, 7. Spiegel – Heizung

Magisch: 1. Masuren, 2. Kuerzel, 3. Genetik

PAZ10_40

Wer war die »Dunkelgräfin«?

Königstochter in dem Grab bei Hildburghausen vermutet – Einwohner verhindern DNA-Analyse

War Hildburghausen Zufluchtsort der Tochter des französischen Königs Ludwig XVI.? Wie ein absurd erscheinendes Gerücht bis heute seine Anhänger findet.

Nein, auf einen Fall wie den der falschen Zarentochter Anastasia kann man in Hildburghausen gut verzichten. Diese Figur der Geschichte verlor ihren Zauber, als herauskam, dass sie nicht von adligem Geblüt war. Das soll der „Dunkelgräfin“ von Hildburghausen nicht passieren. Jahr für Jahr pilgern Touristen an das Grab dieser am 28. November 1837 verstorbenen Unbekannten, die bis heute ein ungelöstes Geheimnis umgibt. Dieses Geheimnis hütet man in der 12 000-Einwohner-Gemeinde in Thüringen so, wie schon Charlotte von Mekklenburg-Strelitz, die Schwester von Königin Luise von Preußen und durch Heirat 1785 Herzogin von Sachsen-Hildburghausen, dieses Geheimnis zu bewahren vermochte. Doch während die Schwester der Königin möglicherweise um die wahre Identität der geheimnisvollen Frau, die 1807 nach Hildburghausen kam und ab 1810 bis zu ihrem Tod 1837 im nahegelegenen Schloss Eishausen lebte, wusste, wissen die heutigen Hildburghausener des Rätsels Lösung nicht. Allerdings gibt es dank aktuellem Forschungsstand die Möglichkeit, per DNA-Analyse herauszubekommen, wer die Tote war. Doch diese bereits Anfang des Jahrtausends angedachte wissenschaftliche Methode zur Lösung des Rätsels wurde von den Hildburghausenern bereits 2004 verhindert. Damals beschloss der Hauptausschuss des Stadtrates der von außen betriebenen Störung der Totenruhe der „Dunkelgräfin“ – die so genannt wurde, weil sie nur tiefverschleiert das Haus verließ – per Unterschriftenaktion entgegenzutreten. Die Einwohner schlossen sich sofort an. Doch es war gar nicht so sehr die Totenruhe, die den Stadtrat motivierte: „Das Mysterium an sich lässt sich für den Tourismus schon ganz gut verkaufen“, so Bürgermeister Steffen Harzer („Die Linke“) bereits 2002 gegenüber dem „Spiegel“. Und so pilgern weiter Besucher an das Grab der Unbekannten, über die seit 1852 das sich hartnäckig haltende Gerücht im Umlauf ist, dass sie die Tochter des im Zuge der Französischen Revolution geköpften französischen Königspaares Marie Antoinette und Ludwig XVI. gewesen sei.

Die Geschichte ist so herrlich mysteriös, dass sie bis heute immer wieder Menschen fasziniert. Im Internet gibt es zahlreiche Foren, die die verschiedensten Publikationen und sogar wissenschaftliche Forschungsarbeiten zu der Frage veröffentlichen, ob die geheimnisvolle Frau von Hildburghausen nun die Königstochter war.

Interessanterweise ist das Gerücht sogar erst 15 Jahre nach dem Tod der vornehmen Schlossbewohnerin aufgetaucht. Sie lebte dort zusammen mit dem holländischen Diplomaten Leonardus Cornelius van de Valck. Dieser gab bei ihrem Tode im Alter von 58 Jahren für das Kirchenbuch an, dass sie Sophia Botta aus Westfalen gewesen sei. Doch bisher hat man in keinem Archiv in Westfalen Nachweise dafür finden können, dass dort Ende des 18. Jahrhunderts eine Sophia Botta geboren worden ist.

1852 veröffentlichte Karl Kühner, der Sohn des örtlichen Pfarrers, erstmals die Theorie, dass die unbekannte Dame Marie Thérèse Charlotte de Bourbon, Madame Royale genannt, gewesen sei. Doch obwohl seine Behauptung äußerst bizarr anmutet – so gibt es viele Belege über das Leben der 1778 geborenen Madame Royale –, fand sie schnell Anhänger. Karl Kühner stellte die Theorie auf, dass die

> Die Schwester von Königin Luise kannte das Geheimnis

Königstochter, die auch nach der Hinrichtung ihrer Eltern 1793 weiter gefangengehalten wurde und erst 1795 bei einem Gefangenenaustausch der Verwandtschaft ihrer österreichischen Mutter Marie Antoinette übergeben wurde, von dieser vertauscht worden sei. Grund hierfür sei die Absicht der Habsburger gewesen, die 17-jährige Verwandte adligen Geblüts im Rahmen der monarchischen Heiratspolitik an ihren Cousin Louis-Antoine de Bourbon zu verheiraten. Dieser sollte aus Sicht der europäischen Monarchen bei der Wiedererrichtung der Bourbonenherrschaft in Frankreich nach dem Sieg über die Revolutionäre eine wichtige Rolle spielen. Doch die Königstochter soll nach den Jahren der Haft nicht nur traumatisiert, sondern nach einer Vergewaltigung während der Haft auch noch schwanger gewesen sein, so Kühner. Da sie so für die politischen Ziele nicht einzusetzen gewesen sei, habe man sie gegen ihre Halbschwester Ernestine Lambriquet ausgetauscht. Diese habe den französischen Hof gekannt und habe als uneheliche Tochter von Ludwig XVI. einigermaßen überzeugend die Königstochter spielen können. Und da die echte Marie Thérèse ihrer Mutter sehr ähnlich gesehen haben soll, musste man sie vor der Öffentlichkeit verstecken. Die sich absolut absurd anhörende Gesichte fand erstaunlicherweise auch Historiker, die sich ihrer annahmen und Beweise dafür suchten, dass die „Dunkelgräfin“ Madame Royale gewesen sei. So gibt es Zeitzeugenaussagen, denen zufolge die Königstochter während ihrer ersten Lebensjahre in Frankreich eine zurückhaltende, stille und freundliche Person gewesen sei, die mutmaßliche erwachsene Marie Thérèse (†1851) soll hingegen kalt und schroff gewesen sein. Zudem unterscheiden sich die Bildnisse, die vor und nach der Haft gemacht wurden, massiv. Allerdings sind Gemälde aus der Zeit nicht wirklich ein Beweis, und außerdem gibt es Anhaltspunkte dafür, dass Ernestine Lambriquet nicht die vermutete Ersatzperson gewesen sein kann, da sie laut Archiven 1810 heiratete und 1813 verstarb.

Ist alles also nur ein Hirngespinst eines phantasiebegabten Pfarrerssohns? Doch warum gab es dann diesen herzöglichen Schutzbrief? Dass die Schwester von Königin Luise, Charlotte von Sachsen-Hildburghausen, mit der später hingerichteten französischen Königin Marie Antoinette befreundet gewesen sein soll, wäre eine Erklärung dafür, dass die „Dunkelgräfin“ in Hildburghausen Aufnahme fand. Und auch für das Opalcollier mit Bourbonenlilien und das Zylinderschreibtischchen mit Wappen des Fürstenhauses aus dem Nachlass der „Dunkelgräfin“. Allerdings stellt sich die Frage, warum Leonardus Cornelius van de Valck eine Bourbonenprinzessin begleitet haben soll, wo er doch während der Französischen Revolution gegen die Bourbonen gekämpft hat? Und wieso lebte die „Dunkelgräfin“ in der Dunkelheit? Umgab sie vielleicht gar kein Geheimnis, sondern litt sie nur unter einer Lichtallergie. Fragen über Fragen, von denen Interessierte in Hildburghausen noch mehr zu hören bekommen können. Antworten könnte eine DNA-Analyse liefern, aber zumindest viele Hildburghausener haben an dieser gar kein Interesse.

Rebecca Bellano



Bilder (2): Hildburghausen, Archiv

Touristenattraktion: Liegt in dem Grab bei Hildburghausen die Tochter des französischen Königs Ludwig XVI. und seiner Frau Marie Antoniette, Marie Thérèse Charlotte de Bourbon (siehe kl. Foto mit ihrem Bruder)?

MELDUNGEN

Entglobalisierung der Kochkunst

Kopenhagen – Ein extrem naturnaher Kochstil löst für die internationalen Gourmets die sogenannte Experimental- und Molekularküche ab. Statt aus fernen Ländern Raffinessen zu importieren, strolchen die naturnahen Köche durch die heimischen Wiesen und Wälder und sammeln Kräuter und Früchte. Trumpf der Trendwende zur „Entglobalisierung“ der Kochkunst ist die fast ausschließliche Verwendung heimischer Produkte. Als Vorreiter des neuen Trends gilt das Kopenhagener Restaurant „Noma“, das jetzt von der Zeitschrift „Restaurant Magazine“ zum besten Lokal auf dem Globus gekürt wurde. Kopenhagen mit seinem „New Scandinavian Cooking“ wird mittlerweile als Mekka für verwöhnte Zungen hochgelobt. Auch in Deutschland setzt sich der Trend immer mehr durch. Ein Beispiel für die neue Richtung ist das Rezept „Radieschen in der Erde“, das aus geröstetem Schwarzbrot, Malzbier und gehackten Haselnüssen über einem Dipp aus Schafsjoghurt, Estragon und Rapsöl besteht. *J. F.*

Im Bann der Katastrophe

Tschernobyl – Das Grauen eines atomaren Gaus zu erleben, das vermittelt Besuchern aus aller Welt für 122 Euro pro Tag eine Reise nach Tschernobyl, wo 1986 der bisher größte Super-Gau eines Atommeilers war. Allein 2009 wurden 7500 Desaster-Touristen gezählt, die ihrem Führer in die gefährliche Meile um den zerstörten Reaktor folgten. Dieser hat einen Geigerzähler und verkündet, dass die radioaktive Belastung 35-mal höher als normal ist. In einem Bus werden die Neugierigen über das Gelände gekarrt und müssen unterschreiben, während der Fahrt nichts zu essen, nicht zu rauchen und keine Gegenstände abzulegen. Vom Reaktor geht es zur zerfallenden Stadt Pripyat. Wissenschaftliche Untersuchungen haben ergeben, dass die rund um Tschernobyl gedeihenden Pflanzen die Strahlenbelastung durch einen Anpassungsprozess abwehren. *J. F.*

Unser Dorf soll nicht sterben

Der Demographie zum Trotz: Es gibt Gemeinden, die erfolgreich gegen die Abwanderung junger Leute und die Stagnation angehen

Ob Bergdörfer in der Schweiz oder malerische portugiesische Küstenweiler – überall in Europa bedrohen abnehmende Geburtenraten und die Abwanderung junger Menschen in die Ballungsräume die Dörfer. Auch in Deutschland sind Ideen gefragt. Viele Gemeinden haben die Herausforderung nicht erkannt: Dörfer unter 1000 Einwohnern verzeichnen in den letzten Jahrzehnten einen Rückgang der 18- bis 40-Jährigen um bis zur Hälfte. Andere Gemeinden hingegen halten mit Kreativität dagegen.

Im südlichen Sachsen-Anhalt versüßen Gemeinden Neugeborenen mit 50 Euro das Dorfleben, doch das ist eine erfolglose, da kurzfristige Strategie. Der Wandel trifft kleine Orte und besonders deren Kerne. Höfe stehen leer, zugleich weisen viele Gemeinden stolz Neubaugebiete aus und so wächst mancher Ort trotz weniger Einwohner vornehm in die Breite. Doch mehr Fläche bringt oft unkalkulierte Kosten aus Erschließung und Instandhaltung. Baden-Württemberg ruft dem „Dorf Komm“ entgegen. Der Leitfaden wendet sich an alle Ortsvorsteher. Er beruht auf Erfahrungen in der Region Hohenlohe-Tauber, genauer im beschaulichen 7000-Einwohner-Ort Boxberg und seinen dörflichen Stadtteilen. Der umgebende Main-Tauber-Kreis hat die geringste Einwohnerdichte des Bundeslandes (103 pro Quadratkilometer). Zwar kennt auch dieses Konzept keine schnelle Lösung für den Mangel an ländlichen Arbeitsplätzen, doch die Idee, den Ortskern für junge Familien attraktiver zu gestalten, ist neu. Alte Bausubstanz wird familiengerecht saniert, und zwar im Idealfall schneller und unkomplizierter, als ein Neubau auf der grünen Wiese dauern würde. Einschränkungen durch Bebauungspläne entfallen, neue Bewohner können sich ihre Nachbarn aussuchen, und moderne Wohnformen wie Mehrgenerationenhäuser sind möglich. Zuerst sollen die Dörfer im „Psychotest“ feststellen, was sie allein leisten können. Ein Immobilienpool der Gemeinde bringt dann Verkaufswillige und Käufer rasch zusammen. In der Region legt man Wert auf „Nachhaltigkeit“, die Gemeinden sollen verstehen, was sie das Flächenwachstum kostet.

Eine ganz andere Strategie verfolgt Bürgermeister Heino Pauka für Dötlingen in Niedersachsen. Er wirbt ausgiebig damit, seit zehn Jahren die „erste schuldenfreie Gemeinde Niedersachsens“ zu leiten. Mitsprache für alle Bürger in Form gemeinsamer Entscheidungen und eine geschickte Marketingstrategie als feines, gepflegtes Künstlerdorf – „kein Museumsdorf“, so Pauka – sorgen für Bevölkerungswachstum. Hatte der Ort Anfang der 90er Jahre noch etwas über 4000 Bewohner, sind es jetzt gut 6000. Ein großer Teil des Erfolgsrezepts, das sogar Industrieansiedlungen mit sich brachte, geht allerdings aufs Konto der nahen Großstadt Bremen. Rund 1500 Pendler verlassen täglich Dötlingen, das selbst rund 1300 Jobs bietet. Nicht alle Gemeinden können dieses Potenzial landlustiger Städter abschöpfen, doch neue Ideen unter direkter Bürgerbeteiligung gehören fast immer zum Rezept erfolgreicher Dörfer. Wo sich lokale Politiker als Verwalter oder Beamte verstehen, sind die Aussichten dagegen schlecht – das zeigen Wettbewerbe wie „Unser Dorf hat Zukunft“. Bundesweit konkurrieren bei der einstigen Blumenschmuckschau inzwischen Orte um umfassende Dorferneuerung. Unter den neueren Siegern sind fast nur noch Dörfer, die sich von solidem Wirtschaften bis Zukunftsplanung umfassend mit ihrer Lage auseinandersetzen. Banzkow bei Schwerin, Wettbewerbssieger 2007, glänzte mit kontrolliertem Wohnungsbau, der gleich altersgerechte Wohnflächen mit umsetzte und außerdem an die Kinder und deren Betreuung dachte. Alte niederdeutsche Hallenhäuser wurden renoviert, locken Besucher mit einer gewissen Land-Idylle. Acht Vereine schweißen das Dorf zusammen. Dabei schien gerade der Anspruch der Bürger, das Dorf als Ganzes vorzustellen und nicht nur Teile zukunftsfit machen zu wollen, anfangs eher Hindernis für einen Preis zu sein. Die Wettbewerbszeit wurde knapp. Doch der Fall zeigt: Wer auf langfristige Planung setzt, gewinnt spät, aber deutlich. *Sverre Gutschmidt*



Niederhelden gewinnt: Im Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ hat das 320-Einwohner-Dorf bei Attendorn Bundesgold gewonnen, auch da viele Aktionen im Dorf von Alt- wie Neubürgern gemeinsam getragen werden. Bild: pa

Die fremde Großmutter

Enkelin enthüllt Rätsel

Vielleicht kennen Sie das Gefühl, welches einen überfällt, wenn man die alte bedruckte Blechdose der Groß- oder Urgroßmutter zur Hand nimmt, um in alten Fotos zu stöbern. Da sieht man die eigene Mutter als Säugling in der vom Opa selbstgebauten Babywiege liegen oder die Großmutter als junge Frau, wie sie verliebt mit dem Opa Händchen gehalten hat. Viele Dinge kann man auf diesen Schwarzweiß-Fotos mit den gezackten Rändern sehen und hineininterpretieren, ganze Schicksale einzelner Personen können einem da in die Hände fallen. Und ebenso ergeht es auch der jungen Emma, welche in Dorinde van Oorts Familiengeschichte „Frau im Schatten“ nach dem Tod ihrer Großmutter alte Fotos, Briefe und vergessen geglaubte Dokumente sichtet. Doch wird Emma dabei nicht nur vom Mantel der Nostalgie eingehüllt, sondern sie stößt dabei auch noch auf ein dunkles und bis dato wohlgehütetes Familiengeheimnis. Beim Durchsehen der Fotos und Briefe scheint ihre Großmutter Annetje plötzlich ein ganz anderer Mensch zu sein, als sie ihr Umfeld zu Lebzeiten hatte Glauben machen wollen.

Eine Affäre ist noch das Harmloseste

Eine Affäre mit einem verheirateten Mann entpuppt sich fast noch als das Harmloseste, auf das Emma bei ihren Nachforschungen über das Leben ihrer verstorbenen Großmutter Annetje Beets, der gutmütigen, sich treu um ihre Schützlinge kümmernden Krankenpflegerin und Hebamme, stoßen wird. Kurz entschlossen macht sich Emma auf den Weg zum Gemeindearchiv und siehe da, der freundliche alte Archivar nimmt sie direkt mit in die Keller des Archivs.

Dorinde van Oort berichtet in „Frau im Schatten“ nicht nur über ein wahres Familiendrama, sondern auch über eine Frau, welche die Geschichte der Familie quasi wie einen fertigen Strickpullover aufröppelt, die einzelnen Wollfäden entwirrt und ein Bild ihrer Großmutter enthüllt, wie es wohl kaum einer für möglich gehalten hätte.

Leider werden die einzelnen Charaktere nur relativ schwach umrissen, sie gewinnen nicht genug an Tiefgang, als dass die Familiengeschichte von „Frau im Schatten“ als wirklich mitreißend bezeichnet werden könnte. Doch spätestens beim Anblick der Schwarzweiß-Abbildungen von Annetje und ihren Verwandten am Ende des Buches wird der Leser daran erinnert, dass es sich hier nicht um einen Roman, sondern um eine wahre Familiengeschichte handelt. Bei diesen führen die Auswirkungen einzelner Taten zwar auch häufig zu einer Tragödie, aber in der Regel verfügen sie nicht, wie ein klassisches Drama, über einen Spannungsbogen, welcher den Leser durch die Handlung trägt. *Vanessa Ney*

***Dorinde van Oort: „Frau im Schatten – Eine Familiengeschichte“**, dtv, München 2010, broschiert, 337 Seiten, 14,90 Euro*



Kassandra von rechts

Thorsten Hinz sieht Deutschland am »Schuldkult« verenden

Thorsten Hinz ist eine der wichtigsten Stimmen der konservativen oder rechten Publizistik in Deutschland. Hinz war zwei Jahre als Kulturredakteur der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ tätig und arbeitet heute als freier Autor, auch unter dem (mittlerweile gelüfteten) Pseudonym Doris Neujahr. 2004 wurde er mit dem Gerhard-Löwenthal-Preis für Journalisten ausgezeichnet. In seinem neuen Buch „Die Psychologie der Niederlage“, das verschiedene Aufsätze enthält, führt er aus, dass er das „Niederlage-Denken“ beherrschend und für Gesellschaft, Staat und Nation konstituierend betrachtet.

In seinen Artikeln vergleicht Hinz die Bundesrepublik häufig mit der DDR im Endstadium. Züge der Dekadenz seien nicht von der Hand zu weisen: „Der Staat weicht auf Kosten seiner angestammten Bewohner zurück, deren staatsbürgerliche Privilegien sich in dem Maße verringern, wie ihre Steuer- und Abgabenbelastung steigt.“ Deutschland erscheint dem Autor weniger als Agens der Weltpolitik, sondern eher als deren Opfer.

Autor vergleicht die Bundesrepublik Deutschland mit der DDR im Endstadium

Der oft düstere Ton des Autors, der wenig Hoffnung auf Besserung unserer Lage verspricht, erschließt sich beispielsweise in folgendem Zitat: „Nun, da die Gewichte sich verschoben haben und die Selbstbehauptung der europäischen Staaten nur gemeinsam möglich ist, sollte ein seelisch krankes Herzland nicht länger im Interesse der Nachbarn liegen. Diese Einsicht könnte einen Mentalitätswechsel in Deutschland erleichtern. Erschwerend wirkt inzwischen aber, dass weitere europäische Länder angefangen haben, sich ihrer Selbstinteressen zu begeben, wenigstens im Verhältnis zu den außereuropäischen Kulturen und Religionen. Insofern steht das mentale Problem Deutschlands modellhaft für ein europäisches Problem.“

Ob es allerdings der seelischen Gesundung der Deutschen wirklich dient, wenn man gebetsmühlenartig von deren Opferrolle schreibt, mögen andere beurteilen. Der „Sound“ der Hinzschen Prosa trifft jedenfalls ein bestimmtes Publikum, das begierig zu seinen Büchern greift. Andere – nicht weniger konservative – Zeitgenossen werden hingegen nüchtern sagen, dass es in Deutschland durchaus auch Positives gibt, dass nicht nur dem „Schuldkult“ gefrönt wird, sehr wohl Unterschiede zwischen der DDR und dem jetzigen Deutschland bestehen und die Deutschen durchaus hin und wieder zur Wahrung ihrer Interessen in der Lage sind. Thorsten Hinz schreibt als eine Art Kassandra von rechts die Dinge manchmal schlimmer, als sie sind. *Ansgar Lange*

***Thorsten Hinz: „Die Psychologie der Niederlage – Über die deutsche Mentalität“**, Junge Freiheit Verlag, Berlin 2010, gebunden, 206 Seiten, 19,80 Euro*



Nur Spielball eines Diktators

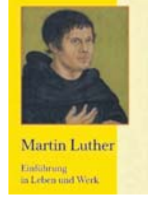
Zwei neue Bücher schildern eindrucksvoll das Schicksal von Nordkoreanern

„Im Dienst des Diktators“ schildert die Lebensgeschichte des Nordkoreaners Kim Jung Ryuls. Seine Ergebenheit zum System, gepaart mit Begabung und ausgeprägtem Lerneifer brachten den jungen Oberst in das streng geheime „Büro 39“: Unter verschiedenster Tarnung hatte er auftragsgemäß immer wieder nach Wien zu fliegen, um über korrupte westliche Zwischenhändler verbotene Embargowaren zu beschaffen; teils war es modernstes Militärgerät und Spezialwaffen, die zur Beseitigung von „Parteifeinden“ des Diktators Kim Jong-il dienten, teils waren es Luxusartikel, die für dessen ausschweifenden Lebensstil bestimmt waren. Geld spielte dabei keine Rolle. Doch bei all seiner „Linientreue“ entgingen Kim Jung Ryuls indes nicht der politische Terror und die übergroßen Leiden seines Volkes. Mehr und mehr kam er zur Überzeugung, dass seine Ideale vom Kommunismus im Sinne eines Arbeiterparadieses vom Regime verraten würden, dessen Politik das Land in den Untergang steuerte. Bei einer Wien-Reise gelang es ihm endlich, abzuspringen und vor seinen Begleitern seinen Tod vorzutäuschen. So blieben seine Angehörigen von der Sippenhaft verschont.

Ein zweites Buch zu Nordkorea, „Die Kinogänger von Chongqing“, basiert auf Interviews mit über 100 Nordkoreanern, denen die Flucht nach China glückte. Sie sind Überlebende des nordkoreanischen „Paradies“, wo allein bis 1998 rund zwei Millionen Menschen an Hunger gestorben sein sollen.

Der Leser erfährt aus den Interviews viel über die Indoktrination mit dem Götzenkult um den Diktator und die völlig gegensätzliche Realitäten in diesem hermetisch von aller Außenwelt abgeschlossenen Land. Flüchtlinge berichten von Briefen, die Postangestellte verbrannten – aus Mangel an anderem Heizmaterial. Eine geflohene Ärztin war völlig überrascht, als sie feststellte, dass eine Metallschale mit weißem Reis und Fleischbrocken auf dem Hof eines chinesischen Bauern, für dessen Hund bestimmt war. Immer hatte sie geglaubt, ihre Heimat sei das beste Land der Welt. „Doch jetzt konnte sie die Augen vor der sehr bitteren Wahrheit nicht verschließen: In China leben die Hunde besser als in Nordkorea die Ärzte!“ *F.-W. Schlomann*

***Ingrid Steiner-Gashi und Dardan Gashi: „Im Dienst des Diktators“**, Überreuter, Wien 2010, 207 Seiten, 19,95 Euro; **Barbara Damico: „Die Kinogänger von Chongqing“**, Roemer, München 2010, 423 Seiten, 19,95 Euro*



An Gott gebunden

Luther und seine spätere, falsche Vereinnahmung

Angesichts der bereits unüberschaubaren Literatur zu Martin Luther erscheint eine neue Einführung in Werk und Leben des Reformators zunächst einmal ein Wagnis zu sein: Was soll noch Neues gesagt werden? Der evangelische Theologe Hans Schwarz aus Regensburg wagt genau dieses Unterfangen. Das 1995 erstmals erschienene Werk liegt nun in einer überarbeiteten Neuauflage vor.

Der Zugang des Autors ist nicht primär kirchengeschichtlicher Natur, wie dies bei vielen Luther-Darstellungen der Fall ist. Und er bietet auch kein „Lutherbild“, das zur Begründung eigener Gedankengänge instrumentalisiert wird.

Das Buch ist bewusst als „Einführung“ konzipiert und verzichtet auf eine lange Methodendebatte zu Beginn. Nach einer Einleitung „Leben und Wirken“, die eine Biographie im strengeren Sinne bietet, folgen klug sortierte Kapitel zu den Themen Gotteserkenntnis, Vernunft und Glaube, Gottesverständnis, Mensch zwischen Gott und Satan, Zwei-Reiche-Lehre, Schriftverständnis, Gesetz und Evangelium, Kirche und Sakramente, Liebe, Ehe und Elternschaft, Beruf und Musik. Es entsteht für Laien eine probate Einführung, für Theologen eine gelungene Rekapitulation lutherischen Gedankenguts.

Es gelingt Schwarz sehr gut, der komplexen Persönlichkeit Luthers gerecht zu werden. In seinem Verständnis von Kirche, Amt und Sakramenten, Hermeneutik der Schrift und auch des Berufs lässt Luther die mittelalterliche Theologie weit hinter sich. In anderen Bereichen wie dem Verständnis und Gebrauch von Vernunft und Gewissen hingegen sperrt sich Luther gegen moderne Vorstellungen menschlicher Autonomie und Freiheit. Luther lässt sich eben nicht als frühaufklärerischer Vertreter eines von Gott gelösten Vernunft- und Gewissensgebrauchs vereinnahmen.

Kein Heil außerhalb der Kirche

Besonders deutlich wird dies beim Auftreten Luthers am Reichstag zu Worms 1521. Schwarz hält fest: „Damit hatte sich zum ersten Mal ein Mensch öffentlich vor der Welt und der Kirche zum Prinzip der Gewissensfreiheit bekannt ... Allerdings wurde bei der Berufung auf Luther später häufig vergessen, dass er betonte, sein Gewissen sei an Gottes Wort gebunden. Luther befürwortete keine Freiheit des Gewissens im Sinne des autonomen Menschen.“ Auch sein Verständnis von Teufel und Satan sperrt sich gegen moderne Psychologisierung, Entmythologisierung oder Totschweigen des Problems.

Deutlich wird, dass Luther zwar konkrete Fehlentwicklungen der Papstkirche des späten Mittelalters wie den Ablasshandel massiv verwarf, dass er aber an grundlegenden Dogmen nicht rüttelte, sondern sie dezidiert bekräftigte – bis hin zur Realpräsenz Christi im Heiligen Abendmahl, die er gegen den reformierten Flügel der Reformation vehement verteidigte. Auch Luthers Überzeugung, dass es außerhalb der Kirche kein Heil geben kann, und seine äußerst bedenkenswerten Thesen zu Ehe und Sexualität sperren sich gegen integrative wie permissive Ansätze der modernen Theologien des religiösen Pluralismus und Liberalismus. Es würde manchen evangelischen Theologen und Kirchenoberen nicht schaden, sich wieder stärker daran zu orientieren.

Hans Schwarz gelingt eine überzeugende und sehr lesenswerte Darstellung, die dem großen Reformator in höchstem Maße gerecht wird und ihn vor allem vor modernen Vereinnahmungen in Schutz nimmt. *Jürgen Henkel*

***Hans Schwarz: „Martin Luther – Einführung in sein Leben und Werk“**, Freimund Verlag, Neuendettelsau 2010 (3. überarbeitete und ergänzte Auflage), 250 Seiten, 12 Abbildungen, 17,80 Euro*



Fliegende Lehrerin

Biographie über eine ungewöhnliche Rancherin

Nach ihrem Bestseller „Schloss aus Glas“ stand die US-Autorin Jeannette Walls vor der Frage, wie sie sich noch steigern könnte. Sie überlegte, einen Roman über das Leben ihrer Mutter zu schreiben, doch diese verwies ihre Tochter stattdessen auf das bewegte Leben ihrer eigenen Mutter Lily Casey. Zwar kannte Jeannette Walls viele Geschichten über ihre Großmutter, doch da diese gestorben war, als sie selbst acht Jahre alt war, hatte sie keinen rechten Bezug zu dem Thema. Doch je mehr ihre Mutter erzählte, desto mehr begeisterte sich auch die Enkelin für das Leben Lilys, das anhand zahlreicher Dokumente, Zeitungsartikel und Zeitzeugenberichte relativ leicht zu rekonstruieren war. Und so erzählt Jeannette Walls in „Ein ungezähmtes Leben“ aus der Ich-Perspektive das bewegte Leben von Lily Casey, die die ersten Lebensjahre auf einer Farm in New Mexiko verbrachte und in Arizona aufwuchs.

1901 als erstes von drei Kindern geboren, prägte das harte Leben in diesen trocken-herben Regionen der USA das Leben der Familie. Da der Vater, der Kutschpferde ausbildete, nach einem Tritt eines Pferdes linksseitig behindert war, humpelte und nicht mehr deutlich sprechen konnte und die aus einer feinen Familie stammende Mutter sich mitten im Wilden Westen die Finger nicht schmutzig machen wollte und äußerst katholisch war, galten die Eltern überall als Sonderlinge. Da die Erwachsenen sich in ihren kreativen, aber utopischen Geschäftsideen beziehungsweise in ihrer Religion verstiegen, war Lily früh genötigt, für die Familie zu denken. Erst mit 13 Jahren durfte sie eine katholische Mädchenschule besuchen, doch schon nach einem halben Jahr musste sie

Mit 13 Jahren durch den Wilden Westen

die geliebte Schule verlassen, da ihr Vater die Gebühren nicht bezahlt hatte. Grund hierfür war, dass er ohne seine Älteste nicht zurecht kam. Doch Lily wollte ihr Leben selbst in die Hand nehmen. Da in Zeiten des Ersten Weltkrieges fast alle Dorfschullehrer im Krieg waren, bestand Personalmangel und die Schulleiterin der katholischen Mädchenschule, die Lily besucht hatte, verschaffte ihrer Musterschülerin einen Job als Lehrerin in einem winzigen Dorf. In 24 Tagen ritt die 15-Jährige quer durch Arizona, um dort ihre erste Stelle als Lehrerin anzutreten.

Doch die Großmutter von Jeannette Walls sollte schon nach dem Krieg und der Rückkehr der Soldaten mangels Schulabschluss entlassen werden und es begann eine Zeit der ungewöhnlichsten Anstellungen, Ausbildungszeiten und zu meisternden Krisen. Spannend hierbei ist, dass die Ich-Erzählerin merklich an ihren Erfahrungen reift. Und auch wenn die junge Lily schon nicht zart besaitet war, so ist die erwachsene Lily knallhart, worunter auch ihre Kinder später leiden. Doch ein Heiratsschwindler, der Selbstmord ihrer Schwester und eine von Männern dominierte Welt lassen Lily zu einem „harten Hund“ werden. Als Lehrerin, Dienstmädchen, Rennreiterin, Rancherfrau, illegale Schnapshändlerin, Pokerspielerin, Flugzeugpilotin und Werkstattmitarbeiterin muss sie sich mit wütenden Mormonen, steifen Schulräten, egozentrische Investoren und finanzielle Rückschlägen sowie Dürren rumschlagen.

„Hoffe das Beste und rechne mit dem Schlimmsten“, soll Lily schon von ihrem Vater gelernt haben, diese Devise soll sie laut ihrer Enkelin beherzigt haben. Als Folge wächst dem Leser diese knallharte Frau zwar nichts ans Herz, aber sie nötigt ihm Respekt ab und verdeutlicht auch, dass der Wilde Westen nicht romantisch war, sondern vor allem rau und unkonventionell. *Rebecca Bellano*

***Jeannette Walls: „Ein ungezähmtes Leben“**, Hoffmann und Campe, Hamburg 2010, gebunden, 365 Seiten, 20 Euro*

THILO SARRAZIN
DEUTSCHLAND SCHAFFT SICH AB
Wie wir unser Land aufs Spiel setzen



Mit seiner profunden Erfahrung aus Politik und Verwaltung beschreibt Thilo Sarrazin die Folgen, die sich für Deutschlands Zukunft aus der Kombination von Geburtenrückgang, problematischer Zuwanderung und wachsender Unterschicht ergeben. Er will sich nicht damit abfinden, dass Deutschland nicht nur älter und kleiner, sondern auch dümmer und abhängiger von staatlichen Zahlungen wird. Sarrazin sieht genau hin, seine Analyse schont niemanden. Er zeigt ganz konkret, wie wir die Grundlagen unseres Wohlstands untergraben und so den sozialen Frieden und eine stabile Gesellschaft aufs Spiel setzen. Deutschland läuft Gefahr, in einen Alptraum zu schlittern. Dass das so ist, weshalb das so ist und was man dagegen tun kann, davon handelt sein Buch.
Gebundenes Buch mit Schutzumschlag, 464 Seiten
Best.-Nr.: 6999 € 22,99

„Gerade die Flüchtlinge und Vertriebenen taten sich hier hervor. Sie waren in derselben Situation wie die Auswanderer des 19. Jahrhunderts in den Vereinigten Staaten, nämlich fremd und mittellos und sie konnten nur mit besonderem Fleiß vorankommen. Und sie waren fleißig, so fleißig, dass sie den Alteingesessenen in der jungen Bundesrepublik bald kräftig Beine machten.“



Die Todesfahrt der Goya
Extras: Programmhinweise
Laufzeit 45 Minuten,
FSK ab 12 Jahren
Best.-Nr.: 7014, € 9,95



Der Untergang der Steuben
Laufzeit: 45 Minuten,
FSK ab 12 Jahren
Best.-Nr.: 7013, € 9,95

BernStein
450 Jahre Treuburg
1 Heimat Deine Sterne
2 Fahr einmal nach Masuren
3 Mein schönes altes Insterburg
4 Es bleibt Deine Heimat
5 Ostpreußisches Reiterlied
6 Im schönsten Wiesengrunde
7 Heimwärts
8 Nach meiner Heimat
9 Erika
10 Allenstein-Lied
11 Es geht alles vorüber
12 Schön ist die Jugend
13 Sensburg-Lied
14 Hafflied
15 Der Mond von Rauschen
16 Ostpreußenmarsch
17 Treuburg-Oletzko
18 Ostpreußenwind
19 Lore
20 Auf Wiedersehen



Best.-Nr.: 7035



Kirsten Heisig
Das Ende der Geduld
Konsequent gegen jugendliche Gewalttäter
Kart., 208 Seiten
Best.-Nr.: 6986, € 14,95



Udo Ulfkotte
Kein Schwarz. Kein Rot. Kein Gold.
Armut ist für alle da - die verschwiegenen Kosten der Zuwanderung
Gebunden, 372 Seiten
Best.-Nr.: 7003, € 19,95



Wolfgang Clement/Friedrich Merz
Was jetzt zu tun ist – Deutschland 2.0
Geb., 199 Seiten
Best.-Nr.: 6978, € 18,95

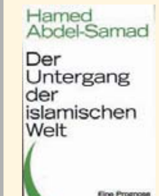
Ostpreußen- Fleecejacke
Warme Fleecejacke mit gestickter Elchschaufel auf der linken Brust. Die Elchschaufel ist in Wappenform gestickt und hat die Maße:
Breite 4,5 cm
Höhe: 5 cm
Die Jacke ist wind- und wasserdicht und mit einer atmungsaktiven Membran versehen, modisch geschnitten und läßt sehr angenehm tragen. Sie für Damen und Herren gleichermaßen geeignet und verfügt über zwei Außen- und zwei Innentaschen.

Größe XL, Best.-Nr.: 7007
Größe L, Best.-Nr.: 7008
Größe M, Best.-Nr.: 7009





Jan Fleischhauer
Unter Linken
Kart., 350 Seiten
Best.-Nr.: 6824, € 16,90



Hamed Abdel Samad
Der Untergang der islamischen Welt – Eine Prognose
Kart., 240 Seiten
Best.-Nr.: 7038, € 18,00





Best.-Nr.: 6638, € 4,95

lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

300 Artikel von über 100 Experten aus verschiedenen Ländern Europas. Die betroffenen ethnischen Gruppen und Akteure, die wichtigsten Vertreibungs- und Aufnahmegebiete werden im Lexikon ebenso systematisch erschlossen wie zentrale Begriffe aus Wissenschaft und Recht sowie historische Ereignisse, Erinnerungskulturen und Geschichtspolitiken. Zur Erleichterung weiterer Recherchen sind jedem Lexikontext Literaturhinweise beigegeben. Das Werk ist zudem mit einem Personen-, Orts- und Sachregister ausgestattet.



Hrsg. v. Detlef Brandes, Holm Sundhaussen, Stefan Troebst u. a.
Lexikon der Vertreibungen .
Deportation, Zwangsaussiedlung und ethnische Säuberung im Europa des 20. Jahrhunderts . .
Das "Lexikon der Vertreibungen" ist das erste Nachschlagewerk zu einem Thema, das in letzter Zeit sowohl in der Forschung wie in der breiten Öffentlichkeit heftig diskutiert worden ist. Es hat zum Ziel, den derzeitigen Stand der Forschung zur Geschichte der Deportationen, Zwangsaussiedlungen und ethnischen Säuberungen in Europa zwischen 1912 und 1999 zu bilanzieren. Als Ergebnis einer internationalen wissenschaftlichen Kooperation umfasst das Lexikon mehr als

Geb., 802 Seiten,
Großformat
Best.-Nr.: 7037





Thorsten Hinz
Die Psychologie der Niederlage
Über die deutsche Mentalität
Geb., 208 S., geb.
Best.-Nr.: 7004, € 19,80



Rob Riemen
Adel des Geistes
Ein vergessenes Ideal
Gebundenes Buch, Leinen mit Schutzumschlag, 160 Seiten
Best.-Nr.: 7020, € 16,95



Helmut Schnatz
Der Luftangriff auf Swinemünde
Dokumentation einer Tragödie
Geb., 192 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6924,
statt € 24,90 nur noch € 14,95

Isabella Woldt und Tadeusz J. Zuchowski (Hrsg.)
Im Schatten von Berlin und Warschau
Adelssitze im Herzogtum Preußen und Nordpolen 1650–1850
Ländliche Adelssitze im heutigen Nordosten Polens (Ostpreußen, Oberland, Pomerellen und Nordmasovien) werden wiederentdeckt. Diese Publikation präsentiert die wichtigsten Landsitze, die 1650 bis 1850 entstanden sind, und führt in die nahezu unbekannte Geschichte alter preußischer (Dohna), polnischer (Krasiński) und litauischer (Pac) Adelsfamilien ein. Bis zur Bildung des preußischen Königreiches war das Herzogtum Preußen Lehensgebiet von Polen-Litauen und lange politisch und kulturell mit der Adelsrepublik verbunden. Die Architektur der neuen Landsitze entstand deshalb unter wechselseitigen Einflüssen der Kunstzentren von Warschau, Berlin und Dresden. Autoren aus Polen und Deutschland untersuchen und erklären deren wenig bekannte und zugleich faszinierende Baugeschichte von der Entstehung bis zum aktuellen Zustand. Der Band präsentiert erstmals die gesellschaftlichen, kulturhistorischen und künstlerischen Zusammenhänge der Region. Vielleicht zum letzten Mal werden hier auch Bilder wesentlicher Bauwerke gezeigt, die sich heute teilweise in einem kompletten Verfallsprozess befinden.



Geb., 400 Seiten mit Farb- u. SW-Abb.,
Großformat
Best.-Nr.: 7027





Arno Surminski
Die masurische Eisenbahnreise und andere heitere Geschichten
Geb., 248 Seiten
Best.-Nr.: 6973, € 14,95



Arno Surminski
Winter Fünfundvierzig oder Die Frauen von Palmnicken
Geb., 320 Seiten
Best.-Nr.: 7000, € 19,95

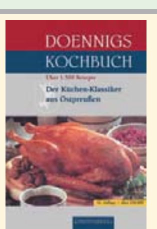


Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 4795, € 8,95





Ostpreußische Küche
- Spezialitäten aus der Region
Von herzhaft bis süß -
rund 70 Originalrezepte
zeitgemäß interpretiert.
Kart., 128 Seiten mit zahlr. farb. Abb, Großformat
Best.-Nr.: 7002, € 4,99



Doennigs Kochbuch
Der Küchen-Klassiker
aus Ostpreußen
mit mehr als
1500 Rezepten
Geb., 632 Seiten
Best.-Nr.: 1354, € 19,95



HARALD SAUL
Unvergessliche Küche Ostpreußen
Geb. Buch, 128 Seiten
Best.-Nr.: 6820



Marianne Kopp
Beetenbartsch und Klunkermus - Ostpreußische Küche
Geb., 96 Seiten, zahlr. farb. Abbildungen
Best.-Nr.: 7001, € 9,95



Agnes Paul
Die bösen Augen
Sagen und Geschichten aus Ostpreußen
Kart., 93 Seiten
Best.-Nr.: 2087

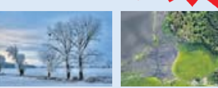
Faszination Ermland und Masuren – Kalender 2011

Wunderschöne Landschaftsaufnahmen aus dem Ermland und Masuren
Mit Fotos von Peter Scherbuk
15 Blätter, mit 13 großformatigen und eindrucksvollen Farbfotos und einer Landkarte dieser Naturregion
Spiralbindung, Hochglanzpapier,
Format: Breite: 42 cm
Höhe 31 cm
Best.-Nr.: 6989





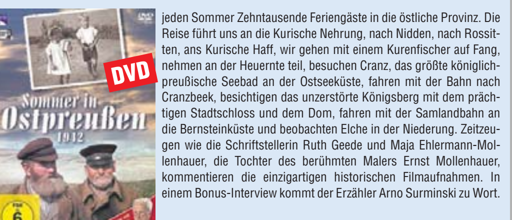








Sommer in Ostpreußen 1942
Es ist schon lange her. Und es liegt in weiter Ferne, wovon dieser Film erzählt: von Gottfried und Maria, einem jungen Paar mitten im Krieg. Und von einem Sommer in Ostpreußen. Wir schreiben das Jahr 1942. Wie viele Deutsche träumt das Paar vom Urlaub an der Ostsee, von der Samlandküste, von Wind und Wellen, von Ruhe und Erholung. Die Enge des Alltags eintauschen gegen die Weite Ostpreußens. Urlaub vom Alltag, Urlaub vom Krieg. Wer weiß, wie viele Sommer es für den deutschen Soldaten noch geben wird? Aus Berlin, Breslau und Dresden fuhren täglich Sonder- und Ferienzüge nach Königsberg, darunter auch Luxuszüge und Schnellzüge. Für die Strecke Berlin – Königsberg benötigte der Bahnreisende damals sechseinhalb Stunden. Heute dauert die Fahrt mehr als 16 Stunden, mehrmaliges Umsteigen inbegriffen. Von Königsberg ging es dann mit der Cranzer Bahn zur Kurischen Nehrung oder mit der Samlandbahn an die Bernsteinküste. „Aus dem Reich“, wie man zu sagen pflegte, kamen jeden Sommer Zehntausende Feriengäste in die östliche Provinz. Die Reise führt uns an die Kurische Nehrung, nach Nidden, nach Rossitten, ans Kurische Haff, wir gehen mit einem Kurenfischer auf Fang, nehmen an der Heuernte teil, besuchen Cranz, das größte königlich-preußische Seebad an der Ostseeküste, fahren mit der Bahn nach Cranzbeek, besichtigen das unzerstörte Königsberg mit dem prächtigen Stadtschloss und dem Dom, fahren mit der Samlandbahn an die Bernsteinküste und beobachten Elche in der Niederung. Zeitzeugen wie die Schriftstellerin Ruth Geede und Maja Ehlermann-Mollenhauer, die Tochter des berühmten Malers Ernst Mollenhauer, kommentieren die einzigartigen historischen Filmaufnahmen. In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort.



Laufzeit: 56 Minuten +
15 Minuten Bonusfilm,
Best.-Nr.: 6981, € 14,95





Eva Pultke- Sradnick
Ein Stück Bernstein in meiner Hand
Geschichten aus Ostpreußen
Kart., 112 Seiten
Best.-Nr.: 6968

MELDUNGEN

Auge um Auge in Saudi-Arabien

Riad – Saudische Ärzte haben es abgelehnt, einem Verurteilten ein Auge auszustechen, weil dadurch auch andere Organe beeinträchtigt werden könnten. Der Mann hatte jemandem ein Auge ausgeschlagen und war nach der Scharia zum Verlust des eigenen Auges verurteilt worden. Die Ärzte schlugen vor, den Mann stattdessen per Laser zu blenden. Im August hatten sich Mediziner geweigert, einem Verurteilten die Wirbelsäule zu zertrümmern. *H.H.*

Russen: Deutsche Teilung absurd

Moskau – Eine Umfrage zur deutschen Vereinigung und Gorbatschows Rolle dabei ergab, dass Russen die deutsche Einheit durchweg positiv sehen. Sie sei „einfach unausweichlich“, die Teilung Deutschlands eine „tragische und absurde Situation“ gewesen. Gorbatschows Rolle bewerten Russen dagegen eher negativ. Sie glauben, dass die Vereinigung nur deshalb erfolgt sei, weil er nichts dagegen unternahm. Ohne ihn wäre sie vermutlich nur später erfolgt. *MRK*

ZUR PERSON

Zwischen zwei Welten

Die 62. Buchmesse in Frankfurt hat am 6. Oktober begonnen. Am Wochenende 9./10. Oktober lädt sie Privatbesucher zu einem Bummel durch die Messehallen ein. Seit 2005 wird jedes Jahr am Vorabend der Frankfurter Buchmesse der Deutsche Buchpreis des Börsenvereins des deutschen Buchhandels verliehen. In diesem Jahr ging der mit 25000 Euro dotierte Preis erstmals an ein Buch aus der Schweiz. **Melinda Nadj Abonji** erhielt die literarische Auszeichnung mit der größten Publikumsresonanz in Deutschland für ihren autobiographischen Roman „Tauben fliegen auf“, der im Jung und Jung Verlag erschienen ist. Die 42-jährige Autorin aus Zürich schildert darin aus der Perspektive der Tochter Ildiko die Geschichte der ungarischen Familie Kocsis aus der serbischen Woiwodina, die in die Schweiz übersiedelt, um dort eine Existenz in der Gastronomie zu gründen. Die Autorin erzählt, wie das Kind die Welt, in der alles neu ist, unkritisch sieht, die junge Frau allmählich die Brüche zwischen diesen verschiedenen Welten wahrnimmt und die sich anbahnenden jugoslawischen Kriege die Heimreisen der Familie überschatten.



Nadj Abonji selbst wurde am 22. Juni 1968 im serbischen Becej geboren. Nachdem sie ihr Studium an der Universität Zürich 1997 abgeschlossen hatte, verfasste sie literarische Texte und nahm 2004 am Ingeborg-Bachmann-Wettbewerb in Klagenfurt teil. Gemeinsam mit dem Rapper „Jurczok 1001“ tritt sie als Solo-Performerin und Musikerin (Gesang und Geige) auf. Die Autorin nahm an zahlreichen Literaturfestivals in der Schweiz und Deutschland teil und erhielt vor dem Buchpreis bereits Auszeichnungen für ihre Erzählungen und ihren ersten Roman „Im Schaufenster im Frühling“. *M. Rosenthal-Kappi*



Zeichnung: Mohr

Die Macht der Gefühle

Wie Amerikaner zu zwei Präsidenten kommen, wie die deutschen Linken orientalisch wurden, und wie alles zusammenwächst / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Die amerikanische Austauschstudentin hat einiges zu erzählen. Ein Jahr hatte sie in Deutschland gelebt, wunderschöne Orte und Landschaften gesehen, die Leberwurst entdeckt und allerhand interessante Leute getroffen. Eine besonders bizarre Begegnung widerfuhr ihr in Berlin. Da traf sie einen bleichen, blonden Mann, der offenkundig der Meinung war, er sei Obama. „Gestatten, ich bin Ihr Präsident!“ Es gibt eben auch Spinner im Land der Denker, klärt die Studentin ihre verblüfften Leute daheim auf. Aber keine Sorge, beruhigt die junge Frau ihre irritierten Eltern: „Der Typ war gut bewacht.“

Eine wahre Begebenheit? Nicht ganz, aber fast. Die Geschichte schoss mir spontan durch den Kopf, als ich die Worte unseres Bundespräsidenten am 3. Oktober hörte: „Natürlich bin ich der Präsident aller Menschen, die hier in Deutschland leben.“ Barack Obama nennt sich „Präsident aller Amerikaner“, ganz gleich wo auf der Welt die gerade leben. Sollte es die Amis also nach Deutschland verschlagen, haben sie es auf einmal mit zwei Präsidenten zu tun. Würden sie ihrem Zweitstaatschef dazu noch persönlich begegnen, wäre die peinliche Szene unausweichlich.

Schon komisch: Der Satz, mit dem unser Präsident das deutsche Staatsvolk durch die Masse der zufällig hier gemeldeten Bewohner ersetzte, fiel niemandem weiter auf. Eher schon, dass er sagte, der Islam gehöre ebenso wie Christentum und Judentum selbstverständlich zu Deutschland. Angela Merkel zeigte sich besonders von dem Ausdruck „ebenso“ entzückt.

Wir hatten uns an dieser Stelle ja bereits gesorgt, wie sehr sich die Politik in ihrer Parallelgesellschaft eingemauert und nahezu jeden Kontakt zum deutschen Volk verloren hat. Schlimm, schlimm. Integrationsforscher indes halten eine tröstliche Botschaft parat: Sie haben den Ausweg aus der Isolation der Randständigen gefunden, und der lautet: Bildung!

Ein Schnellkurs sollte es richten, der Wulff, Merkel und Co. kurz mit dem langen Werden der deutschen Kultur bekanntmacht und ihnen zeigt, wie weit die Wurzeln und Triebe dieses gigantischen Wesens reichen – und Schluss ist's mit dem Geplapper vom „ebenso“.

Oder doch nicht? Sind vielleicht wir es, die etwas Entscheidendes verpasst haben und dringend der Fortbildung bedürfen? Um meinen Verdacht zu begründen, muss ich kurz abschweifen. Doch keine Sorge, wir sind gleich wieder auf dem Punkt:

Der ägyptische Autor Hamed Abdel-Samad, selbst Moslem und Sohn eines Imam, sagt den Untergang der islamischen Welt voraus, weil es dort „keine kreative Wirtschaft, keine effektive Bildung“ gebe und die „Geisteshaltung erstarrt“ sei. Er sieht überall um sich greifenden Stillstand in den Ländern des Islam, weil der Mangel an geistiger und politischer Freiheit alles lähme.

> Wenn ein Bauprojekt heute noch eine Chance haben will, muss es schon eine Moschee sein

Extrembeispiel für diese Erstarrung war das Afghanistan der Taliban. Als die noch an der Macht waren, fragte ein deutscher Orientalist einen Taliban-Mullah, warum man denn in dem bürgerkriegszerstörten Land gar nichts aufbaue, keine Straßen, keine Kraftwerke, Stromleitungen, Brücken, Schulen etc. errichte. „Aber wir bauen doch“, antwortete der Mullah, „allerorts entstehen neue Moscheen, neue Koranschulen, neue Gebetsräume“, andere Vorhaben würden blockiert, weil die sowieso unnötig seien.

Jetzt blicken wir mal auf Deutschland: Ob hier jemand eine Stromleitung, ein Kraftwerk oder einen Bahnhof bauen will – sofort rauscht die „engagierte Öffentlichkeit“ unter den Schlachtrufen parteipolitischer Aufpeitscher herbei und leistet „Widerstand“. Besonders gerne montäglich, weil das so einen schicken historischen Touch hat. Schon jetzt vergammeln etliche große Projekte in der Warteschleife oder sind ganz an der militanten Erstarrung zerschellt. Ganz anders beim Moscheebau: Kommt dagegen Unwillen auf, ist die gleiche „engagierte Öffentlichkeit“ mit denselben Aufpeitschern hoch erregt zur Stelle, um das Vorhaben mit aller Macht gegen die verstockte Nachbarschaft durchzusetzen. Der Taliban-Mullah wäre überrascht, wie weit wir mit dem „kulturellen Zusammenwachsen“ schon gekommen sind.

Jetzt verstehen wir erst die gleichgültigen Reaktionen von SPD und Grünen auf die Wulff-Rede. „Für die SPD war das nichts wirklich Neues“, nölt NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft ins Mikro. Jürgen Trittin seufzt, Wulffs Aussage zum Islam haue „keinen Grünen vom Stuhl“. Die sind also schon viel enger „zusammengewachsen“ mit dem Islam, als wir ahnten.

Abdel-Samad bestätigt diesen Befund. Mit seinem Buch über den selbstverschuldeten Niedergang der islamischen Länder ging er dieser Tage auf Lesereise durch Deutschland. Er habe viel Zuspruch erfahren, berichtet der Ägypter. Es gebe aber auch Leute, die sich über ihn geärgert hätten. Meist seien das „gläubige Muslime oder deutsche Linke“, so der Autor, der staunt: „Die haben eine ganz merkwürdige Beziehung zueinander.“

Merkwürdig? Wie man's nimmt: Nicht bloß ihre gemeinsame Vorliebe bei der Auswahl erwünschter und unerwünschter Großprojekte verbindet deutsche Linke und besonders gläubige Muslime. Ihre Gemeinsamkeiten haben sich längst in die Tiefen des Bewusstseins vorgearbeitet. Im täglichen Leben sind die Früchte des Zusammenwachsens unübersehbar: In ihrer Auffassung davon, was in öffentlichen Debatten erlaubt ist und was nicht, haben sich deutsche Linke weit hinüberbewegt zur Denkweise orientalischer Pietät.

Nach abendländischer Auffassung ist die Nennung bloßer Tatsachen bekanntlich stets wertneutral zu betrachten. Wer simple historische Daten oder unabweisbare statistische Zahlen abspult, der muss sich im Reich der Aufgeklärten nicht einmal erklären. Das kommt erst später, wenn es um seine Deutung der Daten geht. Da prallen die Meinungen aufeinander, aber frei und ohne Androhung von „Folgen“ für den, der etwas Unerwünschtes sagt.

Aufgeklärte Muslime wie Abdel-Samad sehen diese Vorgehensweise als den großen Vorteil des Okzidents, den der Orient übernehmen müsse, wenn er überleben wolle. Es müsse Schluss sein mit der Tabuisierung nackter Tatsachen, der Behinderung und Verfemung des freien Denkers und seiner Reden – wie im Westen eben.

Tja, welchen „Westen“ er da bloß meint? Den der deutschen Linken gewiss nicht. In den vergangenen Wochen haben wir erlebt, wie sie reagierten, als ein Mann nur aus der Kriminalitätsstatistik vorlas oder den Bildungsstand bestimmter Bevölkerungsgruppen ansprach. Oder als eine Frau das historische Datum einer militärischen Aktivität eines Nachbarlandes nannte: „Unerträglich“ und, immer wichtig bei Debatten von dänischen Karikaturen bis hin zu polnischen Teilmobilmachungen: „eine Beleidigung der Gefühle von ...“

Ja, die „Gefühle“, die sind die beste Waffe überhaupt, weil „Gefühle“ nie sachlich begründet werden müssen. Wenn erst mal durchgesetzt ist, dass „Gefühle“ wichtiger sind als Fakten, dann ist der Spuk mit der „freien Rede“ so gut wie ausgestanden. Natürlich dürfen nicht alle Gruppen „Gefühle“ geltend machen, denn wenn den Falschen auch welche gestattet würden, dann könnte man mit dem Gefühlsprügel ja nichts mehr durchsetzen.

Deutsche Heimatvertriebene können sich ihre „Gefühle“ beispielsweise an den Hut stecken, das sind nämlich nur „dumpfe Ressentiments“ von „Ewiggestrigen“. Wer dagegen in die Kreise islamistischer Attentäter gerät, der darf fühlen, denn er hat zuvor bestimmt furchtbar gelitten unter der „Bevormundung durch den Westen“. So ist geklärt, wer in der Talkshow den Ankläger spielen darf und wer sich gefälligst trollen soll. Wie einst im goldigen Mittelalter entscheiden Glaube und Herkunft darüber.

MEINUNGEN

*Der erfolgreiche Star-Investor **Jim Rogers zweifelt** erheblich an der Strategie der **USA** zur Bewältigung der **Wirtschaftskrise.** Dem „Handelsblatt“ (29. September) sagte er:*

„Sie können nicht wie in den USA Geld ausgeben, das sie faktisch nicht haben. Sie können zwar bei der Notenbank Fed frisches Geld drucken lassen, aber nur für eine Weile. Wer immer mehr Geld druckt, ruiniert auf Sicht seine Währung, seine Wirtschaft und sein ganzes Land ... Es ist doch eine Schnapsidee zu glauben, dass man ein Problem, das aus zu viel Konsum und zu vielen Schulden besteht, mit noch mehr Schulden und noch mehr Konsum lösen kann.“

*Im „Focus“ vom 27. September wird die Frauenrechtlerin **Alice Schwarzer** wegen ihres Eintretens für ein Burka- und **Kopftuchverbot** gefragt, ob der Feminismus heute **konservativ** geworden ist:*

„Wenn Sie unter konservativ verstehen, dass wir Werte wie Demokratie, Rechtsstaat, Menschenrechte und Gleichberechtigung bewahren wollen, dann ja: Die würde ich gern konservieren. Ansonsten glaube ich, dass diese ganzen politischen Etiketten nicht viel taugen. Ich schaue mir an, was die Parteien tun. Und nicht das, was sie sagen.“

*Ex-Bahn-Chef **Heinz Dürr** warnt die **Stuttgarter** vor den **Konsequenzen**, wenn der Bahnhofsneubau gestoppt wird:*

„Die Bahn überlebt, wenn Stuttgart 21 nicht gebaut wird. Aber Stuttgart bleibt dann eben eine Provinzstadt ohne Potenzial.“

Ist immer so gewesen ...

Man hört's und fragt sich,
Kim-Jong-Wer?
Doch selbst in seinem Lande
hat niemand ihn
gekannt bisher,
und das ist keine Schande.

Denn was von wem zu wissen sei,
beschließt in jedem Falle
zunächst einmal die Staatspartei,
und dann erst wissen's alle.

Den Opa und den Papa
schon
hat eifrig man gepriesen
und jetzt besingt man auch den
Sohn,
der würdig sich erwiesen.

Der ist tatsächlich genial:
Selbst ohne hart zu lernen,
war gleich er nämlich General,
zudem noch mit vier Sternen!

Ein Regiment für
Sohnemann
und golddurchwirkte Tressen,
kaum dass er aufrecht
gehen kann –
das klingt bekannt indessen.

Und Gründen einer Dynastie
ist zeitlos als Bestreben,
dergleichen hat's ja irgendwie
allüberall gegeben.

An Staatsform oder gar Doktrin
kann's folglich nirgends liegen –
die biegt man locker her und hin,
zur Not mit Bürgerkriegen.

Nur wie mag dieses
Phänomen
sich sonst erklären lassen?
Wahrscheinlich gibt's dafür
ein Gen,
und das muss eben passen!

Pannonicus